

02/2005

# lww info

ZEITSCHRIFT DES LANDESWOHLFAHRTSVERBANDES HESSEN

*nachricht • bericht*





Foto: Ralph Leupolt

## ***Nachhaltige Lösungen erarbeiten, wo es nötig ist – zügig entscheiden, wo es möglich ist***

Liebe Leserinnen und Leser,  
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

Reformprozesse entfalten ihre Wirkungen jenseits eines vordergründigen Aktivismus. In der Arbeitsgruppe, die von der Hessischen Sozialministerin zur Neuordnung zahlreicher Sozialhilfeaufgaben eingesetzt worden ist, ist nun spürbar, dass ein eiliger Dezisionismus nicht wirklich weiterhilft und dass auch der Blick über die Landesgrenzen keine Patentlösungen offenbart. Dafür ist der Sachverhalt zu komplex und helfen Lösungen nicht weiter, die nicht gleichzeitig den über 40.000 Menschen mit Behinderungen in Hessen, die Leistungen des LWV erhalten, wie auch den finanziell so gebeutelten kommunalen Gebietskörperschaften gerecht werden. Daher gehört für mich nach wie vor zum unverzichtbaren Bestandteil einer nachhaltigen Reform, dass wir die Finanzierung der Behindertenhilfe auf eine solidarische Grundlage stellen, bei der auch Land und Bund finanzielle Mitverantwortung tragen. In der Verbandsversammlung ist diese Forderung zur Träumerei erklärt worden. Träumerei wäre es, wenn wir uns allein auf Forderungen an Dritte beschränken und darüber hinaus unsere eigenen Pflichten vernachlässigen würden. Das aber ist beim LWV in den vergangenen zehn Jahren nicht geschehen. Ganz im Gegenteil: Im laufenden Reformprozess hat der LWV ein ums andere Mal bewiesen, wie wichtig ihm die Finanzierbarkeit von Sozialleistungen und die Finanzlage seiner Träger ist. Wie wichtig ihm auf der anderen Seite aber auch eine effiziente und wirksame Behindertenhilfe, die den Mensch in den Mittelpunkt rückt, ist.

Nachhaltige Lösungen erarbeiten, wo es nötig ist. Zügig entscheiden, wo es möglich ist: Zur Zukunft unserer Einrichtungen gibt es einen von mir vorgelegten Katalog von Maßnahmen, der auf eine sofortige Umsetzung wartet und auf den Ergebnissen des Gutachtens und vorheriger LWV-interner Erkenntnisse aufbaut. Diese Maßnahmen stärken Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit unserer Einrichtungen – unter öffentlichem Dach. Hier kann, hier muss schnell entschieden werden, denn Zögern und Taktieren verringert den Vorsprung, den die professionell geführten Einrichtungen des LWV gegenüber Konkurrenten noch immer besitzen.

Ihr

Lutz Bauer

### **IMPRESSUM**

**LWV-Info. Zeitschrift des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen**

**Herausgeber:**

Landeswohlfahrtsverband Hessen  
Öffentlichkeitsarbeit – Pressestelle  
Ständeplatz 6 – 10, 34117 Kassel  
Tel.: (05 61) 10 04 – 22 13 / 23 68 / 25 36  
Fax: (05 61) 10 04 – 26 40  
pressestelle@lww-hessen.de  
www.lww-hessen.de

**Redaktion:**

Jörg Daniel (jda) (verantw.)  
Rose-Marie von Krauss (rvk)

**Redaktionsmitarbeit:**

Monika Brauns (mbr)

**Satz und Druck:**

Grafische Werkstatt von 1980 GmbH,  
Kassel

Das Titelbild zeigt die vom Taunussteiner Künstler Karl-Heinz Traut gestalteten Glasfenster der Kapelle des ZSP Rheinblick, Eltville. Foto: ZSP Rheinblick

Redaktionsschluss: 3. Mai 2005

Nächster Redaktionsschluss:

2. August 2005

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Nachdruck von Beiträgen dieser Zeitschrift, Vervielfältigung, Übersetzung, Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, elektronisches Publizieren sowie Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen – auch auszugsweise – sind nur unter Angabe der genauen Quelle und gegen Übersendung eines Belegexemplares gestattet. Eine elektronische Ausgabe des LWV-Info finden Sie unter [www.lww-hessen.de](http://www.lww-hessen.de). Abonnementsbestellungen richten Sie bitte an die obige Anschrift.



Mit LWV-Förderung: Integrationsunternehmen schaffen Arbeitsplätze (Bericht Seite 21). Foto: Roland Müller



Betreutes Wohnen wird immer wichtiger (Berichte Seite 22 und 26) Foto: Christoph Karkus

## Der LWV-Veranstaltungskalender...

im Internet informiert unter [www.lwv-hessen.de](http://www.lwv-hessen.de) tagesaktuell über Tagungen, Diskussionsforen, Workshops, Konzerte, Ausstellungen und andere Ereignisse in Einrichtungen des LWV. Veranstaltungsmeldungen bitte per EMail an: [info@lwv-hessen.de](mailto:info@lwv-hessen.de).

<b>Kurz notiert</b>	<b>4</b>
<b>„Wirksame Hilfen für behinderte Menschen sichern, Reformkurs fortsetzen“</b>	<b>10</b>
<i>Verbandsversammlung verabschiedet Haushalt erneut einstimmig</i>	
<b>Debatte zur LWV-Reform dauert an</b>	<b>12</b>
<b>Wortmeldungen</b>	<b>14</b>
<i>Die Fraktionen der Verbandsversammlung zu wichtigen Themen</i>	
<b>Neuer Katalog zur Gedenkstätte Hadamar erschienen</b>	<b>17</b>
<i>Das so schwer zu Verstehende in leichter Sprache</i>	
<b>Das Cochlea Implantat</b>	<b>18</b>
<i>„Hörprothese“ mit Chancen und Grenzen</i>	
<b>„Akquisepipeline gut gefüllt“</b>	<b>21</b>
<i>Integrationsunternehmen entwickelt sich zum marktnahen Scan-Dienstleister</i>	
<b>Einsatz von Einkommen und Vermögen im Betreuten Wohnen</b>	<b>22</b>
<i>Neues Verfahren ist sozialverträglich und gesetzeskonform</i>	
<b>Rund 1,3 Mio. € an vier Werkstattträger in Hessen</b>	<b>25</b>
<b>Soviel Hilfe wie nötig, soviel Selbstständigkeit wie möglich</b>	<b>26</b>
<i>Betreutes Wohnen bei den Sozialen Förderstätten Bebra</i>	
<b>„Für mehr Selbstbestimmung, für den Erhalt des LWV“</b>	<b>28</b>
<i>Behindertenverbände und LWV erörtern Positionen zur Behindertenhilfe in Hessen</i>	
<b>„Chemie der Substanz plus Chemie der Beziehung“ –</b>	<b>30</b>
<i>Seit 50 Jahren werden Neuroleptika in der psychiatrischen Behandlung eingesetzt</i>	
<b>Ehrensache Ehrenamt</b>	<b>33</b>
<i>Susanne Siebert</i>	
<b>Über 13 Mio. € für neue Wohnplätze in Hessen</b>	<b>34</b>
<b>Wut und Angst gemeinsam begegnen</b>	<b>36</b>
<b>Den Übergang ins Rentenalter rechtzeitig planen</b>	<b>37</b>
<b>Früherkennung:</b>	
<b>Neue Diagnostik- und Beratungsangebote in Gießen</b>	<b>38</b>
<b>Verwaltungsreform: Steuerungsaufgaben gebündelt</b>	<b>39</b>
<b>Personalien</b>	<b>40</b>
<i>Erfolge / Jubiläen / Ruhestand / Neue Namen / Trauer</i>	
<b>Kurz notiert</b>	<b>42</b>



## ZSP Bergstraße erhält QM-Zertifikat



Zertifizierungs-Feier in Heppenheim (v. l.): Anke Berger-Schmitt, Betriebsleiterin; Christian Schmidt-Anders, Qualitätskoordinator; LWV-Landesdirektor Lutz Bauer; Markus Illison von EQ-Zert.  
Foto: Dieter Schwarz

Das Zentrum für Soziale Psychiatrie (ZSP) Bergstraße ist nach DIN EN ISO 9001 : 2000 zertifiziert worden und verfügt nun als zweite Einrichtung des LWV Hessen über ein überprüfbares Qualitätsmanagement-System für die gesamte Einrichtung. Das Zertifikat überreichte Mitte März im Rahmen einer Feierstunde Markus Illison von der Zertifizierungsfirma EQZERT – in Anwesenheit von LWV-Landesdirektor Lutz Bauer – an die Betriebsleiterin des ZSP Bergstraße, Anke Berger-Schmitt. „Wir freuen uns sehr über die Zertifizierung, da sie auch dokumentiert, dass Mitarbeiter und Klinikleitung gemeinsam engagiert arbeiten, um den Patienten eine optimale Behandlung zu ermöglichen“, erläuterte Landesdirektor Lutz Bauer.

### Einstieg 1997

Das ZSP Bergstraße stieg bereits im Oktober 1997 mit der Bildung der

Stabsstelle „Innerbetriebliche Fortbildung und Qualitätssicherung“ ins Qualitätsmanagement ein. 1998 liefen die ersten breit angelegten Fortbildungen zum Thema, 1999 wurden Qualitätszirkel gebildet und mit der Erarbeitung eines Qualitätshandbuchs begonnen. Im Jahr 2001 wurde dann die Krankenpflegeschule und 2003 die Tagesklinik in Erbach zertifiziert. In dem nun getanen dritten Schritt folgt die Zertifizierung der gesamten Einrichtung unter dem Siegel „DIN EN ISO 9001 : 2000“. Alle drei Zertifizierungen erfolgten durch EQZERT, eine Zertifizierungsgesellschaft des Steinbeis-Instituts für Wirtschaftsförderung. EQZERT ist die größte Zertifizierungsgesellschaft im Gesundheitswesen. 2004 wurde auch das Umweltmanagement der Klinik nach DIN ISO 14011 zertifiziert. (rvk)

## Publik gemacht

*In dieser Rubrik weisen wir auf kürzlich erschienene Publikationen hin, die von Mitarbeiter/innen des LWV stammen. (Vollständige Veröffentlichungshinweise nimmt die Redaktion gern entgegen: [pressestelle@lwv-hessen.de](mailto:pressestelle@lwv-hessen.de) (jda))*

- Freese, Roland: Therapeutische und finanzielle Effizienz ambulanter Kriminaltherapie - Die Forensische Fachambulanz Hessen, in: Ministerium für Justiz (Hg.), Maßregelvollzug - Ein neuer Weg oder einfach nur weg? Dokumentation der Fachtagung vom 6./7. Mai 2004 in Merzig, Saarbrücken 2004, S. 81 - 93
- Funk, Hiltrud: Das nicht-gehörte Kind. Die Entfaltung des Selbst von hörenden Kindern mit hochgradig hörbehinderten Eltern. Möglichkeiten der Frühförderung, Frankfurt 2004
- George, Uta; Bettina Winter: Wir erobern uns unsere Geschichte. Menschen mit Behinderungen arbeiten in der Gedenkstätte Hadamar zum Thema NS-„Euthanasie“-Verbrechen, in: Zeitschrift für Heilpädagogik, Nr. 2/2005, 56. Jahrgang, S. 55 - 62
- Hodgins, Sheilagh; Rüdiger Müller-Isberner: Preventing crime by people with schizophrenic disorder: The rule of psychiatric services, in: British Journal of Psychiatry, Nr. 185 (2004), S. 243 - 250
- Krüger, Ulrich; Heinrich Kunze: Passgenaue Hilfe in der Psychiatrie, in: Blätter der Wohlfahrtspflege Nr. 4/2004, S. 140 - 142
- Kunze, Heinrich: Psychosoziale Therapie als rehabilitative Behand-

## Der Kellerwald ruft

lungsmaßnahme für psychisch Kranke, in: Ralf-Michael Frieboes u. a. (Hg.): Rehabilitation bei psychischen Störungen, München und Jena 2005, S. 73 - 95

- Müller-Isberner, Rüdiger; Sabine Eucker: Prinzipien effizienter Kriminaltherapie, in: Ministerium für Justiz (Hg.), Maßregelvollzug - Ein neuer Weg oder einfach nur weg? Dokumentation der Fachtagung vom 6./7. Mai 2004 in Merzig, Saarbrücken 2004, S. 21 - 30
- Müller-Isberner, Rüdiger; Roland Freese: Ambulante Kriminaltherapie: Rechtliche Basis, konkrete Praxis, Ergebnisse, in: Der Nervenarzt, Nr. 75 (2004, Suppl. 2), S. 335
- Oermann, Angela; Martin Bohus, Sabine Eucker: Dialektisch-behaviorale Therapie für antisoziale Persönlichkeitsstörungen, in: Der Nervenarzt, Nr. 75 (2004, Suppl. 2), S. 222
- Schiller, Gerald: Psychische Auffälligkeiten bei Klinefelter-Syndrom, in: Der Neurologe und Psychiater, Nr. 3/2005, S. 14
- Süße, Dietrich: Krisenintervention in der Psychiatrie. Konzept einer stationären Fokalthherapie bei akuten psychiatrischen Erkrankungen, in: Hessisches Ärzteblatt, Nr. 4/2005, S. 227 - 230
- Ullrich, Alexander: Medizin und Nationalsozialismus unter besonderer Berücksichtigung der Psychiatrie. Von der diagnostischen Klassifikation zur Selektion, in: Hessisches Ärzteblatt, Nr. 4/2005, S. 232 - 239



*Stimmungsvolles Ambiente: Die Klosterkirche Haina, hier beim Jubiläumskonzert des LWV im Jahr 2003.*

Foto: Jörg Daniel

Ein Ausflug in den Nationalpark Kellerwald – selbst bei etwas längerer Anfahrt ein attraktives Reiseziel, zumal er im Sommer mit dem Besuch des Klosters Haina verbunden werden kann. In die gotische Klosterkirche der ehemaligen Zisterzienserabtei und heutigen Zentrums für Soziale Psychiatrie laden auch in diesem Jahr die örtliche Kirchengemeinde und der Verein der Klosterfreunde zu einem reichhaltigen Programm mit erstklassigen Solisten an Orgel, Violine und anderen Instrumenten ein. Auftakt der Konzertserie war bereits im Mai. Bei einem Benefizkonzert für die mittelalterlichen Kirchenfenster, die dringend einer Restaurierung bedürfen, konnte das Spendenkonto ein stattliches Plus verbuchen. Im Juni erklingen Werke von Antonio Vivaldi in einem Konzert

mit Chor, Kammerorchester, Orgel und zwei Trompeten, im September beschließen klassische und romantische Lieder zur Gitarre den Konzerten. Die Konzerte finden regelmäßig an einem Sonntag um 17 Uhr statt. Der Konzertbesuch lässt sich auch mit einer Klosterführung und dem Besuch von Psychiatriemuseum und Tischbein-Haus verbinden. Anschließend oder auch schon zuvor können sich die Gäste in Hainas Gastronomie regionale Spezialitäten schmecken lassen. (jda)



**INFO** Das komplette Programm der Klosterkonzerte in Haina kann im Veranstaltungskalender der LWV-Internetseite unter [www.lwv-hessen.de](http://www.lwv-hessen.de) gelesen werden.

## Erfahrungsaustausch über (schwindende) Grenzen



Konnten auch etwas Atmosphäre einer Plenartagung der Verbandsversammlung schnuppern: Fachleute aus der Behindertenarbeit in der polnischen Region Wielkopolska. Als Gesprächspartner (mittlere Reihe v. r.) standen Uwe Schalm-Blume, Controlling der LWV-Hauptverwaltung; Wolfgang Decker, Referent von Landesdirektor Lutz Bauer; und Michael Thiele, Geschäftsführer der IB Behindertenhilfe Hessen und Abgeordneter der Verbandsversammlung zur Verfügung. Im Vordergrund LWV-Landesdirektor Lutz Bauer.

Foto: Jörg Daniel

Mitunter wird beklagt, dass dem ökonomisch und politisch vereinten Europa noch kein gemeinschaftliches „soziales Europa“ folgt. Ansätze dazu gibt es aber zahlreiche, nicht allein in Fragen der Gesetzgebung, sondern auch in der praktischen Zusammenarbeit. Aus der polnischen Partnerregion Hessens, der Region Wielkopolska, war kürzlich eine Delegation von Fachkräften der Behindertenarbeit beim LWV zu Gast, die sich dort die Grundzüge der Behindertenhilfe in Hessen erläutern ließ. Der Besuch beim LWV kam auf Vermittlung der Behindertenhilfe Hessen des Internationalen Bundes (IB-BHH) zustande, die bereits seit Juni 2003 eine Reihe von Treffen, Hospitationen und Konsultationen mit leitenden Mitarbeitern des Regionales Zentrum für Sozialpolitik (ROPS) in Poznan und Oberursel durchführte.

ROPS übernimmt in der Wielkopolska Fachaufsicht gegenüber freien Trägern, berät Kommunen und Landkreise bei der Entwicklung und Umsetzung von Angeboten in der Behindertenarbeit. Auch für die Fortbildung von Fachkräften der Behindertenarbeit ist ROPS verantwortlich. Die Beschäftigung mit unterschiedlichen Modellen der Behindertenhilfe in Europa gewinnt bei der polnischen Organisation zunehmend an Bedeutung. So fand 2003 eine große internationale Konferenz in Poznan statt, bei der sich rund 300 Fachkräfte der Behindertenarbeit sowie lokale und regionale Entscheidungsträger mit europäischen Modellen der Behindertenarbeit beschäftigten. Durch den vom Deutsch-Polnischen Jugendwerk unterstützten und von der IB-BHH organisierten Fachkräfteaustausch im März, zu dem der Besuch

in Kassel gehörte, konnten die polnischen Fachleute weitere Erkenntnisse gewinnen.

ROPS strebt eine grundlegende Neuorientierung im Bereich der Behindertenarbeit in der Wielkopolska an und setzt dabei insbesondere auf moderne Steuerungsinstrumente wie ein System zum Qualitätsmanagement. Dazu konnten die Gäste aus Poznan während ihres Aufenthaltes bei der IB-BHH und beim LWV Einiges erfahren, ebenso wie über die fachliche Ausgestaltung der Sozialen Dienste. An den Besuch in Hessen soll sich im Herbst – erneut unter Beteiligung der IB-BHH – eine weitere Fachkonferenz in Poznan als „Kick-Off“ für künftige Kooperationen anschließen. Das Interesse bei den polnischen Fachleuten ist groß. (jda)

## Fachtagung der Lebenshilfe

„Praktizierte Modelle in der Arbeit mit älteren Menschen mit geistiger Behinderung“ lautet das Thema der Fachtagung, die am 6. Juni 2005 von 10 bis 16.30 Uhr in Wiesbaden – Naurod stattfinden soll. Diese Fachveranstaltung ist eine Kooperation zwischen dem Lebenshilfe Fortbildungverbund Hessen und Nordrhein-Westfalen sowie dem Bathildisheim e. V., Bad Arolsen. Nach einem Fachvortrag der Diplom-Gerontologin Dr. Christina Ding-Greiner werden in sechs parallelen Arbeitsgruppen unterschiedliche praktizierte Modelle vorgestellt. (rvk)



### Weitere Informationen und Anmeldung:

Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung  
Landesverband Hessen e. V.  
Fort- und Weiterbildung  
Raiffeisenstr. 15  
35043 Marburg  
Tel.: 0 64 21 / 9 48 40 – 30  
Fax: 0 64 21 / 9 48 40 – 11  
EMail: [info@lebenshilfe-hessen.de](mailto:info@lebenshilfe-hessen.de)  
[www.lebenshilfe-hessen.de](http://www.lebenshilfe-hessen.de)



## Vor dem Jubiläum: LWV zeigt Ständehaus-Ausstellung



„Gebaute Demokratie“ – hier als Holzmodell: Präsident Kurt-Wilhelm Sauerwein eröffnet die Ausstellung zur Geschichte des Ständehauses.  
Foto: Jörg Daniel

2006 wird das Kasseler Ständehaus, Sitz der LWV-Hauptverwaltung, 170 Jahre alt. Im Vorgriff auf dieses Jubiläum ist derzeit im Lichthof des Hauses eine kleine Ausstellung über das erste hessische Gebäude zu sehen, das als Sitz eines Parlamentes errichtet wurde. Die Ausstellung, in deren Mittelpunkt ein originalgetreues Modell aus der Bauphase des historischen Gebäudes steht, wurde im März von Kurt-Wilhelm Sauerwein, Präsident der Verbandsversammlung, eröffnet. „Das Haus ist seit 1836 – mit wenigen Unterbrechungen – ein Ort engagierter parlamentarischer Tätigkeit“, leitete Sauerwein sein Grußwort ein, sei – nach einem geflügelten Wort – „gebaute Demokratie“ und ein Ort, an dem seit 1953 die kommunale Selbstverwaltung durch die Gremien des LWV gepflegt werde.

Von 1836 bis 1866 war es Sitz des kurhessischen Landtages, unter preußischer Herrschaft kamen dort Kommunal- und Provinziallandtage zusammen. Zum Bruch mit der parlamentarischen Tradition kam es 1933 mit dem Einsetzen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, öffentliche Debatten hatten fortan keinen Raum mehr im Ständehaus. Zahlreiche Amtsträger der damaligen Fürsorgeverwaltung waren in die Verbrechen

des NS-Regimes verstrickt. Mit seiner Gründung in 1953 belebte der neue Sozialverband LWV demokratische Strukturen wieder neu und bestimmte das nach den Kriegsschäden wiederhergestellte Ständehaus zum Sitz des „Hessischen Sozialparlamentes“. Der Kasseler Kunsthistoriker Gerd Fenner wusste Einiges zur Vor- und Architekturgeschichte des im Stile der Neorenaissance errichteten Bauwerks beizutragen: So gestaltete sich die Suche eines geeigneten, auch der Stadtgeschichte und -entwicklung Rechnung tragenden Standortes schwierig. Schließlich konnten sich Landesherr und Stände auf einen Standort außerhalb der Altstadt einigen. Einen – wie heute zentral gelegenen – Ständeplatz gab es natürlich noch nicht. (jda)



Die Ausstellung zeigt neben dem Modell zahlreiche Dokumente aus der Geschichte des Ständehauses, die Christina Hirsch zusammengetragen hat. Sie kann bis auf Weiteres zu den üblichen Bürozeiten (Montag bis Freitag jeweils 9 bis 16 Uhr) besucht werden. Für das Jubiläumsjahr 2006 plant der Funktionsbereich Archiv, Gedenkstätten des LWV eine historische Tagung zum Thema.

## Wildt folgt Glenz nach

Elke Wildt aus Brombachtal ist neue Abgeordnete der LWV-Verbandsversammlung. Die Christdemokratin und erfahrene Kommunalpolitikerin aus dem Odenwaldkreis nimmt im Hessischen Sozialparlament den Sitz des Wahlkreises II ein, den Rainer Glenz durch seine Wahl in den Verwaltungsausschuss frei machte. (jda)

## „Anders schreiben“

„Anders“ heißt die Tagesförderstätte des Wohn- und Pflegeheimes im ZSP Rheinblick in Eltville. „Anders schreiben“ auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer Zeitung, die dort zwei Mal im Jahr erscheint und deren Redaktion vornehmlich aus Besuchern der Tagesförderstätte besteht, aber auch offen für Artikel von Angehörigen, Mitarbeitern und anderen Interessierten ist. Vom Gedicht über Interviews bis hin zu Fotoreportagen von Ausflügen: Die Palette der Beiträge ist so breit wie Erleben und Empfinden der Menschen, die sich dort ausdrücken. Das Blättchen, zunächst als jährliche schriftliche Gedankensammlung geplant, wird inzwischen von einem festen Redaktionsteam zusammengetragen, das Themen auswählt, Artikel schreibt oder handgeschriebene Artikel von anderen am Computer abtippt. „Wir wollen mit ‚Anders schreiben‘ unseren Bewohnern vor allem eine Möglichkeit anbieten, sich und ihren Gedanken Ausdruck zu verleihen. Darüber hinaus werden auch Schreibmaschinenkenntnisse aufgefrischt oder neue PC-Erfahrungen gesammelt“, sagt Daniela Möller, Leiterin der Tagesförderstätte, bei der die Fäden von „Anders schreiben“ zusammenlaufen. Sie sorgt am Ende auch für Format und Layout des Blattes, das nach dem Druck vom Redaktionsteam gemeinsam geheftet bzw. gebunden wird. Stolz halten dann die Redakteure ihre Zeitung in den Händen: Ein greif- und sichtbares Ergebnis gemeinschaftlicher Arbeit. (jda)

## Jubiläum: Lutz Bauer zehn Jahre Landesdirektor



Zehn Jahre Landesdirektor – zehn Jahre Vorsitzender des Verwaltungsausschusses: Lutz Bauer (r.), hier im Gespräch mit Wolfgang Hessenauer, SPD-Fraktionschef in der Verbandsversammlung.

Foto: Ralph Leupolt

Mit Lutz Bauer trat 1995 ein Landesdirektor an die Spitze des LWV, der sowohl in der Sozialpolitik wie auch in der Kommunalen Selbstverwaltung durch seine zuvor bekleideten Funktionen zu Hause ist. Zehn Jahre steht der Sozialdemokrat aus dem südhessischen Raunheim nun an der Spitze des Verbandes und ist damit so lange im Amt wie nur einer seiner Vorgänger: Erich Pfeil brachte es 1980 bei seinem Ausscheiden aus dem Amt auf fast 13 Jahre als LWV-Chef. Bauer konnte sich während seiner Amtszeit auf eine breite Mehrheit in der Verbandsversammlung stützen: 1995 bei der ersten Wahl zum Landesdirektor erhielt er 55 Stimmen von 69 anwesenden Abgeordneten, bei der Wiederwahl 2001 waren es 56 von 68 Abgeordneten, die Bauer weiter im Amt sehen wollten. Bereits bei seiner ersten Wahl rief der Sozialdemokrat die Reform des Verbandes zum großen Thema aus, die es bis zum heutigen Tage blieb.

Mit großer Unterstützung der Selbstverwaltungsgremien trieb Bauer die Modernisierung des Verbandes in den Folgejahren voran. Dem Vorbild eines bürgernahen, sich verschlan- kenden sozialen Dienstleisters kam der LWV in den vergangenen Jahren

so immer näher. Nicht müde wurde der LWV-Chef, angesichts stetig wachsender Fallzahlen bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen finanzpolitische Solidarität einzufordern: In zahllosen Appellen und Initiativen auf Bundes- und Landesebene wies Bauer auf die ungerechte Finanzierung dieser Sozialleistungen hin, die fast ausschließlich von den Kommunen getragen werden. Doch nicht nur das Finanzierungssystem liegt dem LWV-Chef am Herzen: Unabhängig davon hat der Verband unter seiner Leitung immer wieder nachhaltige Einsparpotentiale erschlossen, die der hessischen Behindertenhilfe zu Gute kamen und die Belastungen der Kommunen senkten. Der Wechsel zu ambulanten und teilstationären Hilfen ist dafür ein beredtes Zeugnis. In der Sitzung Ende Mai gab es von den Kolleginnen und Kollegen des Verwaltungsausschusses anerkennende Worte und Dank für die bisher geleistete Arbeit - ohne einer Laudatio vorzugreifen. Die bleibt der Verabschiedung am 31. August vorbehalten, wenn der LWV-Chef mit Vollendung seines 65. Lebensjahres in den Ruhestand tritt. (jda)

## Dank an Mitglieder der Sozialhilfekommission und den „sozial erfahrenen Personen“

Bei den Mitgliedern der Sozialhilfekommission wie auch bei den „sozial erfahrenen Personen“, die den LWV in seiner Arbeit über einen zum Teil sehr langen Zeitraum unterstützt haben, haben sich LWV-Landesdirektor Lutz Bauer und Erster Beigeordneter Uwe Brückmann bedankt. Nach Gesetzesänderungen wird eine Sozialhilfekommission nicht mehr gebildet. Auch die Beteiligung sozial erfahrener Personen bei Widerspruchsverfahren entfällt künftig. Nach den Vorgaben des alten Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) und ausführender landesrechtlicher Vorschriften kam die Sozialhilfekommission unter dem Vorsitz des Ersten Beigeordneten zusammen, um zu allgemeinen Verwaltungsvorschriften bei der Sozialhilfegewährung des LWV zu beraten. Die 14 Mitglieder wurden von Verbandsversammlung und Verwaltungsausschuss sowie von den Organisationen der freien Wohlfahrtspflege in Hessen benannt.

Weiterhin mussten nach dem alten Recht vor Erlass von Widerspruchsbescheiden in Sozialhilfeangelegenheiten sozial erfahrene Personen beteiligt werden. Dabei wurden zwei Personen zur mündlichen Erörterung einbezogen, bei der die Sach- und Rechtslage überprüft wurde. Die sozial erfahrenen Personen sollten zu einem Ausgleich zwischen den am Verfahren betroffenen Parteien beitragen. Durch das neue Sozialgesetzbuch Teil XII (SGB XII) und das Hessische Ausführungsgesetz ist die Rechtsgrundlage für das Einschalten der Sozialhilfekommission wie auch der sozial erfahrenen Personen entfallen. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit zum Wohl der vom LWV betreuten Menschen haben Bauer und Brückmann in ihrem Schreiben hervorgehoben und den ehrenamtlich tätigen Frauen und Männern für ihr Engagement gedankt.

Svenja Emde/(jda)



## LWV und Landesgartenschau?



*Gemeinsam aktiv: Lfd. Forstdirektor Manfred Albus (l.) und Landespfarrer Reiner Degenhardt, Direktor des Amtes für kirchliche Dienste der EKKW, sowie im Hintergrund die Pfarrer Reinhold Strube (r.) und Albrecht Härlin aus Bad Wildunger Gemeinden.* Foto: Hans-Jürgen Kramer

Ja, dank einer Baumspende der Stiftungsforsten Kloster Haina, dem forstlichen Regiebetrieb des LWV, gibt es diese – gedanklich eher ungewöhnliche – Verbindung.

Die Hessische Landesgartenschau findet im kommenden Jahr in Bad Wildungen, rund 15 Kilometer von Haina entfernt, statt. Dort wird traditionell auch die Kirche mit einem Pavillon und zusätzlich mit einem sogenannten Kreuzgarten-Projekt vertreten sein. Unter der Überschrift „Kirche im Garten - - Gottes - - Spuren entdecken“ ist geplant, einen Kreuzgang mit Bäumen als – lebende – Säulen einzurichten. Die Berührung der gegenüberliegenden Baumkronen soll dabei den Eindruck von Arkaden entstehen lassen. Dieser 15 mal 15 Meter messende Kreuzgang, der einen 100 m<sup>2</sup> großen quadratischen Kreuzgarten umschließt, soll ein Ort der inneren Einkehr und Besinnung sein. Unterstützt wird dieses Ziel durch das Auslegen des Kreuzgangs mit Holzhackschnitzeln, die weiches, leichtes Gehen ermöglichen. Aus dem eher „lauten“, der

Kommunikation und Andachten dienenden, Kirchen-Pavillon – der übrigens die Form eines Buchenblattes hat und ganz aus Holz hergestellt wurde – werden die Besucher auf einem Hackschnitzelweg in die Stille des Kreuzgartens geleitet.

36 Bäume werden für diesen Kreuzgang benötigt. Gestiftet haben sie die Stiftungsforsten Kloster Haina. „Es handelt sich dabei um Winterlinden, die bis zu 1.000 Jahre alt werden können und seit jeher als sogenannte Gerichts- oder Apostellinden im Mittelpunkt der Dörfer für die Menschen besondere Bedeutung hatten“, erklärt Lfd. Forstdirektor Manfred Albus, Leiter der Stiftungsforsten. Damit die Bäume bei Beginn der Landesgartenschau im kommenden Jahr schon fest in der Wildunger Erde verwurzelt sind, mussten sie bereits in diesem Frühjahr gepflanzt werden. Kronen und Wurzeln können sich so an den neuen Standort anpassen.

So geschehen Anfang April. Dies war für die Mitglieder des ökumenischen Arbeitskreises „Kirche auf der Lan-

desgartenschau“ und viele weitere ehrenamtliche Helfer harte Arbeit, bei der auch Bagger und Schlepper eingesetzt werden mussten: Die Linden maßen beim Pflanzen bereits vier bis fünf Meter Höhe und wogen mit ihren Wurzelballen rund 100 Kilo. Auch der Dekan des Kirchenkreises der Eder, Peter Laucht, griff zu Hacke und Spaten. Er dankte Manfred Albus herzlich für die so beziehungsreiche Spende der Stiftungsforsten Kloster Haina.

Die Landesgartenschau in Bad Wildungen wird am 16. April 2006 eröffnet. (rvk)

---

## Keine „geschützte Unterbringung“ im Kalmenhof

Ein Betreuungsangebot zur „geschützten Unterbringung“ von Jugendlichen in besonderen Krisensituationen mit 8 Plätzen wird es im Sozialpädagogischen Zentrum (SPZ) Kalmenhof nicht geben. Die Abgeordneten der Verbandsversammlung fassten in der Plenartagung am 9. März einstimmig den Beschluss, dieses Projekt nicht mehr weiter zu verfolgen. In der mündlichen Begründung führten die Fraktionssprecher aus, dass in den vorangegangenen Gesprächen eine für den LWV auskömmliche Regelung zu den Kosten dieser Einrichtungsform, insbesondere zum Investitionsaufwand und im Falle nicht genutzter Kapazitäten (Ausfallgarantie) nicht erzielt werden konnte. Die Landkreise und kreisfreien Städte hatten von Beginn an verdeutlicht, dass eine solche Einrichtung nicht aus Mitteln der Verbandsumlage subventioniert werden dürfe, sondern sich aus Entgelten der Leistungsträger (örtliche Jugendämter) tragen müsse. Neben den Kostenargumenten führten auch fachliche Gründe zur negativen Bewertung dieses Vorhabens durch die Abgeordneten: In der Jugendhilfe gäbe es alternative Interventionsmöglichkeiten wie auch erfolgversprechende präventive Ansätze. (jda)

# „Wirksame Hilfen für behinderte Menschen“ Verbandsversammlung verabschiedet Haushalt



**U**ngeachtet kontroverser Debatten um eine Reform des LWV, trotz neuer Mehrheiten in der **Verbandsversammlung**: Der Haushaltsplan für 2005 erhielt in der Plenartagung am 9. März 2005 die Zustimmung aller Fraktionen. Die Abgeordneten des Hessischen Sozialparlaments nahmen in der Sitzung die Ergänzungsvorschläge des Verwaltungsausschusses auf, die nun dazu führen werden, dass der Hebesatz nicht, wie noch im Dezemberentwurf vorgesehen, auf 16,7 %, sondern nur auf 16,37 % angehoben wird. Durch eine Reihe von Einsparungen und Veränderungen, die der Verwaltungsausschuss nachträglich in einer Ergänzungsvorlage angeregt hat, sinkt die **Verbandsumlage** von geplanten

**917 Mio. € auf 890,5 Mio. €.** Die Zahl der Menschen mit Behinderungen, die Leistungen erhalten, wächst hingegen weiter und musste sogar gegenüber dem Entwurf noch leicht nach oben verändert werden: Danach erhalten im Jahr 2005 Menschen mit Behinderungen in 54.126 Fällen Hilfen durch den sozialen Dienstleister LWV. Das sind 1.123 Fälle mehr als im vergangenen Jahr.

## Reformfähigkeit unter Beweis gestellt

„Eine wirksame Behindertenhilfe für ganz Hessen gesichert – die internen Kosten weiter gesenkt. Mit dem Haushalt 2005 setzt der LWV seinen erfolgreichen Reformkurs der vergangenen Jahre fort“, fasste LWV-Landesdirektor Lutz Bauer die gemeinsamen Anstrengungen von **Verbandsversammlung** und Verwaltungsausschuss zusammen. Wegen

*Haushalt gemeinsam getragen: Abgeordnete bei der Haushaltsdebatte am 9. März.*

Foto: Jörg Daniel

der erneuten deutlichen Steigerung bei den Fallzahlen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen habe sich eine Erhöhung der **Verbandsumlage** nicht vermeiden lassen, sie falle allerdings weniger deutlich aus, als noch im Entwurf veranschlagt: Statt der ursprünglich 917 Mio. € erhebe der LWV bei den hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten 2005 nun einen Gesamtbeitrag von 890,5 Mio. €. Dazu legte die **Verbandsversammlung** den Hebesatz auf 16,37 % (Entwurf: 16,70 %) fest.

Reformfähigkeit beweise der LWV auch bei den Personalkosten: Der verabschiedete Haushalt sehe – trotz anhaltender Fallzahlsteigerungen – die Streichung von 22,5 Stellen vor, der Personalkostenanteil sinke damit auf nur noch 3,6 % des Verwaltungshaushaltes. „Die Kernverwaltung des LWV verfügt damit künftig nur noch über 861,5 Stellen. Sie ist somit alles andere als eine ‚Mammutbehörde‘, sondern verfügt gerade mal über soviel Personal wie eine Kreisstadt“,

# hen sichern, Reformkurs fortsetzen“ - alt erneut einstimmig

stellte der LWV-Chef klar. Begleitet wurde die Plenartagung der Verbandsversammlung durch eine Demonstration von rund 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des LWV und seiner Einrichtungen, die den Erhalt der LWV-Kliniken in öffentlicher Trägerschaft forderten und sich für die bisherigen Kompetenzen des sozialen Dienstleisters als Planer, Organisator und Finanzier der Behindertenhilfe in Hessen aussprachen.

## Verbesserungen trotz Finanzschwäche

Auf die erfolgreichen Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung wies der Erste Beigeordnete und Kämmerer Uwe Brückmann hin: Durch die Rücklagenentnahme sowie aus Verbesserungen, die sich aus der Jahresrechnung für 2004 ergeben, könnten dem Haushalt mehr als 20 Mio. € zugeführt werden. Einsparungen bei der Krankenhilfe aufgrund gesetzlicher Änderungen wie auch durch abgesenkte Personalkosten würden den Finanzbedarf verringern. Eine Kostendämpfung gehe auch von der Null-Runde bei den Entgeltsätzen für Einrichtungsbetreiber aus. Eine noch stärkere Entlastung der Landkreise und kreisfreien Städte sei allerdings wegen der sich verschärfenden Schwäche bei den öffentlichen Finanzeinnahmen nicht möglich gewesen: Die Zuweisung des Landes aus dem Kommunalen Finanzausgleich fiel um mehr als 2 Mio. € geringer aus. Die Finanz-

schwäche wirke sich auch negativ bei den Einnahmen aus der Verbandsumlage aus. Im Ergänzungsvorschlag für den Haushalt habe man die Zahl bei den Leistungsfällen aufgrund der Entwicklung im vergangenen Jahr leicht nach oben korrigieren müssen.

Schließlich müsse der LWV die Folgen gesetzlicher Änderungen tragen: Der Zusatzbetrag für Heimbewohner schlage mit rund 1,8 Mio. € zu Buche. (jda)

## Haushalt 2005: Wichtige Zahlen im Vergleich

	Haushalt 2004	Haushalt 2005 - Entwurf -	Haushalt 2005 - verabschiedet -
<b>Verwaltungshaushalt</b>			
Einnahmen	1.235.903.100 €	1.280.690.800 €	1.269.968.800 €
Ausgaben	1.235.903.100 €	1.280.690.800 €	1.269.968.800 €
<b>Vermögenshaushalt</b>			
Einnahmen	98.088.800 €	38.936.600 €	56.351.100 €
	98.088.800 €	38.936.600 €	56.351.100 €
Fallzahl Sozialhilfe	53.003 Fälle	54.016 Fälle	54.126 Fälle
Hebesatz der Verbandsumlage	14,99 %	16,70 %	16,37 %
<b>Wichtige Einnahmeposten</b>			
Verbandsumlage	819.978.400 €	917.012.100 €	890.527.100 €
Zuweisung nach § 20 FAG	60,73 Mio. €	64,4 Mio. €	62,0 Mio. €
Ausgleichsabgabe	60,5 Mio. €	56,4 Mio. €	Unverändert
Rücklagenentnahme	54,8 Mio. €	5,5 Mio. €	20,5 Mio. €
Kriegsopferfürsorge	33,7 Mio. €	38,2 Mio. €	Unverändert
Erstattung Sozialhilfe	174,7 Mio. €	172,9 Mio. €	176,0 Mio. €
<b>Wichtige Ausgabeposten</b>			
Sozialhilfe	1.027,8 Mio. €	1.080,4 Mio. €	1.069,3 Mio. €
Ausgleichsabgabe	70,7 Mio. €	61,2 Mio. €	Unverändert
Kriegsopferfürsorge	38,0 Mio. €	42,2 Mio. €	Unverändert
<b>Personalentwicklung</b>			
Personalausgaben (Kernverwaltung)	61,5 Mio. €	61,3 Mio. € (47,7 Mio. €)	60,7 Mio. € (47,1 Mio. €)
Personalstellen (Kernverwaltung)	1.250 Stellen	1.245 Stellen (884 Stellen)	1.222,5 Stellen (861,5 Stellen)





Den LWV erhalten: Demonstration vor dem Ständehaus am 9. März.

Foto: Walter Horstmann-Cholibois

**D**ie von der Hessischen Sozialministerin Silke Lautenschläger im November eingesetzte Arbeitsgruppe mit der Aufgabe, ein Reformkonzept zur Zukunft des LWV zu erarbeiten, hat ihre Arbeit nicht, wie ursprünglich vorgesehen, im April abschließen können. Angesichts der komplexen und vielschichtigen Thematik hat sich in der Arbeitsgruppe weiterer Beratungsbedarf ergeben. Wichtiger Beratungsgegenstand sind alternative Berechnungsmodelle zur bisherigen LWV-Verbandsumlage, durch die in Hessen der Löwenanteil der Eingliederungshilfe finanziert wird. Sie wird bei den Landkreisen und kreisfreien Städten Hessens erhoben und bemisst sich nach der Finanzstärke der Gebietskörperschaften. Auch

haben die Überlegungen, wie künftig die Einrichtungen des LWV geführt werden, noch nicht zu abschließenden Beschlüssen in den Selbstverwaltungsgremien geführt.

### Zukunft der Eingliederungshilfe

Ein kurzer Blick zurück: Anstoß für die im Herbst vergangenen Jahres aufblühende Debatte über den künftigen Aufgabenzuschnitt beim LWV war der Anstieg der Verbandsumlage im LWV-Haushalt 2005, der bei den Financiers der Behindertenhilfe auf beispiellos hohe Defizite in deren eigenen Budgets traf. Ursachen für den Anstieg der Verbandsumlage: Zum einen der stetige Anstieg bei den Fallzahlen in der Eingliederungshilfe aus (bundesweit feststellbaren) demografischen Gründen, zum anderen die Entscheidung der Verbandsversammlung aus dem Vorjahr, die Rücklage fast vollständig zur Absenkung der Verbandsumlage in 2004 einzusetzen. Also kein „hausgemachtes“ Problem mangelnden Kostenbewusstseins. Dass dieses Kostenbewusstsein bei allen Verantwortlichen in Verwaltungsausschuss und Verbandsversammlung vorhanden ist, konnte mit Verabschiedung des Haushaltes 2005 einmal mehr unter Beweis gestellt werden: Einstimmig votierte das Hessische Sozialparlament am 9. März für den Etat, der mit einer gegenüber dem Entwurf deutlich abgesenkten Verbandsumlage sowie mit einem Personalkostenanteil auf historischem Tiefstand verabschiedet werden konnte (siehe Bericht in diesem LWV-Info).

Trotz Einstimmigkeit beim Haushalt wurden in der vorangehenden Debatte

# Debatte zur

te unterschiedliche Auffassungen über den weiteren Weg bei der LWV-Reform deutlich, wengleich die Redebeiträge stärker ein gewandeltes Klima im Plenum als bereits konkrete Reformvorhaben erkennen ließen. Unterdessen war das Bedürfnis bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Einrichtungen und Verwaltungsdienststellen nach weiteren Informationen groß. An vielen Orten kamen die Beschäftigten zu Veranstaltungen zusammen, bei denen das Gespräch, die Diskussion mit den politischen Entscheidungsträgern gesucht wurde. So bei einer lebhaften Veranstaltung im Kasseler Ständehaus Ende Februar, zu der die Gewerkschaft ver.di neben Landesdirektor Lutz Bauer und Erstem Beigeordneten Uwe Brückmann Repräsentanten aller in der Verbandsversammlung vertretenen Parteien aufs Podium geholt hatte. Von einer vielköpfigen Demonstration begleitet wurde die Verbandsversammlung am 9. März, bei der Arbeitnehmervertreter dem Präsidenten der Verbandsversammlung, Kurt Wilhelm Sauerwein, eine Unterschriftensammlung übergaben, mit der sie ihren Widerstand gegen einen „Ausverkauf des LWV“ bekundeten.

### Zukunft der Einrichtungen

Welche (gesetzlichen) Aufgaben der LWV in Zukunft wahrnehmen wird, entscheidet der Hessische Landtag, indem er die Kompetenzen zwischen dem örtlichen und dem überörtlichen Träger der Sozialhilfe festlegt. Anders sieht es bei den Einrichtungen des LWV aus. Sie sind daher auch nicht Gegenstand der Beratungen in der vom Sozialministerium moderierten Arbeitsgruppe. Deren Zukunft bestimmen die Selbstverwaltungsgremien des LWV, die sich bei ihren im März angelaufenen Beratungen auf ein Gutachten zur „Wirtschaftlichkeitsanalyse und strategischen Positionierung der Einrichtungen des LWV“ stützen können.

Bei der Entgegennahme der Expertise im Verwaltungsausschuss sah sich LWV-Landesdirektor Lutz Bauer mit den Gutachtern darin einig, dass die LWV-Einrichtungen bei anhaltend hohem Kostendruck wirtschaftlich leis-

## Internet-Diskussionsforum

Die LWV-Reformdebatte geht Viele an: Für alle Betroffenen, unter ihnen mehr als 40.000 Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen, unter ihnen auch über 10.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für alle weiteren Interessierten, die an der Diskussion teilnehmen möchten, hat der LWV im Internet eine Plattform eingerichtet. In einem moderierten Forum können Meinungen geäußert, Positionen bezogen und der Dialog gesucht werden. Die Beiträge sind für alle Internetnutzer nachlesbar. Veröffentlicht werden alle Texte, die den Regeln des Diskussionsforums entsprechen. Das Forum kann über die Homepage des LWV [www.lwv-hessen.de](http://www.lwv-hessen.de) angesteuert werden. (jda)

# LWV-Reform dauert an



„Die Zukunft der LWV-Einrichtungen liegt in der Verantwortung der Kommunen“, sagte Ministerpräsident Roland Koch im März bei einem Besuch im ZSP Haina (Kloster), als er von Mitarbeitern der Einrichtung über deren Sorgen informiert wurde. Hier bei der Begrüßung (v. l.): ZSP-Betriebsleiter Jürgen Hammerschlag; Werner Thielemann, Pädagogischer Leiter der Heilpädagogischen Einrichtung; LWV-Landesdirektor Lutz Bauer; Regierungspräsident Lutz Klein; Ministerpräsident Roland Koch; Dr. Wilfried Borisch, stellvertretender Ärztlicher Direktor; Gutsverwalter Adalbert Funk und Hainas Bürgermeister Rudolf Backhaus.

Foto: ZSP Haina (Kloster)

tungsfähig seien und über das nötige Eigenkapital zur Abdeckung finanzieller Risiken verfügten. „In dieser Konsequenz stellt das Gutachten dann auch fest, dass der Verkauf von Einrichtungen oder einzelnen Betriebszweigen nicht empfohlen wird“, erläuterte der LWV-Chef, der den Abgeordneten vorschlug, anknüpfend an ein Konzept vom September 2003 alle noch als Eigenbetriebe geführten Zentren für Soziale Psychiatrie und die Sozialpädagogischen Zentren in gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung umzuwandeln.

Zur Erbringung von Wirtschafts- und Versorgungsleistungen soll nach den Vorstellungen des LWV-Chefs eine eigenständige Servicegesellschaft gegründet werden, um durch Nutzung von Synergieeffekten Kosten zu senken. Eine strategische Steuerung für die Unternehmensgruppe will der Landesdirektor innerhalb der LWV-Hauptverwaltung installieren. Eine entsprechende Beschlussvorlage Bauers wurde im Verwaltungsausschuss am 13. April in erster Lesung beraten. Den Abgeordneten der Verbandversammlung liegt das Gutachten eben-

## Reformdebatte: Bayern

In Bayern haben Vertreter der Bayerischen Staatsregierung und der sieben Bezirke in einem Spitzengespräch im April Reformkonzepte zur Zuständigkeit der kommunalen Sozialleistungsträger erörtert. Nach Auffassung der Landesregierung sollen bis zur Sommerpause Vorschläge zur Kostendämpfung bei den Sozialhilfekosten erarbeitet werden. Die Landesregierung will dies durch Optimierung der Aufgaben und veränderte Zuständigkeiten erreichen. Die Vertreter der Bezirke bekundeten ihre Offenheit für eine Reform der Aufgabenstrukturen, plädierten aber dafür, ambulante und stationäre Formen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen auf einer Ebene, nämlich auf der des überörtlichen Trägers, möglichst bereits zum 1. Januar 2006, zusammenzuführen. Durch eine Konzentration könnten die Kompetenzen der Bezirke in ihren Kernbereichen gestärkt werden, für die betroffenen Menschen entstünde mehr Transparenz im Verwaltungsvollzug. Gleichzeitig könnten nicht unerhebliche Einspar- und Synergieeffekte erschlossen werden.

Bei der Hilfe zur Pflege warnten die Bezirksvertreter vor einer Verlagerung auf die Ebene der örtlichen Träger: Gäbe es hier künftig 96 statt bisher sieben Kostenträger, drohe eine Zersplitterung des Verwaltungsvollzuges, sei mit erheblichen Mehrkosten zu rechnen. (jda)

falls zur Beratung vor. Vertiefte Informationen erhoffen sich die Mandatsträger von einer Präsentation durch die Gutachter im zuständigen Fachausschuss, dem Krankenhausausschuss. Ein von SPD und FWG in der Sondersitzung der Verbandversammlung am 29. April eingebrachter Antrag zur kurzfristigen Umsetzung eines Reformkataloges, wie ihn der Vorschlag des Landesdirektors vorsieht, wurde einstimmig zur weiteren Beratung an den Krankenhausausschuss überwiesen. Dort beraten werden soll auch ein weiterer Antrag zur Zukunft der Einrichtungen, der von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vorgelegt wurde. (jda)

## Reformdebatte: Baden-Württemberg

Wertvolle Erkenntnisse erwarten die hessischen Entscheidungsträger aus Baden-Württemberg. Dort wurden bekanntlich die beiden Landeswohlfahrtsverbände zum Jahresende 2004 aufgelöst, die Einzelfallhilfe den Stadt- und Landkreisen übertragen. Schon im Vorfeld waren kritische Stimmen zu hören, die Entscheidung des dortigen Landtages sei nicht konsequent durchgerechnet, alle Konsequenzen nicht vollständig durchgeplant worden. In diesen Tagen wird der neue Baden-Württembergische Sozialminister Andre-

as Renner in den Medien mit der Aussage zitiert, er wünsche sich am liebsten die Landeswohlfahrtsverbände zurück, denn die hätten einen Vorteil gehabt: Nur einer war zuständig. Heute hingegen müssten 44 Stadt- und Landkreise selbst herausfinden, wie sie die Arbeit mit den behinderten Menschen finanzieren. Renner weiß, wovon er spricht: Der Christdemokrat war vor seiner Berufung in das Kabinett von Ministerpräsident Günther Oettinger Oberbürgermeister von Singen. (jda)

# WORTMELDUNGEN

## Die Fraktionen der Verbandsversammlung zu wichtigen Themen

## Haushalt 2005 – Aus den Redebeiträgen der Verbandsversammlung vom 9. März 2005



Foto: Privat

### Kein Grund, Verband in Frage zu stellen

Wie hoch sind tatsächlich die Steigerungen der Sozialhilfearbeitverwendungen im Vergleich zum letzten Jahr? Der Deutsche Verein für öffentliche und private Pflege geht bis zum Jahre 2010 von erheblich steigenden Fallzahlen aus und prognostiziert für 2005 eine Kostensteigerung in Höhe von 7 %. Das bedeutet, wenn wir uns mit den hessischen Zahlen beschäftigen, sind diese 7 % die entsprechende Bezugsgröße. Die bereinigte reale Steigerung ist für das laufende Jahr mit 32 Mio. Euro ausgewiesen. Das entspricht einer Steigerung von 3,1 % – noch nicht einmal der Hälfte der bundesweiten Prognose. Ist das ein Grund, diesen Verband in Frage zu stellen?

Dass wir hier auf einem ausgezeichneten Weg sind, zeigt auch das überörtliche Benchmarking zur Eingliederungshilfe: Im jüngsten Bericht mit den Kennzahlen zur Entwicklung der Kostenstruktur von 1998 bis 2002 wird deutlich, wo wir stehen: Die Kostensteigerungen für das Wohnen der Menschen mit Behinderung weisen für Hessen den niedrigsten Wert eines Flächenlandes aus und unterschreiten den Bundesdurchschnitt um mehr als die Hälfte. Ist das ein Grund, diesen Verband in Frage zu stellen?

Eine der wenigen Stellschrauben, die wir haben, um auf steigende Kosten Einfluss zu nehmen, sind die Vergütungsverhandlungen mit den Einrichtungsträgern. Nach 0,5 % Steigerung für 2004 konnte für 2005 trotz Tarifsteigerungen eine Nullrunde erreicht werden. Möglich war das nur, weil der Verband einerseits ein fachkundiger und durchsetzungsstarker Verhandlungspartner ist, andererseits aber bei den Trägern für Zuverlässigkeit und Kontinuität steht.

Die zweite Möglichkeit, kostendämpfend einzuwirken, ist der weitere zügige und konsequente Ausbau des Betreuten Wohnens. Einerseits können hier Einsparungen von rund 25 Euro pro Leistungsempfänger und Tag erzielt

werden, andererseits steht diese Form der Hilfe aber auch für eine sachgerechtere Auftragserfüllung. Hinderlich wird sich zukünftig allerdings die Begrenzung der jährlichen Steigerung auf 440 Plätze auswirken. Diese Vorgabe hat nicht nur den Ruch von Planwirtschaft, sie ist schlicht kontraproduktiv und höchstwahrscheinlich auch rechtswidrig.

Bleibt die dritte und bei Politikern weitest populärste Möglichkeit übrig: Die Begrenzung der Personalkosten für die Verwaltung. Hier haben wir als Verbandsversammlung in den letzten Jahren durch Organisationsuntersuchungen, Markttestverfahren und Stellenbesetzungssperren eine klare Richtung bestimmt. Von den 884 Stellen des letzten Jahres bleiben noch 861,5 – ein Abbau von 22,5 Stellen. Während in den letzten sieben Jahren die Fallzahlen um mehr als 16 % gestiegen sind, ist die Zahl der Stellen im Verwaltungsbereich um 2,6 % gesunken. Ist das ein Grund, die Arbeit dieses Verbandes in Frage zu stellen? Oder glaubt wirklich irgend jemand in diesem Hause, die Problematik der Kosten- und Fallzahlsteigerungen über weitere Einsparungen im Personalbereich lösen zu können?

Reiner Emmerich,  
stellvertretender Fraktionsvorsitzender



Foto: Privat

### Von der Akzeptanz seiner Träger abhängig

Der LWV ist in der Lage gewesen, im letzten Jahr 15 Mio. Euro zu erwirtschaften, die der Rücklage zugeführt werden können. Dadurch stehen dem Etat 2005 nicht nur – wie ursprünglich geplant – 5 Mio. Euro aus der Gesamtrücklage zur Verfügung, sondern 20 Mio. Euro. Der LWV spart Personalstellen ein. In der Vergangenheit musste das Parlament gegen Stellenmehrungen ankämpfen. In den Jahren 2003 und 2004 haben wir in einem ersten Schritt erreicht, dass der Stellenplan unverändert geblieben ist. Jetzt werden



erstmal 22,5 Stellen wegfallen. Die Träger bauen seit Jahren Personal ab. Sie haben nie verstanden, dass das nicht auch schon frühzeitig beim LWV geschehen ist. Ich erinnere mich des allgemeinen Erschreckens, als wir im Juli 2004 einen Eckwertebeschluss mit einem Mehrbedarf von 120 Mio. Euro fassen mussten. Jeder von uns hat damals gehofft, dass das nicht Wirklichkeit werden würde. Und wir sind nicht enttäuscht worden: Bei der Einbringung des Etats lag das Plus noch bei 97 Mio. Euro, jetzt liegt es bei 70,5 Mio. Euro.

Leider haben sich damit die positiven Nachrichten bereits erschöpft. Die Fallzahlsteigerung wird sich unvermindert fortsetzen. Einsparungen, wie wir sie zuletzt haben registrieren können, werden nicht mehr zu erzielen sein. Der Etat ist zwischenzeitlich so gut wie ausgereizt. Polster sind kaum noch vorhanden. Und schließlich spricht alles dafür, dass unsere Rücklage in diesem Jahr vollständig ausgekehrt werden muss. Sie steht uns dann 2006 nicht mehr zur Verfügung, um die Umlage zu drücken. Die Träger werden den gesamten Mehrbedarf schultern müssen. Wir werden mit der Umlage 2006 einen noch schmerzhafteren Sprung nach oben machen. Wir werden den Trägern ein weiteres Mal Geld abfordern, das sie nicht haben. Und wir werden das in dem Bewusstsein tun, dass diese Entwicklung so weitergeht – bis mindestens 2010.

Der LWV ist von der Akzeptanz seiner Träger abhängig. Nur wenn sie ihn als ihr Aufgabeninstrument wollen, wird er seine Arbeit fortsetzen können. An dieser Stelle verläuft die Trennungslinie zur SPD: Die SPD sagt, es ist falsch, den LWV mit einer Strukturdebatte zu überziehen. Der Verband muss bleiben, was er ist. Was uns von der SPD unterscheidet, ist nicht die Sorge um die Behinderten, ist nicht die Wertschätzung des LWV und seiner Arbeit. Was uns unterscheidet, ist die Frage, wie wir damit umgehen müssen, dass der Verband von denen, die ihn tragen, zunehmend nicht nach seinem sozialpolitischen Wirken, sondern danach beurteilt wird, was er kostet.

Unter dieser Voraussetzung ist es unabdingbar, mit denen zu sprechen, die den Verband subventionieren und gleichzeitig der Kritik unterziehen. Und

unter dieser Voraussetzung ist es unverzichtbar, sich die Frage gefallen zu lassen, ob der LWV nach einem halben Jahrhundert der selbe bleiben muss, wie zur Zeit seiner Gründung. Jede öffentliche Institution, die umlagefinanziert ist, wird heute damit konfrontiert.

Fritz Kramer,  
Fraktionsvorsitzender



Foto: Jörg Daniel

## Positive Öffnung

Von der Oberfläche her betrachtet arbeiten unsere Einrichtungen derzeit kostendeckend. Sie bilden im bescheidenen Umfang Rücklagen. Schaut man allerdings näher hin, sieht man, dass sich die wirtschaftliche Situation verschlechtert. Die Ursachen liegen in drei Geschäftsfeldern: Die Rahmenbedingungen im Pflegesatzbereich haben sich so dramatisch verschlechtert, dass die Pflegesatzsteigerungen weit hinter den Personalkostensteigerungen liegen. Die Personalkosten machen ein Kostenvolumen von ca. 80 % aus.

Analog zum BAT steigen diese Kosten überproportional. Dies hat zur Folge, dass es für die Haushalte und die Stellenpläne eine tendenzielle Schwindsucht gibt. Das heißt, die Einrichtungen verlieren Planstellen und haben schon jetzt Probleme, ihren Personalbestand so abzudecken. Nur noch 80 bis 90 % der PsychPV können heutzutage umgesetzt werden. Die Folge ist, dass die eine oder andere Einrichtung in vier bis fünf Jahren nicht mehr in der Lage sein wird, die Dienste so abzudecken, wie es notwendig ist. Hier ist ein dringender Handlungsbedarf. Er bezieht sich auch auf die hohen Fixkosten, auf die großen Gelände, auf leer stehende und brach liegende Gebäude. Die Einrichtungen des LWV haben nur eine Perspektive, wenn wir uns darüber Gedanken machen: Was sind die Fra-

gestellungen, die Märkte der Zukunft, in denen diese Einrichtungen sich behaupten können? Kommen wir jetzt zu der dritten Ursache für die Unruhe innerhalb des Verbandes, und es ist eine große Unruhe da. Es ist der Bruch der großen Koalition, die aus unserer Sicht positive Öffnung der sozialpolitischen Verkrustung. Es entstehen neue Mehrheiten. Das tut dieser Verbandsversammlung gut, das tut den behinderten Menschen im Lande Hessen gut, und es ist sicher ein innovativer Schritt. Dass Sie von der Sozialdemokratie damit Probleme haben, ist für uns nachvollziehbar. Auch wir haben 20 Jahre lang in die Tischkante gebissen und haben 20 Jahre lang, denke ich, ein trockenes Brot gehabt. Aber der Stil, der sich in den letzten Wochen entwickelt hat, der ist uns fremd. Es kann nicht sein, dass die Nicht-Wiederwahl eines Landesdirektors nach Erreichen des Pensionsalters gleichgesetzt wird mit der Unterstellung, dass wir, die diesen Landesdirektor möglicherweise nicht wieder wählen wollen, wir von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, diesen Verband auflösen wollen. In einer unseligen Kampagne und tribunalartigen Diskussionsforen haben Sie die Mitarbeiterschaft in unverantwortlicher Weise verunsichert. Die Briefe, welche Mitarbeiter bekamen, haben sie verunsichert. Und am Ende glauben sie sogar noch daran. Sie glauben, dass wir die bösen Männer und Frauen sind, die diesen Verband auflösen wollen. Aber erst durch Ihre Diskussion ist es überhaupt möglich geworden, über eine Auflösung dieses Verbandes zu diskutieren.

Michael Thiele,  
Haushaltspolitischer Sprecher



Foto: Privat

## Reizwort Reform

Ich möchte für die FDP-Fraktion dem Verwaltungsausschuss für seine ernsthaften Sparbemühungen danken, die wir anerkennen, aber doch wieder nur als einen Anfang ansehen. Nach der Diskussion in den Fachausschüssen ist festzustellen:

1. Seit den Eckwerten vor über 6 Monaten hat sich viel zum Nachteil bei den Kosten und wenig zum Vorteil bei den Erlösen für den LWV und seine Träger verändert.
2. Die Berichte zur Haushaltsabwicklung 2004 lassen die Schwierigkeiten, die Kosten zu begrenzen, erkennen.
3. Rücklagen oder Haushaltsreste sind aufgezehrt.
4. Mit dem Betreuten Wohnen übernimmt der Verband eine direkte Kostenentlastung einzelner seiner Träger.
5. Der beachtliche Stellenabbau hat etwas zur Kostenbegrenzung beigetragen.

Wenn nun die Träger des LWV wegen der erhöhten Umlage Alarm schlagen, ist dies, gelinde gesagt, scheinheilig, da ihnen die Fakten, wie die Aufzehrung der Rücklage im Vorjahr, die Übernahme der Kosten des Betreuten Wohnens, der Anstieg der Fallzahlen und steigende Personalkosten, bekannt sind. Dabei scheint bei den Trägern die Zahl der Nettozahler gegenüber der der Nettoempfänger zu steigen.

In dieser Situation erscheint nun das Reizwort „Reform“, und seine Anwendung auf den LWV führt zu hektischer Diskussion in Gremien und führt – wie heute – sogar Menschen auf die Straße. Wer hätte gedacht, dass sich die SPD im Bund mit Hartz IV an die Spitze stellt, aber im LWV alles beim Alten lassen will? Lassen Sie mich an dieser Stelle den ehemaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann zitieren: „Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte!“

Nun zum größten Haushaltsanteil, der Sozial- und Eingliederungshilfe, hier müssen wir nach dem begrüßenswerten Schritt der Budgetierung der Ein-

richtungen durch den Verwaltungsausschuss im Interesse unserer Träger einvernehmliche Lösungen finden. Stationärer und ambulanter Bereich, zum Beispiel beim Wohnen, dürfen nicht getrennt werden. Gleichwohl muss der LWV, und das ist wohl der geringste gemeinsame Nenner, als fachlicher Garant der Sozialpolitik in Hessen erhalten bleiben. Auch muss die Betreuung der Behinderten „aus einer Hand“ gewährleistet werden.

Ich hoffe, dass wir hier in der Versammlungsversammlung uns alle in erster Linie als Vertreter unserer Träger und nicht unserer Parteien empfinden und nicht nur die Meinung einer Fraktion gelten lassen, sondern gemeinsam eine Abwägung der Interessen vornehmen. Obenan stehen die Interessen der Behinderten, es folgen die Interessen unserer Träger, ohne die keine Reform initiiert werden kann. Nicht zuletzt sind die Interessen der Mitarbeiter, die wie wir eine dienende Funktion haben und deren Ängste zu beachten sind. Dabei empfehle ich nach den Erlebnissen von heute nicht die Verhandlung mit Gewerkschaften, sondern mit den gewählten Personalvertretungen. Die FDP wird dem Haushalt 2005 zustimmen.

Theodor Leyhe,  
stellvertretender Fraktionsvorsitzender



Foto: Privat

## Leitbild wird Machtspielen geopfert

Mit dem Entwurf des Haushaltes lag – und liegt uns noch immer – eine schwere Aufgabe vor.

Allerdings hat es diese Versammlungsversammlung auch mit selbst zu verantworten, dass der Umlagebedarf von 820 auf 970 Mio. Euro im Entwurf exorbitant gestiegen ist und so der Hebesatz einen erheblichen Sprung nach oben macht. Die Auskehrung aller Rücklagen im Haushalt 2004 war bei dem früheren Kämmerer des LWV, Herrn Klein, auf Bedenken gestoßen. Diese Bedenken haben wir als FWG-Fraktion ausweislich unserer Stellungnahme zum Haushalt 2004 auch zum Ausdruck gebracht und diese Verfahrensweise als Fehler bezeichnet.

Wichtig im Haushalt 2005 ist insbesondere, dass sich mit dem Stellenrückgang auch die tatsächlichen Personal-

ausgaben nach unten entwickeln. Trotz steigender Versorgungsbezüge und Sozialausgaben sowie der Fallzahlen-Zuwächse können die Personalkosten reduziert und damit auf einen historisch niedrigen Anteil von 3,6 % gedrückt werden. Passend zu dieser positiven Entwicklung ist die erklärte Bereitschaft des Verwaltungsausschusses, die sich aus dem aktuellen Tarifvertrag ergebenden Mehrbelastungen von 200.000 Euro nach Möglichkeit im veranschlagten Personalkosten-Budget aufzufangen. Positiv ist auch die Kunde, wonach das leidige Problem der Arbeitsrückstände überwiegend als aufgelöst gilt. Gleichwohl lassen die Vorlagen die Möglichkeit zu, mittelfristig weitere Stellen abzubauen und damit zu weiteren Kosteneinsparungen zu kommen.

Diesen durchaus positiven Entwicklungen stehen auf der anderen Seite die ständig steigenden Ausgaben in der Eingliederungshilfe gegenüber. Da die Bundesregierung die Schaffung eines eigenen Leistungsgesetzes für Menschen mit Behinderung ablehnt, gilt es, mit Nachdruck die Forderungen des Deutschen Landkreistages zu unterstützen. Danach wird in der Einführung eines Behindertengeldes aus dem Haushalt für die Kriegsopferversorgung des Bundes ein systemisch-richtiger und gangbarer Weg zur Beteiligung des Bundes an den ungebremst steigenden Ausgaben der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen gesehen. Da sich das Land Hessen immer stärker aus der Finanzierung unseres Verbandes und damit auch aus der kostendominanten Eingliederungshilfe zurückzieht, müssen die hessischen Landkreise, Städte und Gemeinden mit dieser „Kostenlawine“ allein fertig werden. Die Finanzausweisung nach § 20 FAG hat im Jahre 1979 17,75 % des LWV-Verwaltungshaushaltes abgedeckt; im Jahre 2005 sind es gerade noch 4,89 %.

Die aktuellen Diskussionsbeiträge einiger Kolleginnen und Kollegen zur weiteren Entwicklung unserer Einrichtungen sind weit entfernt vom Leitbild des Verbandes. Es erscheint mir schwerlich begreifbar, dass diese eigenen Vorgaben schon nach wenigen Jahren durch Machtspiele nicht mehr gelten sollen. Besinnen wir uns wieder auf die eigentlichen Aufgaben und die Verantwortung, die wir gegenüber unseren behinderten Mitmenschen einerseits und auch gegenüber den Trägern des Verbandes andererseits übernommen haben.

Friedel Kopp,  
finanzpolitischer Sprecher

# Das so schwer zu Verstehende in leichter Sprache: Neuer Katalog zur Gedenkstätte Hadamar erschienen



Gruppenprozess: Mitglieder des „Netzwerk People First Deutschland e. V.“ und des „Vereins zur Förderung der Gedenkstätte Hadamar e. V.“ erarbeiteten den Katalog in leichter Sprache.

Foto: Verein zur Förderung der Gedenkstätte Hadamar e. V.

Zunächst entstand ein kurzes Falblatt, seit Kurzem liegt der 120 Seiten umfassende und durch die Hessische Landeszentrale für politische Bildung geförderte Katalog „Was geschah in Hadamar in der Nazizeit?“ vor. Beides sind Materialien, die Menschen mit Lernschwierigkeiten helfen sollen, wenn sie die Gedenkstätte Hadamar besuchen oder sich mit dem Thema der „Euthanasie“-Verbrechen an behinderten und kranken Menschen während der NS-Zeit beschäftigen. Falblatt und Katalog sind ein Gemeinschaftswerk von „Netzwerk People First Deutschland e. V.“, einer Selbsthilfeorganisation, und dem „Verein zur Förderung der Gedenkstätte Hadamar e. V.“, die diese Unterlagen in einem über sechs Monate währenden Prozess der Zusammenarbeit erarbeiteten. „Gerade für Menschen mit Lernschwierigkeiten, also Menschen, die

herkömmlich als geistig behindert bezeichnet werden, ist die Auseinandersetzung mit den Gräueln und der Geschichte des Nationalsozialismus sehr wichtig. Deshalb müssen wir auch verstärkt für diesen Personenkreis Informationen anbieten, die für sie verständlich sind. Mit Katalog und Falblatt in leichter Sprache über die Gedenkstätte und ihre Ausstellung haben wir einen wichtigen Schritt hierfür getan“, erläuterte Uta George vom Hadamarer Förderverein die Zusammenarbeit. Ein wichtiges Zeichen, dass die grausame Geschichte von behinderten Menschen und das Bedürfnis nach gleichberechtigten Informationen ernst genommen werde, sieht Stefan Göthling, Geschäftsführer vom Netzwerk People First in der intensiven Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte. Für behinderte Menschen sei es wichtig, sich auch mit diesen dunklen Seiten der Geschichte

auseinandersetzen zu können und daraus zu lernen, meinte Göthling, der in dem Katalog in leichter Sprache 60 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus ein Zeichen für eine gleichberechtigte Zukunft von Menschen mit und ohne Behinderungen sieht.

Kobinet-Nachrichten/(jda)



Der Katalog ist kostenfrei und kann bestellt werden beim Verein zur Förderung der Gedenkstätte Hadamar e. V., Mönchberg 8, 65589 Hadamar. Für Versandkosten werden 2,50 € berechnet.

## Meine Erfahrungen mit Hadamar

Seit 2000 kenne ich die Gedenkstätte in Hadamar, da war ich 50 Jahre alt. Ich habe mich für die Gedenkstätte interessiert und habe mir Informationen zuschicken lassen.



Christoph Muzert Foto: Privat

Ich bin dann auch sofort Fördermitglied geworden. Ich wollte schon immer genau wissen, wie das im Zweiten Weltkrieg gewesen ist und was mit den behinderten Menschen passiert ist zu der Zeit. Ich habe gehört, dass es Fragebögen gegeben hat, die die Behindertenheim ausfüllen mussten. Pastor Hellmich, der damals Pastor in Hephata war, hat sich geweigert, diese auszufüllen. Ich habe erfahren, dass Autos (graue Busse) zum Abtransport von Behinderten ab Berlin eingesetzt worden sind. Sie fuhren in alle Richtungen. Als sie in Hephata waren, wurden die Menschen hier eingeladen. Die Menschen kamen zuerst in die Zwischenanstalt nach Andernach und von da aus auf Umwegen nach Hadamar. Und sie kamen in ein Haus. Sie kamen hinten rum rein in das Haus. Da war direkt der Schlaf-



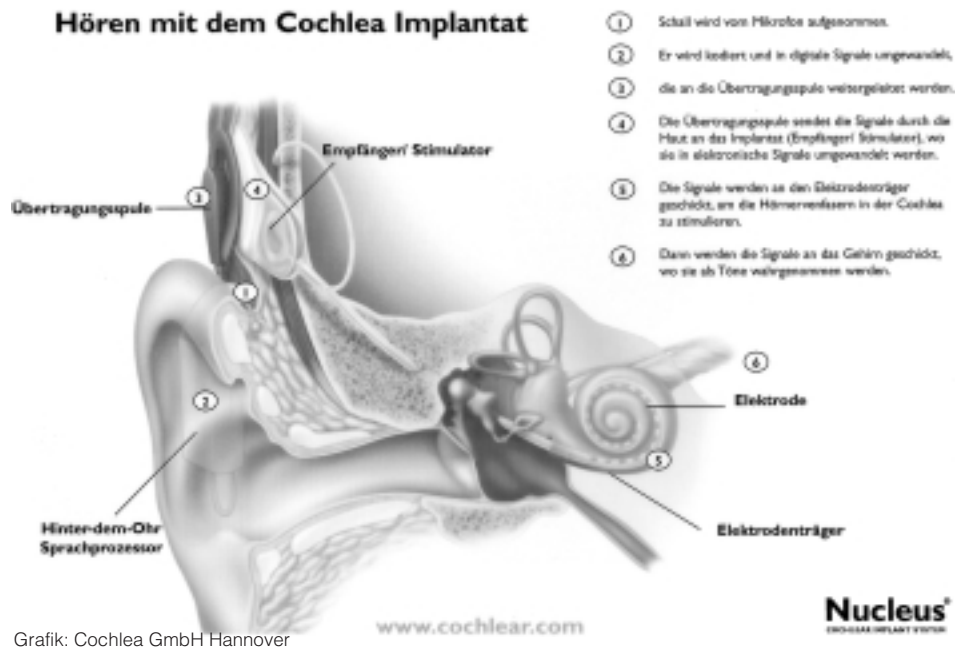
saal und da mussten sie sich ausziehen. Da gab es auch noch andere Möglichkeiten, zum Beispiel erstens die Untersuchung, Röntgen und dann Abmarsch in den Keller. Da standen sie vor einem Tor, die Tür wurde geschlossen. Dann öffnete sich das Tor und dann begann die Tötung. Vom Wartezimmer in die Gaskammer, von der Gaskammer aus in das Operationszimmer, um die Gehirne zu entfernen. Und dann wurden sie verbrannt. Dann wurde die Asche auf den Friedhof gebracht und in Massengräber geschüttet. Das wurde alles geheim gehalten und nicht veröffentlicht.

Ich möchte noch erwähnen, dass mir mehrere Mitbewohner erzählt haben, was damals hier passiert ist. Daraufhin habe ich begonnen, mich näher für das Thema zu interessieren. Ich bin dafür, dass alle Menschen, die noch leben, auch mal die Wahrheit erfahren. Deswegen bin ich Mitglied bei der Gedenkstätte Hadamar. Ich bin auch dafür, dass eine Schirmherrschaft eingeführt wird, damit auch Menschen in anderen Ländern und in ganz Deutschland die ganze Wahrheit über die Vergangenheit im Dritten Reich erfahren. Deshalb finde ich es auch sehr wichtig, dass es jetzt einen Katalog in leichter Sprache gibt, damit auch wir Menschen mit Lernschwierigkeiten die Geschichte besser verstehen können. Das ist für uns sehr wichtig.

Ich werde auch weiter als Fördermitglied bei Hadamar fungieren und noch einige Tagungen mitmachen. Und ich hoffe, dass ich auch einmal eine Führung durch die Gedenkstätte machen darf. Ich würde mich nämlich gerne dafür erkenntlich zeigen, dass ich dort einiges gelernt habe. Ich habe Unterlagen über die Schrifftafeln, die in der Gedenkstätte stehen und Bilder und Informationen über das Dritte Reich. Ich habe auch Informationen über einige Menschen, die in Hadamar umgekommen sind. Christoph Munzert, Vorstandsmitglied „Netzwerk People First Deutschland e. V.“

# Das Cochlea Imp

## „Hörprothese“ mit Chancen



Grafik: Cochlea GmbH Hannover

**„Das Cochlea Implantat öffnet das Tor zur akustischen Welt“, sagt Prof. Dr. Gottfried Diller, Sohn gehörloser Eltern und Leiter des Cochlea-Implant Rehabilitationszentrums (CIC) Rhein-Main in Friedberg – neben der Johannes-Vatter-Schule, der LWV-Schule für Hörgeschädigte.**

Ein Cochlea Implantat (CI) ist eine „Hörprothese“ für gehörlose und ertaubte Menschen, deren Innenohr nicht funktioniert, deren Hörnerv aber intakt ist. Ein Sprachprozessor – meist hinter dem Ohr getragen – nimmt per Mikrofon den Schall auf, wandelt ihn in digitale Signale um und leitet diese weiter an die Sendeeinheit. Diese Sendeeinheit in der Größe einer 2 €-Münze sitzt außen am Kopf und sendet Signale, die man sich wie Radiosignale vorstellen kann, durch die Haut an das eigentliche Implantat, das aus der Empfängereinheit und dem Elektrodenträger besteht. Dort werden die ankommenden Impulse in elektrische Impulse umgewandelt. Diese Impulse schickt die Empfängereinheit an die einzelnen Elektroden in der Hörschnecke, der Cochlea. Von

dem transparenten Elektrodenträger aus Silikon, der so fein und nahezu so flexibel ist wie ein Wollfaden, gelangen die Signale, die von einzelnen Elektroden abgegeben werden, über den Hörnerv ins Gehirn, wo sie als Töne wahrgenommen werden.

Dazu muss der Elektrodenträger in das Innenohr implantiert werden. Die Empfängereinheit wird heute nur noch in die Nähe des Innenohres gelegt. Die gesamte Operation, die von einem Ohrchirurgen durchzuführen ist, dauert in der Regel zwischen 60 und 120 Minuten.

Diese Technik kommt in den Augen vieler einer Revolution gleich.

Operation und komplettes System für ein Ohr kosten 25.000 €. Die Kosten dafür werden in aller Regel von der Krankenkasse übernommen. Aber: Man muss die Bewilligung vorab bei der Krankenkasse einholen. Kritischer wird es, wenn jemand auch ein zweites Implantat möchte. Dafür lehnen einige Krankenkassen inzwischen die Kostenübernahme ab, ähnlich wie es früher bei schwer hörgeschädigten Menschen war, die ein zweites Hörgerät benötigten. Begründung: Ein Implantat reicht, um hören zu können.

# lantat – und Grenzen

Dr. Diller weist jedoch darauf hin, dass ein zweites Implantat besonders für Kinder für die räumliche Ortung von Geräuschen und auch für das Verstehen von Lautsprache in geräuschvoller Umgebung, z. B. im Kindergarten oder in der Schule, enorm wichtig ist. Die schulische und persönliche Entwicklung kann wesentlich von einer beidohrigen Versorgung mit CI abhängig sein.

## **Cochlea Implantat erleichtert den Besuch einer Regelschule**

Die dreijährige Solveigh, von Geburt an gehörlos, trägt zwei CI. Im Alter von 13 Monaten wird das Kind erstmals operiert. „Wenn wir gewusst hätten, wie positiv sich das auswirkt, hätten wir es früher machen lassen“, betont Rosi Petri, Solveighs Mutter. Die Bilanz der Eltern: „Solveigh hört sehr gut, spricht sehr gut, und nach derzeitigem Stand der Dinge spricht nichts dagegen, dass unsere Tochter eine Regelschule besuchen wird“, so Vater Andreas. Dies gilt nach Angaben Dillers inzwischen für mehr als die Hälfte aller implantierten Kinder, die aber zum Teil noch eine sonderpädagogische Förderung erhalten müssen. Die frühe Versorgung gehörloser Kinder ist für Prof. Diller ein wesentlicher Aspekt: „Es ist ratsam, zwischen dem achten und dem 18. Lebensmonat zu implantieren, möglichst vor dem Spra-

cherwerb.“ Aber: Was passiert mit dem CI, wenn das Kind wächst? „Das Innenohr ist bereits bei der Geburt eines Menschen ausgewachsen“, erläutert Heike Michels, Audiologin des CIC. Deshalb kann, medizinisch-technisch betrachtet, der Elektrodenträger Kleinkindern problemlos eingesetzt werden. „Das Risiko einer solchen Operation liegt weit unter dem einer Mandeloperation“, führt Diller an. Bernd Schlösser, Schulleiter der Freiherr-von-Schütz-Schule, der Schule für Hörgeschädigte des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen (LWV) in Bad Camberg, hat eine solche Operation bei einem acht Monate alten Kind beobachtet: „Da wird am Schädel gefräst, unter dem Mikroskop die Cochlea aufgefressen – das ist keine Kleinigkeit.“

## **Mehr als ein medizinisches Problem**

Dietmar Schleicher, Leiter der pädaudiologischen Frühberatung an der Hermann-Schafft-Schule des LWV in Homberg, kritisiert, dass viele Ärzte nur vom technisch-medizinischen Standpunkt aus argumentieren. „Es geht aber auch um Ethik. Wenn ein Kind ein Loch in der Herzwand hat, muss ich operieren, weil es sonst stirbt. Aber ein Kind, das nichts hört, kann trotzdem leben, sich entwickeln.“ In seinem Berufsalltag erlebt er immer wieder, unter welchem enormen Druck Eltern von gehörlosen Kindern stehen. „Sie müssen für ihr Kind entscheiden. Und sie wissen, dass das Kind ihnen später vielleicht Vorwürfe macht, wenn sie die Operation ablehnen bzw. durchführen lassen“, sagt Schleicher. Ihm geht es vor allem darum, dass Eltern auf der Grundlage einer ausgewogenen Information zu einer bewussten Entscheidung kom-



CI: Eine unauffällige Hörhilfe

men. Für Diller steht im Vordergrund: „Mehr Hören bedeutet mehr Selbstbewusstsein.“ Trotz allem sieht Schleicher im CI „eine Riesenchance für gehörlose Kinder“.

## **Unterschiedliche Sprachentwicklung**

Diller ist sich der Schwächen der Technik bewusst. Denn nicht alle gehörlosen Menschen profitieren in gleichem Maße davon. „Bei Erwachsenen, die von Geburt an ertaubt sind, habe ich größte Bedenken“, sagt er. Wie gut ein Betroffener die Lautsprache erlernt, ist abhängig von der persönlichen Situation. Bei Kindern hängt es unter anderem davon ab, ob weitere Behinderungen vorliegen, ob im Elternhaus eine oder mehrere Sprachen gesprochen werden. „Bei einem Kind mit CI entwickelt sich Sprache nicht automatisch wie bei einem normal hörenden Kind. Selbst bei Kindern, die objektiv die gleiche Hörschwelle haben, kann sich mit CI die Lautsprache höchst unterschiedlich entwickeln“, erklärt Schleicher. Manche hören und sprechen mit dieser Technik so gut, dass sie eine andere Form der Kommunikation, beispielsweise Gebärdensprache oder das Ablesen von den Lippen des Gesprächspartners, nicht mehr benötigen. Andere hingegen brauchen diese Kommunikationsformen als Ergänzung. Für sie, so Schleicher, „ist das CI ein zusätzlicher Kanal“. Schlösser verweist darauf, dass „jedes Hörsignal wichtig ist für die Orientierung,



CIC-Audiologin Heike Michels bei der Arbeit.  
Fotos: CIC – Rhein-Main



Das CIC – Rhein-Main in Friedberg.

Foto: CIC – Rhein-Main

denn diese Signale machen aufmerksam auf Menschen oder Gefahren". Dass manche CI-Träger weder eine Identität als Gehörlose noch als Hörende entwickeln können, führt auch zu einer vehementen Ablehnung der CI-Technik bei bestimmten Gruppen gehörloser Menschen. „Es gibt ideologische Widerstände, weil einige Betroffene befürchten, dass dadurch ein Teil der Gehörlosenkultur verloren geht“, erklärt Schlösser. Irgendwann, so die Befürchtung, werde nur noch eine Minderheit Gebärdensprache beherrschen. Gesprochen werde in diesem Kontext von zwei Welten, der Welt der Nicht-Hörenden und jener der Gut-Hörenden. Nur: Zu welcher zählt ein gehörlos geborener Mensch mit CI? „Gehörlose Eltern, die anstelle ihres gehörlosen Kindes über eine CI-Operation entscheiden müssen, befürchten oft, dass sie damit einen Bruch in der Familie riskieren“, so Schlösser. Übersehen werde dabei die große Zahl jener Menschen, die zwischen diesen beiden Welten leben, denen ein CI sehr helfen könne.

### Zeitspanne der Stille ist relevant

Besonders geeignet ist die CI-Technik für Erwachsene, die spät ertaubt sind. Dazu zählt Andrea Schmidt, die sich im April 2004 ein CI implantieren ließ. Die heute 45-Jährige erhielt 1994 ihre ersten Innenohr-Hörgeräte. Nach weiteren zehn Jahren erleidet sie einen massiven Hörsturz. „Mein Gehör war nicht zu retten. Die Ärzte diagnostizierten eine beidseits an Taubheit grenzende Schwerhörigkeit“, erzählt die Diplom-Ingenieurin für Wasserwirtschaft. Auf der linken Seite wird eine Resthörigkeit im tiefen Bereich festgestellt. Schnell entschließt sie sich für die CI-Operation. Ein halbes Jahr später wird das Implantat ergänzt durch ein Hörgerät für die Tieftonbereiche. „Ich höre Sprache

und die meisten Geräusche so wie früher“, schildert die Mutter von zwei Kindern. Nur bei Musik hat sie Probleme, besonders bei Pop. Vom ersten Moment an habe sie mit dem CI nicht nur Töne wahrgenommen, sondern diese auch zuordnen können. „Aber für mich war das leicht, denn die Zeitspanne zwischen dem Nicht-mehr-Hören bis zum Einsatz des CI war mit rund fünf Monaten relativ kurz“, räumt sie ein. „In diesem Fall waren die Wege im Gehirn vorhanden, konnten genutzt werden“, bemerkt Schlösser.

Für Frank Pauler ist es schwieriger. Der Sondermaschinenbau-Mechaniker ist im Alter von zehn Jahren nach einem Zeckenbiss an Gehirnhautentzündung (Meningitis) erkrankt. Folge: Auf dem linken Ohr ertaubt er, auf dem rechten ist er hochgradig schwerhörig. Vor etwa acht Jahren folgt ein Hörsturz. „Hörreste ohne Wortverstehen haben die Ärzte festgestellt“, erzählt Pauler. Vor etwa zweieinhalb Jahren erfährt er von den Möglichkeiten der CI-Technik. Akribisch trägt er Informationen zusammen, sucht sich eine Klinik. Im vergangenen Oktober wird er operiert. Sein Eindruck bei der Erstanpassung des CI sechs Wochen später: „Ein tolles Gefühl, ich war völlig überrumpelt.“ Pauler braucht Übung, vor allem, wenn andere Geräusche ein Gespräch stören. Gemeinsam mit Barbara Bumann, Therapeutin des CIC, schult er sein Sprachverständnis. Ob Bumann eine Aussage macht oder eine Frage stellt, ist für Pauler schwer zu hören. „Bei Fragen geht die Satzmelodie am Ende hoch“, erläutert die Therapeutin. Pauler nickt bedächtig. „Durch die lange Stille ist das alles in Vergessenheit geraten“, sagt er.

Audiologin Heike Michels unterstreicht: „Eine Hörverbesserung muss man sich erarbeiten. Es kann ein bis

zwei Jahre dauern, bis man Sprache ohne das entsprechende Mundbild verstehen kann.“ Auch das lernen die Betroffenen und deren Angehörige in der Reha. Denn die Erwartungshaltung der CI-Träger, aber auch von deren Familien, ist enorm hoch.

Pauler kämpft – auch an anderer Stelle. Er engagiert sich im Gehörlosen-Ortsbund Herborn. „Ich merke, dass viele gegen CI sind. Es wurden in der Vergangenheit Fehler gemacht, Erwachsene implantiert, die keinen Nutzen davon hatten. Das hat Ängste ausgelöst“, berichtet er. Dagegen möchte er etwas unternehmen, seine Erfahrungen anderen mitteilen.

### CIC–Friedberg: Zweitgrößtes Hörzentrum Deutschlands

Pauler und Schmidt sind zwei von 128 Erwachsenen, die seit Gründung des CIC 1993 in Friedberg an einer Rehabilitationsmaßnahme teilgenommen haben. Hinzu kommen 364 Kinder und Jugendliche. Diller empfiehlt Betroffenen, sich eine Klinik auszusuchen, die Erfahrung hat mit dieser OP. Beobachtet wurde ein erhöhtes Risiko, nach der Implantation an Gehirnhautentzündung zu erkranken. Deshalb bekommen inzwischen alle betroffenen Kinder eine Meningitis-Schutzimpfung. Zudem könne ein technisches Gerät wie das CI ausfallen. Dann sei eine Re-Implantation notwendig. „Bei 500 Patienten ist das bislang siebzehnmals passiert“, ergänzt er. Das CIC in Friedberg hat sich inzwischen zum zweitgrößten Hörzentrum Deutschlands entwickelt. Von Diagnostik über Beratung bis hin zur Hör-Reha und der Einbeziehung der Angehörigen wird hier die gesamte Service-Palette angeboten. Hals-Nasen-Ohren-Ärztin, Logopädin, Hörtherapeuten, Audiologin, Pädagoginnen, Ansprechpartner verschiedener CI-Hersteller, Hörgeräteakustiker sowie unterschiedliche Selbsthilfegruppen stehen zur Verfügung.

Für Schmidt hat das CI vor allem eines gebracht: „Normalität.“ Sie ist froh, dass ihr halblanges Haar den Sprachprozessor verbirgt. Was für Solveigh das CI bedeutet? „Du brauchst zum Sehen eine Brille, ich brauche zum Hören ein CI.“

Stella Dammbach/(rvk)



# „Akquisepipeline gut gefüllt“: Integrationsunternehmen entwickelt sich zum marktnahen Scan-Dienstleister

**D**ie Arbeitslosigkeit kletterte im vergangenen Winter auf Rekordhöhe, besonders stark betroffen sind Menschen mit Behinderungen. Um mehr Beschäftigung für behinderte Menschen zu schaffen, setzt das Integrationsamt des LWV verstärkt auf das Instrument der Integrationsprojekte.

„1.022 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren Ende 2004 in hessischen Integrationsunternehmen beschäftigt“, bilanzierte LWV-Landesdirektor Lutz Bauer im März bei einem Ortstermin im Kasseler Integrationsunternehmen Pro Dokument gemeinnützige GmbH. Dabei sei die Zahl schwerbehinderter Mitarbeiter in den Integrationsprojekten auf 609 Beschäftigte gestiegen. Angesichts der schwierigen Wirtschaftslage stelle die Gründung und der erfolgreiche Betrieb eines Integrationsunternehmens hohe Anforderungen an alle Beteiligten. Pro Dokument habe sich dabei als besonders erfolgreiches Projekt entwickelt und 17 neue Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen schaffen können: „Das Unternehmen stellt sich dem scharfen Wettbewerb und ist durch



Scan-Dienstleistungen sichern Arbeitsplätze: Mitarbeiter der Firma Pro Dokument gemeinnützige GmbH in Kassel. Foto: Roland Müller

den Einsatz betriebswirtschaftlicher Instrumente in der Lage, unternehmerische Entscheidungen schnell und flexibel zu treffen“, lobte der LWV-Chef beim Ortstermin.

Das konnten Ilona Caroli als Vorsitzende des Gesellschafters, der Sozialgruppe Kassel e. V., wie auch Ge-

schäftsführer Gerald Reißmann und Betriebsleiter Roland Müller bestätigen: Seit 2003 arbeite das Unternehmen aktiv im Benchmarking- und Monitoring-Projekt des LWV-Integrationsamtes mit, zu dem auch regelmäßige, speziell auf Integrationsunternehmen abgestimmte betriebswirtschaftliche Seminare und Controlling-Workshops gehören. „Ich schätze die an der Praxis orientierten Weiterbildungen sehr. Die Zahlen unseres Unternehmens verantwortungsbewusst zu analysieren und rechtzeitig zu handeln, ist in rezessiver Zeit ein absolutes Muss“, stellte Betriebsleiter Müller fest. Der LWV gehe daher den richtigen Weg, Integrationsprojekte nicht lediglich zu fördern, sondern auch im Betrieb zu begleiten. „Die Gründung eines Integrationsunternehmens als gemeinnützige GmbH trägt besondere Chancen, aber natürlich auch Risiken in sich“, erläuterte Ilona Caroli. „Die fachlichen und konzeptionellen Hilfestellungen des LWV, die neben unserem professionellen Know-how den Erfolg der Pro Dokument möglich gemacht haben, nehmen wir daher gerne an.“ (jda)

## Pro Dokument gemeinnützige GmbH

Durch digitale Archivierung Zeit und Raumkosten sparen – aus dieser Idee wurde ein erfolgreiches Unternehmenskonzept: Als professioneller Scan-Dienstleister betreibt die Pro Dokument inzwischen das größte Dokumenten-Center im Raum Kassel und übernimmt für privatwirtschaftliche wie öffentliche Einrichtungen das komplette Dokumenten-Management (DMS) von der digitalen Erfassung, Archivierung, Datenpflege und Lagerung bis zur Vernichtung. Bis zu 120.000 A4-Dokumente und 4.000 A0-Zeichnungen werden dort pro Tag verarbeitet. Das Dienstleistungsportfolio ist modular

aufgebaut und reicht bis zur Unterstützung komplexer Archivierungsanwendungen (Workflow) sowie die Anbindung an vorhandene Datenbanksysteme. Neben dem Dokumenten-Management ist die Pro Dokument in den Geschäftsfeldern Industriedienstleistungen und Behindertenbeförderung tätig. Insgesamt beschäftigt das vom LWV-Integrationsamt investiv geförderte gemeinnützige Unternehmen 21 Mitarbeiter, davon 17 Menschen mit einer Schwerbehinderung. Seit dem ersten Geschäftsjahr 2002 schreibt das Integrationsunternehmen schwarze Zahlen. (jda)

# Einsatz von Einkommen und Vermögen Neues Verfahren ist sozialverträglich

**S**eit Beginn des Jahres 2005 liegt die Verantwortung für das Betreute Wohnen von Menschen mit Behinderungen komplett beim LWV Hessen. Der Neuorganisation dieses expandierenden Aufgabenfeldes gingen die Unterzeichnung mehrerer Vereinbarungen, vor allem aber intensive Verhandlungen mit allen beteiligten Organisationen voraus. Bis gegen Jahresende wurde verhandelt, Zeit brauchte auch das Beitrittsverfahren der Landkreise und kreisfreien Städte. Die Einrichtungen des Betreuten Wohnens wie auch die im Betreuten Wohnen lebenden Menschen selbst konnten so nicht mit dem gewünschten zeitlichen Vorlauf auf die neue Situation vorbereitet werden. Durch dieses Verfahren wie auch durch die neue Prüfung von Einkommen und Vermögen entstand Unmut bei Leistungserbringern und Leistungsberechtigten. Viele Leistungsberechtigte wurden unsicher, ob sie künftig noch Leistungen für das Betreute Wohnen erhalten würden. Nun hat der LWV mit einer Entscheidung des Verwaltungsausschusses klargestellt: Das Verfahren beim Betreuten Wohnen entspricht den gesetzlichen Vorgaben und wird zudem sozialverträglich umgesetzt.

## Betreutes Wohnen – eine Erfolgsgeschichte

1986 wurde in Hessen die erste Verwaltungsvereinbarung über das Betreute Wohnen für behinderte Menschen zwischen der Liga der Freien Wohlfahrtspflege, dem Hessischen Landkreistag, dem Hessischen Städtetag und dem LWV abgeschlossen. Die Vereinbarung, die mehrfach ergänzt wurde, entwickelte sich in den Folgejahren zum Erfolgsmodell: Bis zum 30. November 2004 wurden 7.448 Plätze anerkannt, Hessen erreichte beim Betreuten Woh-

nen bundesweit eine Spitzenstellung. Eine wachsende Zahl von behinderten Menschen nahm dieses Betreuungsangebot zu einem weitgehend selbstbestimmten Leben an. Es war einvernehmliche Praxis, die Leistungen bis auf weiteres ohne den Einsatz von Einkommen und Vermögen und ohne eine Heranziehung Unterhaltspflichtiger zu gewähren. Abgelöst wurde diese Vereinbarung durch eine neue vertragliche Regelung, die von den Vertragspartnern Hessisches Sozialministerium, Hessischer Landkreistag, Hessischer Städtetag und LWV am 17. Dezember 2003 abgezeichnet wurde. Die neue Vereinbarung fordert und fördert den landesweit gleichmäßigen Ausbau des Betreuten Wohnens für Menschen mit Behinderung. Sie legt zugleich die sachliche Zuständigkeit und die Finanzierung für diese Aufgabe für die Zeit vom 1. Januar 2005 bis 31. Dezember 2008 neu fest. Erstmals wird damit eine umfassende Zuständigkeit für das Betreute Wohnen auf Zeit in die Hände des LWV gelegt.

## Einkommens- und Vermögens-einsatz

Im Zuge der Umsetzung dieser Vereinbarung wurde die Frage des Einsatzes von Einkommen und Vermögen sowie der Heranziehung Unterhaltspflichtiger auch unter geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen neu geprüft. So war der LWV nun verpflichtet, zum Einsatz von Einkommen und Vermögen sowie zur Heranziehung Unterhaltspflichtiger eine gesetzeskonforme wie auch sozialverträgliche Lösung zu erarbeiten. Hintergrund der so getroffenen Entscheidung war zum einen die außerordentlich schwierige finanzielle Situation der Landkreise und kreisfreien Städte als Träger des LWV, die einen Verzicht auf erzielbare Erlöse nicht zulässt. Zum anderen sah sich der LWV in der Pflicht, die bis dato



praktizierte Ungleichbehandlung von Menschen, die Leistungen entweder des ambulanten oder aber des „stationären“ Wohnens (Wohnheim) erhielten, aufzuheben. Dies entspricht so auch der veränderten rechtlichen Situation: Das neue Sozialgesetzbuch Teil XII (SGB XII) sieht eine Vereinheitlichung beim Einsatz von Einkommen und Vermögen sowie bei der Heranziehung Unterhaltspflichtiger für stationäre und ambulante Maßnahmen der Eingliederungshilfe vor. Aufgrund der lang andauernden Verhandlungen zum Abschluss einer „Zusatzvereinbarung für das Betreute Wohnen“ mit den Vertretern der Leistungserbringer – sie konnte erst am 25.11.2004 abgeschlossen werden – sowie des späten Abschlusses des Beitrittsverfahrens der Kommunalen Gebietskörperschaften zur

# Vermögen im Betreuten Wohnen: traglich und gesetzeskonform



Auch ein kleiner Garten gehört dazu: Joachim Aust lebt im Betreuten Wohnen des St. Antoniusheimes in Fulda. Foto: Christoph Karkus

„Vereinbarung über das Betreute Wohnen“ – alle Landkreise und kreisfreien Städte mussten dazu entsprechende Beschlüsse fassen -, konnten erste Informationen an die Leistungsempfänger und Leistungserbringer erst Mitte Januar 2005 vermittelt werden. Mit Schreiben vom 24. Januar 2005 wurden alle Personen, die in Kostenträgerschaft des LWV Leistungen des Betreuten Wohnens erhalten, über die beabsichtigte Inanspruchnahme aus Einkommen und Vermögen sowie Heranziehung Unterhaltsverpflichteter informiert und um Rücksendung eines Fragebogens gebeten. Die Leistungserbringer des Betreuten Wohnens waren mit einem

## Fallbeispiel – Einsatz von Einkommen und Vermögen im Betreuten Wohnen

### Einkommengrenze

Für Herrn A. gilt die folgende, nach § 85 SGB XII ermittelte Einkommengrenze:

- Grundbetrag (= 2 x Eckregelsatz 345 €) 690 €
- plus Kaltmiete (tatsächliche, angemessene Aufwendungen) 331 €
- Einkommengrenze: 1.021 €

Herr A. verfügt über folgendes Einkommen und Vermögen:

### Einkommen:

- Erwerbsunfähigkeitsrente 785 €
- Betriebsrente 240 €
- Werkstattlohn 146 €
- Gesamteinkommen 1.171 €
- abzüglich Aufwendungen 48 €
- Bereinigtes Einkommen 1.123 €

Bei der „Einkommensbereinigung“ nach § 82 Abs. 2 SGB XII kann Herr A. einzelne Aufwendungen, z. B. bestimmte Versicherungsbeiträge oder Werbungskosten, vom Einkommen absetzen. Auch wird geprüft, ob Herr A. besondere Belastungen zu tragen hat.

### Vermögen

Herr A. verfügt über ein Sparguthaben mit einem Kontostand von 1.410 €. Dieses Sparguthaben fällt unter das Schonvermögen und muss daher nicht eingesetzt werden.

### Einkommenseinsatz

- Bereinigtes Einkommen 1.123 €
- Einkommengrenze 1.021 €
- Einkommen über Einkommengrenze 102 €

Für die Kosten des Betreuten Wohnens muss Herr A. sein über der Einkommengrenze liegendes Einkommen zu 75 % einsetzen. Sein Anteil beträgt somit 76,50 €.

Geprüft wird auch, ob die Eltern von Herrn A. möglicherweise nach § 94 Abs. 2 SGB XII unterhaltspflichtig sind. Im Regelfall erstreckt sich die Unterhaltspflicht der Eltern lediglich auf einen Betrag von max. 26 €, sofern der zivilrechtliche Selbstbehalt überschritten wird.

Rundschreiben vom 13. Januar 2005 vorab informiert worden. Dies hat sowohl bei den Leistungserbringern als auch bei den Leistungsempfängern im Betreuten Wohnen zu Irrita-

tionen geführt. Nachvollziehbarer Hauptkritikpunkt war der enge zeitliche Rahmen zwischen der schriftlichen Information und dem Zeitpunkt, zu dem die neue Regelung





Renate Puth, Benjamin Zobel und Ludwig Lenz (v. l.) beim gemeinsamen Abendessen. Sie werden vom Behinderten-Werk Main-Kinzig unterstützt und leben in einer Wohngruppe in Hanau.

Foto: Peter Vornhein

wirksam werden sollte. In einem Spitzengespräch zwischen der Liga der Freien Wohlfahrtspflege und dem LWV am 1. März 2005, wie auch in der Sitzung der Vertragskommission am 10. März 2005, wurde die Problematik besprochen, der LWV hat dabei seine Handlungsmöglichkeiten dargelegt.

### Ausbau des Betreuten Wohnens sichern

Um den Leistungsberechtigten im Betreuten Wohnen ausreichende Informations- und Entscheidungsspielräume zu eröffnen, wurde durch den Verwaltungsausschuss des LWV beschlossen, den Einsatz von Einkommen und Vermögen und die Heranziehung Unterhaltspflichtiger im Betreuten Wohnen erst ab dem 1. Juli 2005 wirksam werden zu lassen. Um den bereits genannten Anforderungen einer sozialverträglichen und gesetzeskonformen Rechtsanwendung zu genügen, sollen die folgenden Rahmenbedingungen gelten:

- Das über der Einkommensgrenze liegende Einkommen eines allein-

stehenden Leistungsberechtigten sowie das über der Einkommensgrenze liegende gemeinsame Einkommen bei nicht getrennt lebenden Ehegatten oder Lebenspartnern wird zu 75 % eingesetzt. Rechtsgrundlage ist § 87 SGB XII.

- Eingesetzt wird das gesamte Vermögen, das nicht zum Schonvermögen zählt. Bei nicht getrennt lebenden Ehegatten oder Lebenspartnern ist das Vermögen beider Ehegatten oder Lebenspartner gemeinsam zu berücksichtigen. Rechtsgrundlage ist § 90 SGB XII.
- Die Heranziehung Unterhaltspflichtiger erfolgt im Rahmen der gesetzlichen Regelungen. Rechtsgrundlage ist § 94 SGB XII.

Im Rahmen der vorgenannten Bedingungen wird jeder Einzelfall individuell geprüft. Der LWV möchte durch dieses Verfahren sicherstellen, dass das Betreute Wohnen auch in Zukunft die bevorzugte Wohnform einer wachsenden Zahl behinderter Menschen bleibt, die ihnen einerseits den erwünschten Freiraum zu einer selbst-

## Fachleistungsstunde

Eines der Kernstücke der Vereinbarungen zum Betreuten Wohnen ist die Abrechnung der erbrachten Leistungen auf der Grundlage von Fachleistungsstunden statt der bisherigen Prüfung eines Verwendungsnachweises mit „Spitzabrechnung“. Dagegen wurde nach nur wenigen Wochen Praxis bereits Kritik laut: Die Fachleistungsstunde sei nicht auskömmlich und erschwere die individuelle Betreuung der im Betreuten Wohnen lebenden Menschen, wandten Anbieter ein. Der Kritik schloss sich die Forderung an, wieder zum alten Abrechnungsverfahren zurückzukehren. Vertreter des LWV sehen hingegen in diesem Vorschlag keinen gangbaren Weg. Mit der Fachleistungsstunde setze sich ein differenziertes und den Aufwand minimierendes Abrechnungsverfahren durch, das in einer wachsenden Zahl von Bundesländern angewandt werde. Auch sei es durch die mit einem Basisbeitrag von 50,16 € angesetzten Fachleistungsstunde möglich, dem Ziel einer Vereinheitlichung von Standards in der Behindertenhilfe näher zu kommen. Nach dem Prinzip „Gleiches Geld für gleiche Leistungen“ soll so eine Annäherung der noch immer differierenden Entgelte und Vergütungen erreicht werden. Auch gewährleistet das neue Abrechnungsverfahren eine individuelle Leistungsgewährung und Betreuung. Der jeweilige Hilfebedarf werde über den Integrierten Hilfeplan erhoben. Erst auf dieser Grundlage werde dann die individuell erforderliche Anzahl von Fachleistungsstunden über ein im Volumen gestaffeltes System von Pauschalen festgesetzt. Dennoch setzen die Verantwortlichen des LWV auf Dialog und wollen sich auch künftig mit allen Beteiligten zum Betreuten Wohnen austauschen. (jda)

bestimmten Lebensweise ermöglicht und ihnen andererseits mit wirksamen Hilfen zur Seite steht. (jda)

# Rund 1,3 Mio. € an vier Werkstattträger in Hessen



Übergabe beim Caritasverband für die Diözese Fulda (v. l.): LWV-Landesdirektor Lutz Bauer; Vorstandsvorsitzender Msg. Dr. Günter Etzel; CARISMA-Werkstatteleiter Dr. Rüdiger Schwan und Ernst-Paul Walter, Ressortleiter Behindertenhilfe beim Caritasverband. Foto: Dr. Christian Scharf

**B**EWILLIGUNGSBESCHIED DES LWV-INTEGRATIONSAMTES ÜBER INSGESAMT 1,288 MIO. € (ZUM TEIL ALS DARLEHEN) ÜBERREICHTE LWV-LANDESDIREKTOR LUTZ BAUER IM FEBRUAR, MÄRZ UND APRIL DIESES JAHRES AN VIER TRÄGER DER BEHINDERTENHILFE IN HESSEN ZUR SCHAFFUNG ODER SICHERUNG VON ARBEITSPLÄTZEN FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG.

## CARITASVERBAND FÜR DIE DIÖZESE FULDA E. V.

Mit rund 712.000 € werden zwei Werkstattprojekte des Caritasverbandes für die Diözese Fulda e. V. gefördert. 581.000 € erhält der Caritasverband für die Werkstatt CARISMA® in Fulda-Maberzell. Davon sind rund 401.000 € für einen Neubau mit Anschluss an das bestehende Werkstattgebäude. Mit 180.000 € fördert das Integrationsamt die Ergänzung der Werkstattausstattung. Der Caritasverband plant ein behindertengerechtes und rollstuhlgeeignetes Gebäude, das mit dem an wenigen Stellen umgebauten Altbau dann Raum für eine angemessene Beschäftigung von nunmehr 60 Menschen mit seelischer Behinderung bietet. In dieser Werkstatt werden neben den klassischen Arbeitsberei-

chen einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) außerdem die Bereiche „Umweltschutz“, „Garten und Landschaftspflege“ und „Forschung und Entwicklung“ untergebracht, die in Zusammenarbeit mit anderen, wie etwa Privatfirmen und Universitäten, in Arbeitsbereichen wie „Schadgasvermeidung“ oder „Teichrestaurierung“ tätig sind.

Rund 130.000 € erhält der Caritasverband zudem für die Werkstatt für Menschen mit geistiger Behinderung in der Stadt Fulda. Dort soll die Ausstattung in allen Arbeitsbereichen ergänzt und modernisiert werden, um die Arbeitssituation zu verbessern und die Wirtschaftlichkeit der Werkstatt zu sichern.

## LEBENSILFHE DILLENBURG E. V.

Rund 142.000 € hat das LWV-Integrationsamt der Lebenshilfe Dillenburg e. V. für die materielle Ausstattung einer Werkstatt für Menschen mit geistiger Behinderung in Haiger-Flammersbach bewilligt. Damit werden im wesentlichen Arbeitsstühle, Arbeitstische und Maschinen wie Deichselstapler oder Gabelhubwagen finanziert.

Die Einrichtung der Zweigwerkstatt für Menschen mit geistiger Behinderung in angemieteten Räumen in Hai-

ger wurde notwendig, weil in den vier bestehenden Werkstätten mit 310 Plätzen tatsächlich mehr Menschen beschäftigt werden. Die zahlenmäßige Überbelegung wirkte sich sowohl negativ auf die Arbeitsabläufe als auch auf die Betreuung der behinderten Beschäftigten aus. In Verbindung mit der neuen Zweigwerkstatt hat der LWV einer Platzzahlerhöhung um 30 Plätze zugestimmt.

## BAUNATALER WERKSTÄTTEN E. V.

362.000 € erhalten die Baunataler Werkstätten e. V. für die Errichtung einer Werkstatt mit 110 Plätzen für Menschen mit seelischer Behinderung. Die neue WfbM soll in der Schillerstraße in Kassel als Zweigbetrieb der Fuldabrücker Werkstätten errichtet werden. Die neue Werkstatt soll 110 Arbeitsplätze u. a. in den Bereichen Industriemontage, Postversand oder Hauswirtschaft bieten. 36 Plätze stellen dabei den Ersatz für die Werkstatt in der Werner-Hilpert-Straße dar, die mit Fertigstellung der neuen Werkstatt aufgegeben werden soll. Weitere 30 Plätze sind als Ersatz für Kapazitäten geplant, die in Fulda abgebaut werden sollen. Die restlichen Plätze werden als neue Arbeitsplätze für Menschen mit seelischer Behinderung eingerichtet.

## ST. ANTONIUSHEIM GGBMH

Das St. Antoniusheim in Fulda erhielt im März einen Bewilligungsbescheid in Höhe von 75.000 €, um die Ausstattung der Arbeitsbereiche Garten und Landwirtschaft des Antoniusheims zu ergänzen. Unter anderem will die St. Antoniusheim gGmbH die Vermarktung der selbst erzeugten Bio-Produkte verbessern. Die neue Ausstattung soll ermöglichen, das selbst erzeugte Gemüse geschält, gekocht oder gefroren sowie Obst und Beeren als Säfte oder Brotaufstriche zu verkaufen. Die dafür notwendigen Ausstattungsgegenstände sollen darüber hinaus die hygienischen Anforderungen der Lebensmittelverarbeitung sichern.

Im Bereich der Landwirtschaft soll ein neuer Teleskopklader eine nicht mehr ausreichende Maschine ersetzen, die bereits seit mehreren Jahren für die Qualifizierung von Werkstattmitarbeitern gedient hat. (rvk)

# Soviel Hilfe wie nötig, soviel Selbst *Betreutes Wohnen bei den*



Gemeinsam die Freizeit gestalten: Horst Jahn (r.) mit Betreuer Roland Geyer beim Billardspielen.  
Foto: Soziale Förderstätten e. V.

**D**ie Geschichte von Klaus und Irene ist eine „Erfolgsstory“: Das Paar, das in einer Werkstatt für behinderte Menschen in Bebra beschäftigt ist, hat zehn Jahre lang in der Wohnstätte Am Wasserturm, einem Wohnheim, gelebt, bevor es ins Betreute Wohnen in die Bahnhofstraße „umsiedelte“. Nach eineinhalb Jahren dort entschlossen sich Klaus und Irene von einem Tag auf den nächsten, dass sie eine eigene Wohnung anmieten wollten. Betreuer Roland Geyer erzählt rückblickend: „Bereit für ein selbstständiges Leben waren die beiden schon länger, aber sie brauchen noch die Sicherheit des Betreuten Wohnens.“ Aus Wunsch wurde Wirklichkeit: Nach der Mitteilung dau-

erte es keine Woche, und Klaus und Irene bezogen ihre erste eigene Wohnung in Bebra. Dort leben sie noch heute – glücklich und unabhängig. Geyer: „Sie haben die Kurve gekriegt; alles ist super gelaufen.“ Auch in der eigenen Wohnung erhalten Klaus und Irene Unterstützung, die sich mittlerweile auf wenige Besuche ihres Betreuers beschränkt – so gut funktioniert das selbstständige Leben inzwischen. Werkstatt, Wohnheim und Betreutes Wohnen werden von den Sozialen Förderstätten für Behinderte e. V., Bebra, betrieben, die mit einer Palette von qualifizierten Hilfen in den Bereichen Wohnen und Arbeiten im Landkreis Hersfeld-Rotenburg aktiv sind.

## Eigenständigkeit in allen Lebensbereichen

Der Umzug von Klaus und Irene ist deshalb eine Erfolgsgeschichte, weil er zeigt, dass die beiden durch ihre Zeit im Betreuten Wohnen in der Bahnhofstraße in Bebra hervorragend auf ein eigenständiges Leben „draußen“ vorbereitet waren. Hier lernten die beiden, was es bedeutet, selbstverantwortlich den eigenen Haushalt zu führen, und konnten sich sicher und selbstbewusst auf eine neue Lebensphase einstellen, als sie innerlich für einen Auszug bereit waren.

Ein eigenständiges Leben - das ist das Hauptziel, welches das Betreute Wohnen verfolgt. Alfred Schüler, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Vereins, dazu: „Ziel unseres Handelns ist es, das Selbsthilfepotential unserer Bewohner zu fördern und zu erhalten und ihnen ein Leben in größtmöglicher Selbstständigkeit im Bereich des Wohnens, lebenspraktischer Tätigkeiten, sozialer Kontakte und sinnvoller Tagesstrukturierung und/oder Erwerbstätigkeit zu eröffnen.“ Dafür gebe das Betreute Wohnen den behinderten Menschen das nötige „Handwerkszeug“ mit auf den Weg und fördere mit bewährten Methoden die Verselbstständigung in allen Lebensbereichen, ist sich Schüler sicher. Dabei werde auch vermittelt, Grenzen und Regeln erkennen und einhalten zu können, die für das Zusammenleben unerlässlich seien. So stelle sich eine der Normalität angenäherte Wohnform ein. Ein Zuhause, wo man der eigene Chef ist, ein hohes Maß an Selbstständigkeit, Eigenständigkeit und Rückzugsmöglichkeiten und gleichzeitig Sozialkontakte würden geboten.

Angeboten wird das Betreute Wohnen seit 1994 bei den Sozialen Förderstätten; zurzeit mit 100 anerkannten Plätzen für Menschen mit geistiger Behinderung – eine Zahl, die sich hessenweit sehen lassen kann. Unter Betreutem Wohnen wird Leben in



# ständigkeit wie möglich

## Sozialen Förderstätten Bebra

den eigenen Räumlichkeiten und gleichzeitige Inanspruchnahme einer vertraglich vereinbarten Betreuung verstanden: Personen, die im (häuslichen) Alltag noch einer Unterstützung bedürfen und bislang stationär in den Wohnstätten oder zuhause versorgt wurden, erhalten nun regelmäßige pädagogische Anleitung im **eigenen** Haushalt. In der Bahnhofstraße wird eine Betreuung durch qualifiziertes Personal werktags vor und nach der Arbeit und an den Wochenenden von morgens bis abends gewährleistet; Nachtsbereitschaften gibt es nicht.

### Eine starke Gemeinschaft

Die Betreuer verstehen sich als Hilfe zur Selbsthilfe, Stütze im Alltag, Helfer auf dem Weg zu einer selbstbestimmten Lebensführung und Ansprechpartner bei Problemen. Ihre Tätigkeitsfelder sind vielseitig: Sie gewähren den behinderten Menschen Hilfestellung unter anderem beim Zimmerputz, beim Einkauf, bei Arztbesuchen und Bankangelegenheiten. Auch der Freizeitbereich kommt nicht zu kurz: Man geht gemeinsam spazieren, veranstaltet regelmäßige Kegelabende, macht Ausflüge mit der Bahn ... Und einmal im Jahr, während der Betriebsferien, geht es in den Urlaub. Im letzten Jahr waren Ferien auf einem Bauernhof angesagt.

Überhaupt wird neben der Selbstständigkeit beim Betreuten Wohnen vor allem auch das Thema Gemeinschaft groß geschrieben. Die Immobilie, die der Verein ab 2001 gemietet und im Herbst 2004 schließlich mit einer Förderung von 185.000 € durch den LWV kaufen konnte, besteht aus zehn Appartements mit eigener Küchenzeile, Dusche und WC. Dort leben im Moment fünf Männer und sechs Frauen. Katja ist mit ihren 23 Jahren die Jüngste im Bunde, der 64-jährige Horst der Älte-

ste. Das Leben Tür an Tür mit anderen Menschen soll dazu führen, dass die Bewohner voneinander lernen, sich akzeptieren und gegenseitig unterstützen, aufeinander Rücksicht nehmen und zusammenhalten.

Zu diesem Zweck wird im Betreuten Wohnen auch Wert darauf gelegt, dass die Bewohner durch Gespräche kleinere Konflikte selbst lösen. Noch besser natürlich, sie gar nicht erst entstehen zu lassen. Daher gibt es regelmäßige Hausbesprechungen, bei denen jeder sagen kann, was ihr oder ihm auf den Nägeln brennt. Um das Gemeinschaftsgefühl zu stärken, werden Aufgaben im Haus gerecht auf alle Bewohner verteilt (z. B. der Küchendienst) und Ideen gemeinsam verwirklicht. Möglichkeiten im Freizeitbereich in Form eines Billard-, eines Tischfußball- oder Tischtennisplatzes stärken ebenfalls die Gemeinschaft und fördern freundschaftliche Bande, genauso wie das sonntägli-

che Mittagessen in der Gemeinschaftsküche im Erdgeschoss. Wenn es dem einen oder anderen allerdings mal zuviel wird, bieten die Appartements auch Rückzugsmöglichkeiten und Raum zu individueller Beschäftigung. Ulrich Völke, Leiter des Sozialdienstes, erklärt: „Die Bewohner haben jederzeit die Möglichkeit, Kontakt zu suchen oder sich in den privaten Bereich zurückzuziehen.“

„Mir geht es hier gut“, konstatiert Ida und macht sich in diesem Moment daran, Kaffee aufzusetzen, denn gerade ist eine Gruppe Besucher aus der Wohnstätte in Sorga im Betreuten Wohnen in der Bahnhofstraße aufgetaucht. Sie haben Kuchen mitgebracht und möchten jetzt gemeinsam das schöne Wetter genießen – wie viele andere Haushalte in Bebra in diesem Moment auch.

Ivonne Balduf/(jda)



Bietet 11 Menschen einen Platz im Betreuten Wohnen: Gebäude der Sozialen Förderstätten in Bebra. Foto: Soziale Förderstätten e. V.

# „Für mehr Selbstbestimmung, für den Erhalt des LWV“ –

## Behindertenverbände und LWV erörtern Positionen zur Behindertenhilfe in Hessen

Der LWV steht selbstbestimmten Hilfeformen für Menschen mit Behinderungen nicht im Weg. Im Gegenteil: Er setzt auf sie und baut sie aus. Beim Betreuten Wohnen liegen wir bundesweit an der Spitze. Dies und weitere Beispiele zeigen: Der LWV fördert das Selbstbestimmungsrecht behinderter Menschen und unterstützt deren Wunsch- und Wahlrechte“, sagte LWV-Landesdirektor Lutz Bauer im Februar bei einem Meinungsaustausch mit Ottmar Miles-Paul vom „Netzwerk Artikel 3“, einem bundesweit arbeitenden Verein für Menschenrechte und Gleichstellung Behinderter, Pandelis Chatziegenoiu vom Landesbehindertenrat Hessen und Stefan Göthling, Geschäftsführer des „Netzwerk People First Deutschland e. V.“. Der LWV-Chef traf mit den Vertretern der Selbsthilfeorganisationen im Kasseler Ständehaus zusammen, um für die Fortsetzung des Reformkurses beim LWV und in der Behindertenhilfe in Hessen zu werben und sich über gemeinsame Strategien auszutauschen.

### Zu mehr ambulanten Hilfeformen umsteuern

Miles-Paul hatte gemeinsam mit anderen Behindertenorganisationen im Dezember gefordert, dass sich eine Reform des LWV an der Selbstbestimmung behinderter Menschen orientieren müsse, stellte aber klar, dass der LWV selbst dabei nicht zur Disposition stehen dürfe: „Wir brauchen den LWV, damit Menschen mit Behinderungen auch künftig in ganz Hessen gleiche Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe haben.“ Unterstützt werden Miles-Paul und seine Kollegen durch den LWV-Chef bei der Forderung, dass in der Arbeitsgruppe, die seit Januar zur Zukunft des LWV unter Federführung des Hessi-



Haben konkrete Vorstellungen über künftige Hilfe für Menschen mit Behinderungen (v. l.): Stefan Göthling, Geschäftsführer „Netzwerk People First Deutschland e. V.“; Ottmar Miles-Paul, „Netzwerk Artikel 3“; ein Helfer; Pandelis Chatziegenoiu, Landesbehindertenrat Hessen, und LWV-Landesdirektor Lutz Bauer.  
Foto: Jörg Daniel

schen Sozialministeriums berät, Menschen mit Behinderungen beteiligt werden: „Bei solch wichtigen Weichenstellungen darf nicht mehr nur über die Betroffenen geredet werden. Diese gehören mit an den Tisch“, waren sich die Beteiligten einig. „Netzwerk Artikel 3“ hatte eine Umsteuerung von der stationären zur ambulanten Unterstützung behinderter Menschen gefordert, auch müssten Hilfeformen wie das Persönliche Budget, Betreutes Wohnen oder die Persönliche Assistenz gestärkt werden. Diese Konzepte stütze der LWV und wirke seit Jahren als Planer, Organisator und Finanzier am Paradigmenwechsel von stationären zu ambulanten Hilfeleistungen mit, unterstrich der LWV-Chef.

Bauer illustrierte die Reformfähigkeit des LWV an einem benachbarten Aufgabenbereich, der psychiatrischen Versorgung, wo der LWV selbst Ein-

richtungsträger sei. Der LWV habe das heute vorhandene Netz auf eine gemeindenahere, in großen Teilen ambulante und teilstationäre Versorgung umgestellt, durch die Enthospitalisierung hätten Hunderte Menschen die Heime verlassen können. „Vom LWV muss keiner verlangen, ‚große Behinderteneinrichtungen‘ aufzulösen. Wir betreiben selbst schon seit langer Zeit keine solchen und setzen gemeinsam mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege seit Jahren auf den Ausbau ambulanter und dezentraler Betreuungsangebote“, stellte Bauer klar.

### Keine „Verschiebebahnhöfe“

Gemeinsam wandten sich Bauer und die Behindertenvertreter gegen „Verschiebebahnhöfe“, die bei gesplitteten Zuständigkeiten entstehen, wo die Versuchung nahe läge, dass sich

## Rucksackprinzip und mehr Mitwirkung

Beim Gespräch legten die Vertreter der Selbsthilfeorganisationen eine Liste über „Wünsche behinderter Menschen an den LWV und die Behindertenhilfe“ vor. Einige Auszüge:

- Stärkung des „Rucksackprinzips“, nach dem behinderte Menschen ihre Hilfen an den Ort, an dem die Hilfeerbringung für sie am sinnvollsten ist, mitnehmen können (Persönliche Budgets).
  - Die Informationen des LWV und Anträge müssen in leichter Sprache gestaltet werden. Beispiel: Landchaftsverband Westfalen-Lippe.
  - Behinderte Menschen müssen gezielt in die Entscheidungsprozesse und Alltagsentscheidungen mit einbezogen werden.
  - Für ältere behinderte Menschen müssen gezielt Wahlmöglichkeiten entwickelt werden, die nicht nur das Heim sind.
  - Abschluss einer Zielvereinbarung, die den Weg eindeutig in Richtung Abbau der stationären Hilfen und Aufbau ambulanter Hilfen ebnet, auch beim Betreuten Wohnen.
- Bestehende Einrichtungen müssen zu Reformen für mehr Selbstbestimmung und zur Entflechtung herausgefordert und gezwungen werden.
  - Unterstützung und Assistenz für behinderte Menschen müssen verstärkt für eine Beschäftigung außerhalb der Werkstatt für behinderte Menschen gewährt werden.
  - Moratorium für den Ausbau von Werkstattplätzen zu Gunsten von Arbeitsplätzen mit Assistenz.
  - Behinderte Menschen dürfen nicht erst in die Werkstatt gezwungen werden, um dann nach der Eingangsphase nach außen erst vermittelt werden zu können.
  - Mehr Teilzeitarbeitsmöglichkeiten für behinderte Menschen auch in der Werkstatt für behinderte Menschen.
  - Lösungen für gleiche Rechte (Rente etc.) für behinderte Menschen, die bisher für eine Beschäftigung außerhalb der Werkstatt hemmend sind.

ein Kostenträger zu Lasten des anderen von Kosten befreite. Statt dessen setzen sich beide für eine „Hilfe aus einer Hand“ ein, wie sie auch das neue, zum Jahresbeginn in Kraft getretene Sozialgesetzbuch XII vorgebe. Ein zukunftsweisendes und effizientes Modell werde gegenwärtig beim Betreuten Wohnen praktiziert, wo der LWV 2005 die volle sachliche Zuständigkeit übernommen habe. „Jetzt gibt es kein zuwider laufendes Interesse eines örtlichen Kostenträgers mehr, einen Menschen aus dem Betreuten Wohnen nur deshalb in ein teureres stationäres Wohnheim zu verweisen, um sich so eines Teils der Kosten wie der Hilfe zum Lebensunterhalt zu entledigen“, erläuterte Bauer. Weil hier die örtlichen Träger bisher unterschiedlich aktiv waren, gäbe es auch noch keine gleichmäßige Versorgung in den Regionen. Das strebe der LWV an: „Jedem Men-

schen, der in einer betreuten Wohnform leben möchte, wollen wir das auch heimatnah anbieten.“ Lediglich auf einen einwohnerbezogenen Schlüssel zu setzen, reiche dagegen nicht aus, wenn individuelle Ansprüche zu erfüllen sind.

Auch die Hilfeform der Persönlichen Assistenz hält Bauer für ein Zukunftsmodell: „Unser Integrationsamt unterstützt bereits eine wachsende Zahl behinderter Menschen im Beruf durch eine Arbeitsassistenz. Damit schaffen und sichern wir Arbeitsplätze für häufig hochqualifizierte Menschen, 2003 waren es 177 in ganz Hessen.“ Die Ausdehnung einer Persönlichen Assistenz auch auf andere Lebensbereiche sei möglich, wenn die Voraussetzungen vorliegen. In Modellprojekten in den Landkreisen Groß-Gerau und Marburg-Biedenkopf nehme der LWV an der Einführung des Persönlichen Budgets teil,

welches auch die Möglichkeit einschließe, von der Persönlichen Assistenz Gebrauch zu machen. Zur Beteiligung des LWV wird gerade eine Vereinbarung vorbereitet, nach der die Federführung in Hessen beim Sozialministerium liegt. Die Anregung von Miles-Paul und seinen Kollegen, beim LWV eine Vertrauensperson zu benennen, die behinderten Menschen als Ansprechpartner in Konfliktfällen zur Verfügung steht, sprach Bauer zu prüfen. Hier wolle man zunächst Ergebnisse eines Pilotprojektes zum „Beschwerde-Management“ auswerten. (jda)

## „Kobinet“ – Nachrichtenservice für Menschen mit Behinderung

Fast so schnell wie „Google-News“ und täglich 8 bis 10 aktuelle Meldungen aus allen Themenbereichen, die für Menschen mit Behinderungen interessant sind: Das sind die „kobinet-nachrichten“, die im Internet barrierefrei unter der Adresse [www.kobinet-nachrichten.org](http://www.kobinet-nachrichten.org) gelesen werden können. „Kobinet“ steht für: Kooperation Behinderter im Internet e. V.. Ottmar Miles-Paul, der beim Gespräch als Vertreter der Selbsthilfeorganisationen dabei war, ist einer der Redakteure und hat sein Büro in Kassel, dort in der Kölnischen Straße 99, wo gleich mehrere bundesweit tätige Organisationen der Interessenvertretung behinderter Menschen ihren Sitz haben. Weil man auch örtlich nah dran ist, verfolgt kobinet die Reformdebatte über den LWV mit wachen Augen und meldet sich im Internet immer wieder zu Wort. Kurz nach dem Gespräch mit LWV-Landesdirektor Lutz Bauer war ein Kommentar über das Treffen zu lesen: Der Austausch zwischen Vertretern der Selbsthilfeorganisationen und der Leitung einer großen Sozialbehörde sei ein Lichtblick gewesen, zwar einer, dem weitere Taten folgen müssten, der aber doch Gemeinsamkeiten habe erkennen lassen. (jda)



# „Chemie der Substanz plus Chemie der Seit 50 Jahren werden Neurolept psychiatrischen Behandlung ein

In der Serie „Was ist das?“ erklärt LWV-Info leicht verständlich wichtige psychiatrische Krankheitsbilder und Themen aus einem psychiatrischen Kontext. Zuletzt erschien im Heft Nr. 4/2004 ein Artikel zum Thema „Soteria-Konzepte“.

Für psychiatrische Krankheiten generell und so auch für schizophrene Erkrankungen gilt, dass Medikamente nicht die Ursachen beheben können, aber zur Linderung und vielfach zur Beseitigung von Symptomen führen sowie bei längerer Einnahme auch vor erneutem Ausbrechen der Erkrankung schützen. Da die Symptome im einzelnen Krankheitsfall und zum jeweiligen Zeitpunkt ganz unterschiedlich sein können, werden auch verschiedene Medikamente bei der Behandlung eingesetzt. Vor allem handelt es sich dabei um Präparate aus den Gruppen der Neuroleptika, der Antidepressiva, Tranquilanzien und Phasen-Prophylaktika. All diese Medikamente gehören zur Gruppe der Psychopharmaka. Der folgende Artikel wendet sich gezielt den Neuroleptika zu, die insbesondere bei Patienten mit Schizophrenien eingesetzt werden.

## **Von Rauschmitteln zu atypischen Neuroleptika**

Moderne Medikamente zur gezielten Behandlung seelischer Erkrankungen sind erst in den letzten 50 Jahren entwickelt worden. Davor bestand die chemische Behandlung in der Gabe von Rauschdrogen oder pflanz-



*Dietrich Süße ist Arzt für Neurologie, Psychiatrie und Psychotherapie und stellvertretender ärztlicher Abteilungsleiter der Abteilung Allgemeine Psychiatrie II in der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Gießen (KPP).*

Foto: ZSP Mittlere Lahn

lichen Giften wie Tollkirsche, Bilsenkraut, Opium und Haschisch, die vor allem zur Beruhigung bei Erregung eingesetzt wurden. Mit diesen Drogen waren große Gefahren der Vergiftung, der Gewöhnung und Abhängigkeit verbunden. Zwischen 1850 und 1950 kam es zum Einsatz bromhaltiger, dann alkoholähnlicher Medikamente und schließlich der Barbiturate, die sämtlich zur Beruhigung und Schlafförderung führten, zum Teil aber ähnliche Gefahren wie die erwähnten Drogen beinhalten.

Seit 1954 kam das erste Neuroleptikum zum Einsatz. In den folgenden Jahrzehnten traten noch rund 30 Präparate hinzu, die heute als sog. klassische Neuroleptika bezeichnet werden. Nur wenige Jahre später wurde

das erste Antidepressivum synthetisiert und bis vor etwa 15 Jahren kamen knapp 15 weitere hinzu, die als klassische Antidepressiva zählen und wegen ihrer chemischen Struktur trizyklische oder tetrazyklische Antidepressiva heißen. Anfang der 60er Jahre wurden die ersten Tranquilizer – zu ihnen gehört Valium – eingeführt, von denen es heute auch etwa 15 verschiedene gibt. Ebenfalls seit Anfang der 60-er Jahre wurde Lithium als erstes sog. Phasenprophylaktikum eingesetzt, später kamen Antiepileptika, vor allem Carbamazepin und Valproat, in diesem Anwendungsfeld hinzu.

In den letzten 10 bis 15 Jahren sind neue Medikamentengruppen entwickelt worden: Die sogenannten atypi-

# Beziehung“ — tika in der gesetz

schen Neuroleptika und selektiven Antidepressiva. Ziel dieser Neuentwicklungen war vor allem, Nebenwirkungen zu verringern und so die Verträglichkeit der Medikation zu verbessern. Diese neuen Substanzen haben jedoch die alten nicht überflüssig gemacht. Die diversen Wirkungen der verschiedenen Medikamente resultieren aus deren unterschiedlicher Beeinflussung von Stoffwechselfvorgängen im Gehirn. Deshalb wird heute auch oft von Schizophrenien als Stoffwechselstörungen gesprochen.

## Wie wirken die verschiedenen Psychopharmaka?

Antidepressiva sollen Depressionen lindern. Man unterscheidet dämpfende von eher anregenden Wirkungen in unterschiedlicher Ausprägung. Tranquilanzien, der Name leitet sich ab vom lateinischen Wort *tranquillus* = ruhig, wirken vor allem beruhigend und Angst-mindernd. Phasenprophylaktika werden heute auch als Stimmungsstabilisierer bezeichnet, was ihre Wirkung besser benennt: Sie mildern Stimmungsschwankungen zwischen himmelhoch jauchzend und zu Tode betrübt.

Neuroleptika sind die für die Schizophrenie-Behandlung wichtigste Medikamentengruppe. Sie werden unterschieden in mehr antipsychotisch wirkende und mehr dämpfende Medikamente. Was „dämpfend“ ist, ist leicht abzuleiten: Diese Wirkung ist erwünscht bei großer innerer Unruhe, Getriebenheit und Reizbarkeit. Was „antipsychotisch“ bedeutet, ist schwerer zu erklären. Zum einen meint man damit eine Wirkung gegen Halluzinationen und Wahnvorstellungen, zum anderen einen gewissen Schutz vor Reizen aus der Außenwelt

wie auch aus dem eigenen Inneren heraus. Dies hat eine große Bedeutung, denn Menschen mit schizophrenen Psychosen reagieren empfindlicher auf Stress. Umgangssprachlich passt meines Erachtens am besten das Bild, dass Neuroleptika zu einem dickeren Fell verhelfen. Neuroleptika bewirken in akuten Psychosen das Abklingen der Trugwahrnehmungen und Wahnvorstellungen sowie der Gereiztheit und des Misstrauens. Sie können jedoch – und dann üblicherweise in geringerer Dosierung – langfristig eingenommen, auch davor schützen, dass eine akute Psychose erneut auftritt, d. h. sie wirken vorbeugend. Man kann in diesem Zusammenhang von einem „Schutzschild bei großer Empfindsamkeit“ sprechen.

Wie das einzelne Neuroleptikum beim jeweiligen Patienten wirkt, d. h. ob die erwünschte Wirkung eintritt und ob es ausreichend verträglich ist, ist nur ungenau vorherzusagen. Deshalb muss im Einzelfall manchmal ein zuerst gegebenes Medikament gewechselt werden, vielleicht sogar auf ein drittes oder gar viertes Neuroleptikum umgestellt werden, bis ein ausreichend wirksames und zugleich verträgliches Präparat gefunden ist. Die zum Teil sehr feinen Unterschiede zwischen den fast 60 Neuroleptika auf dem deutschen Markt bieten „die

Chance einer hochindividualisierten Pharmakotherapie“.

## Welche Nebenwirkungen können auftreten?

Die häufigeren möglichen Nebenwirkungen treten meist zu Beginn einer Medikamenten-Behandlung auf und lassen in der Regel bald nach, verschwinden eventuell ganz. Es lohnt sich also in vielen Fällen, einige Unannehmlichkeiten in Kauf zu nehmen, wenn sich die Beschwerden verringern sollen. Manche Patienten setzen schon bei ersten Nebenwirkungen ihre Medikamente wieder ab. Das hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass in diesen Fällen Nebenwirkungen sehr störend für das Allgemeinbefinden empfunden werden. Vor allem bei den sogenannten klassischen Neuroleptika können Störungen der Bewegungsabläufe auftreten, die sowohl die Feinmotorik, wie auch grobe Bewegungen betreffen. Typisch sind Muskelverspannungen bis hin zu einem Gefühl, eingefroren zu sein, unwillkürliche Bewegungen und Zittern oder auch eine Sitz-, Steh- oder Bewegungsunruhe. Es kann zu vermehrtem Speichelfluss, zu Blutdruckschwankungen und Schwindelgefühlen kommen. Sehr selten treten schwerwiegende Nebenwirkungen auf wie Veränderungen der Blutwerte, epileptische



Ein Patient der KPP Gießen mit Fachkrankenschwester Andrea Brähler beim Medikamententraining.  
Foto: ZSP Mittlere Lahn



Anfälle oder eine Unfähigkeit, die Blase zu entleeren. Ein sehr empfindlicher Bereich menschlichen Lebens ist die Sexualität. So wie sexuelles Erleben durch eine Psychose meist gestört ist, kann es auch durch Neuroleptika zu Störungen sexueller Emotionen und Erlebnisfähigkeit kommen. Gleiches gilt für die Denkleistungen: Neuroleptika können geordnetes Denken wieder ermöglichen, jedoch auch zum Gefühl einer Blockierung des Denkens sowie zu Aufmerksamkeits- und Konzentrationsschwächen führen. Auch kann sich beim Abklingen einer akuten Psychose eine Depressivität einstellen. Bei den neueren sog. atypischen Neuroleptika sind solche Nebenwirkungen zwar seltener, aber oftmals die antipsychotische Wirkung auch geringer und es können andere Nebenwirkungen auftreten wie Gewichtszunahme, ein Unruhegefühl oder Störungen des Zucker- oder Fettstoffwechsels. All diese Nebenwirkungen können Grund sein für die Ablehnung der Medikamenten-Einnahme durch den Patienten. „Für einige Patienten ist das Elend der Behandlungsfolgen.... so schwerwiegend wie die Symptome der Krankheit selber. Andere sprechen auf die verfügbaren Medikamente nur unzureichend an ...Die Schizophrenie kann aber eine so schwere Krankheit sein, dass man Behandlungsverfahren in Betracht ziehen muss, die nicht so sicher sind, wie man das gern hätte“ (Finzen 2004).

## **B**austein des Therapieerfolgs: **Compliance**

Man spricht von einer guten Compliance (Einwilligung, Bereitschaft), wenn ein Patient die festgelegte Medikation zuverlässig einnimmt. 50 % der schizophrenen Patienten nehmen ihre Medikamente nicht oder nicht wie verordnet. Bei 20 % wirken sie nicht wie beabsichtigt.

Da bleiben in nur 30 % gewünschte Behandlungsverläufe. Compliance resultiert jedoch nicht nur aus geringen bis fehlenden medikamentösen Nebenwirkungen. Förderlich für die Bereitschaft zur regelmäßigen Medikamenten-Einnahme sind

- Erleben von Behandlungserfolg
- ausführliche Informationen über Krankheit und Behandlung



Nicole Klingenberg (r.), pflegerische Stationsleiterin in der KPP Gießen, informiert Patienten in der Medikamentengruppe über Neuroleptika. Foto: ZSP Mittlere Lahn

- Unterstützung aus dem sozialen Umfeld
- vor allem eine gute Arzt-Patient-Beziehung

„Nicht nur die Chemie der Substanz, sondern die Chemie der Beziehung entscheidet darüber, ob der Patient bereit ist, notwendige Medikamente einzunehmen“ (Bock 2003). Die Auswahl und Dosis des Neuroleptikums erfolgt nach Wirkung und Verträglichkeit. Grundsätzlich gibt es außer der Akutbehandlung drei Vorgehensweisen zur Vorbeugung von Rückfällen:

- Kontinuierliche Medikamenten-Gabe
- Frühintervention, d. h. Einnahme bei sog. Frühwarnzeichen wie etwa Angst, Rückzug, Depression, Konzentrationsschwäche etc.
- Krisenintervention, d. h. Medikamenten-Einnahme bei ersten psychotischen Symptomen

Den deutlichsten Erfolg hat – statistisch gesehen – die Dauerbehandlung. Darunter bleiben etwa drei Viertel der Patienten ohne Rückfall, bei Frühintervention sind es immerhin noch 50 %. Durch Krisenintervention lassen sich nur bei gut einem Drittel der Patienten psychotische Rückfälle verhindern. Im Allgemeinen gilt daher die Devise, dass Patienten zu einer

Neuroleptika-Dauerbehandlung motiviert werden sollten.

Compliance ist nicht als Vorleistung des Patienten anzusehen, sondern als eine gemeinsame Aufgabe. Die Aufgabe eines Psychiaters, Psychologen, Pflegemitarbeiters und Psychotherapeuten fängt bei der Verständigung mit Patienten über unterschiedliche Einschätzungen und Wertmaßstäbe an. Eine kontinuierliche Therapie durch dieselben Behandler ist Voraussetzung für das notwendige Vertrauen beim Patienten und schafft bei den Behandlern die Fähigkeit zu individuell angemessener, persönlicher Begleitung und Beratung. Die Behandlung kann nur dann Früchte tragen, wenn sie den Interessen des einzelnen Patienten Rechnung trägt. Im Rahmen einer solchen Behandlung können Fragen besprochen und verhandelt werden wie

- Was sind die Besonderheiten des Einzelnen?
- Welche Misserfolge und Ängste, welche Hoffnungen und Wünsche prägen seine Erwartungen?
- Wie sind die nächsten Lebensaufgaben zu bewältigen?
- und natürlich auch: Was ist die best mögliche medikamentöse Behandlung?

Dietrich Süße/(jda)



# Ehrensache Ehrenamt

Deutschlandweit sind nach Angaben des Familienministeriums rund 22 Millionen Menschen ehrenamtlich in Vereinen und Organisationen tätig. Ehrenamtliches Engagement in sozialen, kulturellen, umweltpflegerischen und vielen weiteren Aufgabenfeldern ist gesellschaftlich unentbehrlich.

**All diejenigen, die sich dort einsetzen, verdienen Anerkennung für Ihren Einsatz. In einer Reihe stellt LWV-Info Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Reihen des LWV vor, die sich in ihrer Freizeit beispielhaft ehrenamtlich einbringen. Susanne Siebert, die wir heute mit ihrem Ehrenamt vorstellen, ist Diplom-Sozialpädagogin und arbeitet in der Fachgruppe Begutachtungen am Standort Darmstadt.**

**D**as Missions- und Entwicklungshilfeschiff „Anastasis“ lernte Susanne Siebert 1990 in Hamburg kennen, als es zum ersten Mal einen deutschen Hafen anlief. Bei einem Rundgang war sie schnell beeindruckt von dem umgebauten Frachtschiff, welches eine internationale christliche Missionsgesellschaft aufgekauft und in Eigenarbeit zu einem Krankenhausschiff umgerüstet hatte.

**Die Idee: Menschen in unterentwickelten Ländern eine kostenlose medizinische Behandlung anzubieten, die ansonsten unver-sorgt bleiben würden.**

Eine wichtige Aufgabe und zugleich ein faszinierendes Projekt, empfand Susanne Siebert, hielt den Kontakt zur Organisation und stellte sich zwei Jahre lang als Übersetzerin bei den Schiffsführungen zur Verfügung. Um auch bei Auslandseinsätzen dabei



Hilfe für viele Menschen: Susanne Siebert auf dem Krankenhausschiff „Anastasis“.

Foto: privat

sein zu können, nahm sie anschließend an einer „Jüngerschaftsschule“ teil, einer kurzen Bibelschule mit praktischer Ausrichtung, in der man auf die Mitarbeit auf dem Schiff und auf Einsätze in anderen Ländern vorbereitet wird. Froh war sie darüber, dass ihr damaliger Arbeitgeber sie für ein halbes Jahr von ihrem Arbeitsplatz in einem psychiatrischen Krankenhaus freistellte. So flog sie im August 1993 nach Litauen, wo das Schiff vor Anker lag und Kindern mit dringend notwendigen Zahnbehandlungen half.

An Bord stand aber nicht nur der Einsatz in den Hilfsprojekten auf dem Programm: In einer Schule fanden Bibelstudien statt, in Kleingruppen wurde zur Persönlichkeitsentwicklung gearbeitet. Praktisches Einsatzfeld für Susanne: Holz abschmiegeln und einölen sowie den rostigen Schiffsrumpf bearbeiten. Das bestimmte ihren Arbeitsalltag, bis sie den Auftrag bekam, die Rettungsringe zu renovieren. Von Litauen aus ging es dann auf weite Reise: Norwegen, Deutschland, die Niederlande, Frankreich – viele Eindrücke konnte sie sammeln, wenngleich die Freizeit knapp bemessen blieb.

An Bord erlebt sie, wie den Menschen geholfen wird: Zahn- und Augenerkrankungen, Lippen-Kiefer-Gaumenspalten und gutartige Tumore

im Gesichtsbereich werden operativ behandelt. Auch erhalten Verbrennungsoffer aus Krisengebieten Hilfe. Wichtig für Länder, in denen Entstellungen und sichtbare Behinderungen oft zu Verspottung und Verstoßung aus der Gemeinschaft führen. Durch Information und Beratung werden die Menschen zur Gesundheitsvorsorge, beispielsweise zu einer besseren Zahnhygiene, angeregt. Daneben gibt es Teams, die das Schiff verlassen, um Krankenstationen, Brunnen oder Latrinen zu bauen. Baumaterial sowie die Ausstattung für Krankenhäuser werden an Bord mitgeführt.

Besonders fasziniert ist Susanne Siebert von der kulturellen Vielfalt an Bord: Dort wohnen ständig etwa 300 Menschen, darunter auch ganze Familien, in Zeiten der Einsätze sind es sogar bis zu 400. Eine bunte Mischung von etwa 30 Nationen, die der gemeinsame Glaube und das gemeinsame Ziel zusammenhält. Umgangssprache ist Englisch. Alle Mitarbeiter arbeiten ehrenamtlich, das Material wird weitgehend gespendet. Da die ganze Organisation sich von Spenden trägt, gehen diese direkt in die Arbeit. Jeder, der an Bord mitarbeitet, bezahlt sogar noch einen Beitrag für den Unterhalt des Schiffes. Dies ist nur möglich, indem Freunde, Familien und Kirchengemeinden von zu Hause aus unterstützen.

Auch nach der Zeit auf dem Schiff bleibt Susanne Siebert der Anastasis, der sie tragenden Organisation und vielen Mitarbeitern und Helfern auf dem Schiff verbunden, wenngleich eine feste Mitarbeit auf dem Schiff für sie nicht in Frage kommt. Heute unterstützt sie die Arbeit des Krankenhausschiffes durch Mitarbeit in der Öffentlichkeitsarbeit, um die Arbeit in Deutschland bekannt zu machen, beispielsweise durch Diavorträge und weiterhin als Übersetzerin bei Schiffsführungen. Natürlich freut sich Susanne Siebert, wenn Menschen die Arbeit der Anastasis unterstützen möchten, durch Geld- oder Sachmittelspenden oder durch ein Gebet. Weitere Informationen gibt es bei ihr oder im Internet unter [www.mercyships.de](http://www.mercyships.de). (jda)



Aus dem Haus „Alt-Goretti“ wird das Haus „Canisia“: Landesdirektor Lutz Bauer mit Antoniusheim-Geschäftsführer Rainer Sippel (5.v.r.) und künftigen Bewohnerinnen der Einrichtung des Betreuten Wohnens in Fulda.

Foto: Dr. Simone Thiede

Landesdirektor Lutz Bauer im März zwei Bewilligungsbescheide des LWV über insgesamt 600.000 €. Das Haus in Laufenselden tritt an die Stelle der „Villa Werner“ in Schlangenbad. Zu einer Kapazitätsausweitung kommt es durch den Neubau nicht, da neben den 14 Plätzen in der „Villa Werner“ vier weitere Plätze im „Christian-Groh-Haus“ entfallen.

**A**uf rund 13,17 Mio. € beliefen sich die Bewilligungsbescheide, die LWV-Landesdirektor Lutz Bauer im Februar, März und April dieses Jahres an zehn unterschiedliche Träger der Behindertenhilfe in Hessen überreichte. Mit diesen Mitteln sollen sowohl stationäre als auch ambulante Wohnplätze erhalten bzw. geschaffen werden.

## Landkreis Hersfeld-Rotenburg

Die „Sozialen Förderstätten für Behinderte e. V.“, Bebra, wollen in Heringen eine Wohnanlage für Menschen mit geistiger Behinderung mit 24 Dauer- und zwei Kurzzeitplätzen errichten. Zum ersten Spatenstich brachte LWV-Landesdirektor Lutz Bauer den Bewilligungsbescheid des LWV-Integrationsamtes über 1,37 Mio. € mit.

## Landkreis Gießen

Mit 1,55 Mio. € fördert das Integrationsamt eine Wohnstätte für Menschen mit Behinderung in Pohlheim-Garbenteich, die über 24 Dauer- und drei Kurzzeitplätze verfügen soll. Die Lebenshilfe Kreisvereinigung Gießen e. V. hat Rücksicht darauf genommen, dass sich unter den behinderten Menschen zunehmend auch solche befinden, die aus Alters- oder Gesundheitsgründen aus der Tätigkeit in einer Werkstatt ausscheiden. Für sie werden in der Wohnstätte tages-



Die Behindertenhilfe Wetterau baut im „Prinzengarten“. Bei der Bescheidübergabe freuten sich (v. l.): Edith Klaper, Sprecherin des Heimbeirates; Willi Herbst, Erster Stadtrat Stadt Gedern; Ulrike Schneider, Leiterin des Wohnverbundes der Behindertenhilfe Wetterau; Daniela Wüstenbecker-Russell, Wohnheimleiterin Höhenblick; Nina Holzhauer, Architektin; Bardo Bayer, Kreisbeigeordneter des Wetteraukreises; LWV-Landesdirektor Lutz Bauer und Reinhold Medebach, Geschäftsführer der Behindertenhilfe.

Foto: Helmut Dörr

strukturierende Angebote bereitgehalten, die der Stärkung vorhandener Ressourcen dienen.

## Rheingau-Taunus-Kreis

Die „IFB-Interessengemeinschaft für Behinderte e. V.“, Wiesbaden, will in Heidenrod-Laufenselden als Ersatzbedarf ein Wohnheim für Menschen mit geistiger Behinderung mit 18 Plätzen sowie ein tagesstrukturierendes Angebot errichten. Zur Finanzierung des Vorhabens überbrachte LWV-

## Landkreis Darmstadt-Dieburg

Den Bau einer neuen Wohnanlage für Menschen mit geistiger Behinderung einschließlich einer Tagesstätte in Groß-Bieberau fördert der LWV mit insgesamt rund 2,3 Mio. €. Neben 36 Wohnheimplätzen wird der Träger, die Nieder-Ramstädter Diakonie, acht Plätze im Trainingswohnen und vier Plätze in der stationären Kurzzeitbetreuung einrichten. So werden wichtige, durchlässige Angebote geschaf-

# € für neue Wohnplätze in Hessen

fen, da das Trainingswohnen die Übergänge vom Wohnheim ins Betreute Wohnen unterstützen soll. Durch die neue Wohnanlage werden keine neuen Plätze in stationären Einrichtungen geschaffen, weil in der Kerneinrichtung in Mühlthal Plätze abgebaut werden.

## Landkreis Fulda

Sechs neue Plätze im Betreuten Wohnen für Menschen mit geistiger Behinderung entstehen in Trägerschaft der St. Antoniusheim gGmbH in Fulda. Das LWV-Integrationsamt beteiligt sich an den Kosten des Umbaus und der Modernisierung des entsprechenden Gebäudes mit 162.000 €. Die St. Antoniusheim gGmbH saniert das Haus „Alt-Goretti“ und baut es für das Betreute Wohnen um. Es sollen dort vier Einpersonennappartements sowie ein Zweipersonennappartement eingerichtet werden.

## Werra-Meißner-Kreis

Die Errichtung von vier Plätzen im Betreuten Wohnen und von sechs Plätzen im Intensiv Betreuten Wohnen für Menschen mit geistiger Behinderung in Eschwege fördert das LWV-Integrationsamt mit 310.000 €. Der Träger der Wohnplätze, die Werraland-Werkstätten e. V., plant, das erworbene Gebäude in der Kernstadt von Eschwege zu renovieren und so

umzubauen, dass im 1. Obergeschoss vier Menschen mit geistiger Behinderung im Rahmen des Betreuten Wohnens sowie im 2. Obergeschoss und im Dachgeschoss sechs Menschen mit geistiger Behinderung im Rahmen des Intensiv Betreuten Wohnens – als Übergang zwischen stationärem und ambulatem Wohnen – in Einzelzimmern leben können.

## Wetteraukreis

Seit über 23 Jahren dient die ehemalige Gaststätte „Höhenblick“ in Gedern als Wohneinrichtung für 20 Menschen mit geistiger Behinderung, inzwischen erfüllt sie nicht mehr die Anforderungen an eine zeitgemäße Wohnstätte. Die Errichtung eines Ersatzbaus im „Prinzengarten“ fördert das LWV-Integrationsamt mit 1,8 Mio. € aus Mitteln der Ausgleichsabgabe. Die neue Wohneinrichtung soll neben den Bewohnern des „Höhenblicks“ auch vier Bewohner des Wohnheimes „Schlossscheune“ in Friedberg aufnehmen, da dort ebenfalls Umbauten vorgesehen sind. Durch den Neubau in Gedern werden keine zusätzlichen Wohnheimplätze geschaffen, sondern das Angebot an veränderte Bedürfnisse der Bewohner angepasst.

## Vogelsbergkreis und Main-Kinzig-Kreis

Mit 3,718 Mio. € fördert das LWV-

Integrationsamt die Errichtung von zwei Wohnstätten für Menschen mit Behinderung in Trägerschaft der Gemeinnützigen Schottener Reha Einrichtungen GmbH (GSR). Jeweils rund 1,8 Mio. € erhalten die GSR für die Neubauten in Homberg/Ohm (Vogelsbergkreis) und in Brachtal-Schlierbach (Main-Kinzig-Kreis). In Homberg sinkt die Platzzahl um 36 Plätze, da Doppel- in Einzelzimmer umgewandelt werden. Auch das neue Wohnheim in Schlierbach mit 36 Plätzen dient überwiegend dem Ersatzbedarf.

## Kassel

Rund 182.000 € erhalten die Diakonie-Wohnstätten e. V. für die Errichtung einer Wohngemeinschaft mit sechs Plätzen für geistig behinderte Menschen im Rahmen des Intensiv Betreuten Wohnens in Kassel. Die neue Betreute Wohngemeinschaft entsteht in einem Anbau an ein bestehendes Gebäude der Diakonie-Wohneinrichtungen in der Waitzstraße. In die Zwei-Zimmer-Wohnungen bzw. in die Einzelappartements sollen Menschen einziehen, die lange Jahre im Heimbereich der Diakonie-Wohnstätten gelebt haben.

## Frankfurt am Main

1,182 Mio. € für die Errichtung eines Wohnheimes mit 30 Plätzen für Menschen mit geistiger Behinderung in Frankfurt am Main erhält der Internationale Bund (IB)-Behindertenhilfe Hessen. Die neue Wohnanlage mit 30 stationären Wohnplätzen sowie einem Tagesstrukturangebot entsteht im Frankfurter Stadtteil Nieder-Erlenbach. Geplant ist ein zweigeschossiger Rundbau. Im Erdgeschoss sollen zwei Wohngruppen für Rollstuhlfahrer sowie ein sog. Marktplatz als Treffpunkt der Bewohner eingerichtet werden. (rvk/jda)

*Beim ersten Spatenstich in Frankfurt (v. l.): Jochen Rudolf, Referatsleiter im Hessischen Sozialministerium; LWV-Landesdirektor Lutz Bauer; Lilli Pölt, ehrenamtliche Stadträtin Stadt Frankfurt am Main, und Michael Thiele, Verbundgeschäftsführer der IB-Behindertenhilfe Hessen.* Foto: Sabina Bodenschatz





# WUT UND ANGST GEMEINSAM BEGEGNEN

Mit dem Thema „Therapeutische Zugänge bei kombinierten Störungen des Sozialverhaltens und der Emotionen“ schloss das 12. Herborner Arbeits- und Begegnungsforum der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters der Rehbergpark gGmbH im April inhaltlich direkt an das 11. Arbeitsforum an (s. Info 1/05). Ging es im November vergangenen Jahres um Ursachen, Symptome und Diagnosen von Sozialstörungen, die auch in Kombination mit emotionalen Störungen auftreten, drehte sich vor wenigen Wochen alles um die Möglichkeiten, solchen Störungen zu begegnen; um Therapien.

## Schillers Bürgschaft

Das diese in der Herborner Kinderpsychiatrie für außergewöhnliche, nicht alltägliche Ansätze stehen, bewies zur Eröffnung der Tagung der Ärztliche Direktor der Klinik, Matthias Wildermuth. „Sich selber spüren lernen – achtsamer mit sich selbst und anderen umgehen,“ hatte er seine Begrüßung überschrieben und rezitierte – passend zum derzeitigen Schiller-Jahr – die bekannte Ballade „Die Bürgschaft“. Begleitet wurde die Rezitation von einer Videoprojektion, die psychotherapeutische Techniken zeigte. „Schillers Bürgschaft ist als dramatisches Gedicht die Darstellung von inneren Konflikten, Treue zur eigenen Thematik beim Handelnden und Ausdruck der Veränderungsfähigkeit beim Erfahren von Stärke oder Beziehungsfähigkeit an einem guten Modell. Hinsichtlich der psychotherapeutischen Prozesse zeigt sie, welche anstrengenden Wege mit der Erfahrung von Ohnmacht und Hilflosigkeit mit dem therapeutischen Prozess verbunden sind und wie wichtig es ist, eine innere Motivation für Veränderung bei sich und dem anderen herzustellen“, erläuterte Matthias Wildermuth.

## Wut und Angst

Wie muss man sich nun ein Kind vorstellen, bei dem die Diagnose „kombinierte Störung des Sozialverhaltens



Michael Gutberlet berichtete zu stationsübergreifenden Therapien.

Foto: Klaus Kordes

und der Emotionen“ lautet? Also: Zu dissozialem und aggressivem Verhalten, wie ungewöhnlich häufig und massiv auftretende Wut, Grausamkeit gegen andere, Lügen und deutlichem Ungehorsam kommen eindeutige Anzeichen von Depression oder Angst in medizinischem Sinne hinzu. Das kann auffälliger Interessensverlust, besonderes Schulderleben oder ungewöhnlich stark ausgeprägte Angst in neuen oder fremden Situationen sein. Wie gehen Therapeuten damit um? Einen Hinweis darauf gab da bereits der Untertitel des Forums: „Orientierungsgewinnung durch heilsame Irritationen“. Gemeint ist die Vielfalt der therapeutischen Möglichkeiten, die die Klinik und ihre Ambulanzen in unterschiedlichen Therapien eröffnet.

Wie das in der täglichen Praxis aussieht, stellten in zwei Vorträgen Mitarbeiter der Klinik vor: Dipl.-Psychologin Beatrix Gwosdz-Maas aus der Hanauer Ambulanz berichtete von einer ambulanten Gruppenpsychotherapie, die sie gemeinsam mit einem Kollegen anbietet. Berichte über drei Jugendliche, die an der Gruppe teilnahmen und unter Depressionen, Ängsten und psychosomatischen Beschwerden gravierenden Ausmaßes litten, veranschaulichten die Thematik besonders. Dipl.-Psychologe Michael Gutberlet,

langjähriger Mitarbeiter im stationären Bereich, verdeutlichte ebenfalls anhand von drei Beispielen sein Vortragsthema: „Gedanken zu den stationsübergreifenden Therapien unserer Klinik“. Er beschrieb Therapien von Kindern in einem spielerischen Rahmen, die zu einem erheblichen Teil ohne Sprache auskommen. Denn: Kinderpsychotherapie kann sich nicht auf ein sprachliches Herangehen beschränken.

## Drama, Tanz und Spiel

Nach den Vorträgen wurde den rund 100 Teilnehmern in acht Arbeitsgruppen von den Fachtherapeuten der Klinik die Arbeit in den verschiedenen Bereichen vor- und zur Diskussion gestellt. Vorgestellt wurden: Bewegungstherapie, Ergotherapie, Kunst- und Kreativtherapie, Dramatherapie, Tanztherapie und nicht zuletzt die tiefenpsychologisch fundierte Spieltherapie. Da die Arbeitsgruppen in den entsprechenden Therapieräumen tagten, konnten die Gäste einen Eindruck in die Räumlichkeiten der Klinik gewinnen.

Für den Spätherbst ist das 14. Herborner Arbeits- und Begegnungsforum mit einem nicht nur in der Fachöffentlichkeit diskutierten Thema geplant: Aufmerksamkeitsdefizit- und Hyperaktivitätssyndrom. (rvk)

# DEN ÜBERGANG INS RENTENALTER RECHTZEITIG PLANEN

**Der Übergang in den Ruhestand gelingt den meisten Menschen, ohne dass psychische Symptome auftreten. Höchstens ein Drittel der Personen haben mit dem Übergang ins Rentenalter Schwierigkeiten. Der Wechsel in diese Lebensphase ist dabei nicht als einzelnes Ereignis zu sehen, sondern als Veränderung im gesamten Lebenszusammenhang mit einschneidenden Umgewichtungen in den Bereichen Arbeit, Beruf, Familie und Privatheit. Für alle diejenigen, die vor einer solchen Veränderung stehen, haben Dr. Helga Metzler-Lehr, Chefärztin der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie im Klinikum Weilmünster, und Ute Wenzel, dort Ärztin für Psychiatrie und Psychotherapie, Informationen und Tipps zusammengetragen.**



*Depressionen im Alter sollten frühzeitig erkannt und behandelt werden, sagen Dr. Helga Metzler-Lehr, Chefärztin der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie im Klinikum Weilmünster, und Ute Wenzel, dort Ärztin für Psychiatrie und Psychotherapie.*  
Foto: Maïke Wessolowski

Wichtig für eine positive Verarbeitung der neuen Lebenslage ist es, sich nicht erst kurz vor der Berentung mit der bevorstehenden Veränderung zu befassen. Vielmehr sollten die Weichen bereits Jahre vorher gestellt werden. Aktiv und zufrieden sind jene Rentnerinnen und Rentner, die bereits während des Berufslebens gelernt haben, ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten und die in einem stabilen psychosozialen Umfeld leben. Zur einer solchen Stabilität tragen Familie und Freunde ebenso bei wie Religion, Hobbys und andere Interessen. Der früher häufig postulierte „Pensionierungsschock“ konnte in Untersuchungen nicht bestätigt werden. Das persönliche Wohlbefinden verändert sich in der Regel durch die Pensionierung nicht entscheidend, wenn die Erfahrung des „Verlustes“ der Erwerbstätigkeit durch eine Zunahme des Wohlbefindens in anderen Bereichen kompensiert werden kann. Wer die Arbeit als große Belastung empfunden hat, kann natürlich im Ruhestand auch zu größerem Wohlbefinden gelangen.

## **DEPRESSIONEN IM ALTER**

Selbstverständlich kann die Pensionierung aber auch Auslöser einer

depressiven Erkrankung sein. Insgesamt ist die Depression eine der häufigsten Erkrankungen dieser Altersgruppe: Etwa 5 – 10 % der über 65-Jährigen leiden an dieser psychischen Krankheit, und die Wahrscheinlichkeit, an einer Depression zu erkranken, nimmt mit dem Alter zu. Dies wird mit verursacht durch den Alterungsprozess des Gehirns, begleitende Erkrankungen (Demenz, Herz-Kreislauf-Krankheiten, Krebs), Nährstoffmangel, bestimmte Medikamente und vor allem belastende Erlebnisse wie beispielsweise Todes- und Krankheitsfälle in der Familie, finanzielle Probleme, Einsamkeit und Heimaufnahme.

Hauptsymptome sind:

- gedrückte Stimmungslage
- Interessen- und Freudlosigkeit
- rasche Ermüdbarkeit
- Merk- und Konzentrationsstörungen
- vermindertes Selbstwertgefühl
- Schuldgefühle
- Zukunftsängste
- Schlafstörungen, vor allem morgendliches Früherwachen
- Suizidalität, vor allem bei älteren Männern

Ältere Menschen klagen überdurchschnittlich häufig über körperliche Symptome und trauen sich nicht, eine verschlechterte Stimmungslage „zuzugeben“. Hinter Beschwerden wie Appetitlosigkeit, Verstopfung, Kopfschmerzen, Schwindel, Herzklopfen, Schmerzen oder Atemnot kann sich auch eine Depression verbergen, die leicht übersehen wird. Oft werden die Symptome dem natürlichen Alterungsprozess zugeschrie-

ben, nicht als Depression erkannt und somit unzureichend behandelt. Depressionen sollten und können im höheren Alter genauso konsequent und erfolgreich wie in jüngeren Jahren behandelt werden, zumal sie wegen der Gefahr des Suizids lebensbedrohlichen Charakter annehmen können. 40 % aller Suizide werden von Menschen über 60 verübt, und hier überwiegend von Männern. Wie auch bei jüngeren Menschen, besteht die Behandlung in der Gabe

von Antidepressiva und einer Psychotherapie. Es gibt heute moderne Psychopharmaka, die im allgemeinen gut verträglich sind. Man schätzt, dass nur 10 % der von einer Altersdepression betroffenen Patienten eine adäquate Behandlung erhalten. Oft werden die Medikamente auch unzureichend dosiert oder zu kurz gegeben.

## **DEMENTZ**

Eine weitere häufige Erkrankung des Alters ist die Demenz, die bei etwa 6 % der über 65-Jährigen auftritt. Demenzerkrankungen werden durch neurodegenerative und vaskuläre Ursachen ausgelöst. Symptome sind zum Beispiel:

- Gedächtnisstörungen
- Beeinträchtigung des abstrakten Denkens
- Störungen der Sprache, des Rechnens, Lesens oder gewohnter Handlungsabläufe
- Stimmungsschwankungen
- Störungen des Antriebs und des sozialen Verhaltens

Eine Demenz kann sich zunächst durch eine depressive Stimmungsschwankung bemerkbar machen. Umgekehrt kann ein depressiv kranker Mensch den Eindruck erwecken, geistig nachgelassen zu haben. Im Zweifel sollte ein Behandlungsversuch bezüglich der Depression unternommen werden. Auch hier gilt, dass bei Verdacht auf ein demenzielles Syndrom eine eingehende ärztliche Untersuchung erfolgen sollte, um die Ursache abzuklären und behandelbare Erkrankungen zu erkennen.  
Dr. Helga Metzler-Lehr/Ute Wenzel

# Früherkennung: Neue Diagnostik- und Beratungsangebote in Gießen



Das Team der neuen Früherkennungsambulanz für seelische Erkrankungen an der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Gießen (v. l.): Dietrich Süße, Oberarzt; Barbara Joskowitz, Ärztin; Tilo Krach, Diplom-Psychologe, und Uwe Jost, Diplom-Psychologe.

Foto: ZSP Mittlere Lahn

## Hohe Raten bei Fehlversorgung

In der Früherkennung liegt ein Schlüssel zur wirksamen Bekämpfung psychischer Krankheiten. Erst jüngst haben Forscher in einer durch die Deutsche Angestellten Krankenkasse in Auftrag gegebenen Studie eine enorme Zahl von Nicht- oder Fehlbehandlungen bei diesen Krankheitsbildern ausgemacht. Durchschnittlich sieben Jahre, heißt es in einer Pressemitteilung, dauere die Odyssee eines psychisch oder psychosomatisch kranken Menschen durch das medizinische Versorgungssystem. Durch Fehlversorgung entstünden jährlich rund 5,3 Milliarden € gesellschaftliche Kosten. Ärztliche Diagnosen beschränkten sich häufig auf körperliche Faktoren, psychische Belastungen blieben außer Betracht. Empfehlung der Studie: „Werden die Patienten rechtzeitig verhaltensmedizinisch behandelt, verlaufen sonst langwierige Krankheitskarrieren verkürzt und werden Chronifizierungen vermieden.“ Die Lebensqualität der Patienten verbessere sich und der „Ressourcenverbrauch“ im medizinischen Versorgungssystem falle wesentlich geringer aus. DAK/(jda)

**S**ie sind eine Innovation für Hessen: Zum 15. April haben in Gießen zwei neu eingerichtete Früherkennungsambulanzen für seelische Erkrankungen bzw. für psychische Störungen an der LWV-Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie (KPP) Gießen und an der Psychiatrischen Klinik der Universität Gießen ihre Arbeit aufgenommen. Ihre Angebote richten sie an Menschen, die unter unspezifischen seelischen Beschwerden, wie etwa Nervosität, Depressivität, Ängsten oder Energielosigkeit leiden. Diese werden dort von geschulten Diagnostikern individuell auf eventuelle Frühsymptome seelischer Erkrankungen hin untersucht. Anschließend werden den Patienten die Untersuchungsergebnisse erläutert, sie werden auch zu eventuell notwendigen Behandlungen beraten und erhalten Unterstützung dabei, geeignete Behandlungsplätze zu finden. Das für Hessen bisher einmalige Angebot soll später durch die Universitätsklinik wissenschaftlich begleitet werden.

Hauptziele der beiden Anbieter sind die Optimierung der Früherkennung sowie die Entwicklung von Strategien, die den Ausbruch bestimmter seelischer Erkrankungen verhindern oder zumindest die Folgen einer etwaigen Erkrankung deutlich reduzieren sollen. Das Forschungsvorhaben konzentriert sich dabei auf die evtl. Entwicklung schizophrener Erkrankungen. Die Behandlungspläne sind zunächst psychologisch-psychotherapeutisch ausgerichtet und schließen die medikamentöse Unterstützung durch Antidepressiva oder Tranquilizer bei entsprechender Indikation ein. Bei sehr hohem Psychoserisiko kann darüber hinaus eine medikamentöse Vorbeugungstherapie durch Neuroleptika in Erwägung gezogen werden. Das neue Angebot beruht auf einer seit 2001 laufenden Zusammenarbeit von Psychiatern und Psychologen der beiden Gießener Kliniken in einer „Arbeitsgruppe Früherkennung“, an der zeitweise auch niedergelassene Psychiater teilnahmen. In Anlehnung an das Kölner „Früherkennungs- und Therapiezentrum für psychische Krisen“, das als erstes dieser Art auf deutschem Boden 1997 gegründet wurde, erarbeitete die Arbeitsgruppe Planungen für solche Angebote in Gießen. Die KPP Gießen ist darüber hinaus Mitglied im Münchener „Bündnis gegen Depression“, das der Zentrale eines wissenschaftlichen Forschungsnetzes angeschlossen ist.

Dietrich Süße/(jda)



Die „Früherkennungsambulanz für seelische Erkrankungen (FASE)“ an der KPP Gießen im ZSP Mittlere Lahn ist telefonisch täglich von Montag bis Freitag zwischen 11 und 13 Uhr unter Tel. 06 41 / 40 33 33 zu erreichen.





Helmut Siebert ist Chef der Steuerungsstelle für Controlling, Personal- und Organisationsmanagement. Foto: Monika Brauns

**D**ezentrale Ressourcen- und Personalverantwortung, verbunden mit dem Abbau von Hierarchieebenen, sollen Entscheidungs- und Verantwortungsfreude an der unternehmerischen „Basis“ stärken, können aber auch die „Fliehkräfte“ einer Organisation befördern, wenn ein korporatives Vereinbarungs- und Zielsystem fehlt. Das unternehmerische Ganze wird von Serviceeinheiten an der Unternehmensspitze im Auge behalten, die den Entscheidern beim „Steuern“ – beim LWV durch betriebswirtschaftliches, fachliches und juristisches Know-how – helfen. Diese Steuerungsaufgaben sind nun durch Landesdirektor Lutz Bauer neu geordnet und unmittelbar an die Verwaltungsleitung angebunden worden.

## Zentrale Querschnittsbereiche

Schlüsselaufgaben der Verwaltungsreform im Binnengefüge liegen in den Bereichen Organisation, Personal und Controlling. Grund genug, diese Funktionen in einer neu gefassten Steuerungsstelle für „Controlling, Personal- und Organisationsmanagement“ zu konzentrieren und die Servicebereiche der „Linie“ von diesen Aufgaben zu entlasten. Sechs Funktionsbereiche umfasst die Steuerungsstelle nun, darunter ein gestrafftes Controlling-Team. Bereits seit dem 1. April laufen die Fäden der Steuerung bei Helmut Siebert zusammen, der bisher die Verantwortung für den Servicebereich Personal trug. Kürzere Wege bei personellen und organisatorischen Fra-

gen gibt es auch in der „Linie“: Aus zwei getrennten Servicebereichen, für Personal bzw. für Organisation zuständig, wurde ein gemeinsamer Servicebereich Personal und Organisation mit Wolfgang Decker, bisher Persönlicher Referent des Landesdirektors, an der Spitze.

## Fachliche Unterstützung

Zur Unterstützung der Verwaltungsleitung wie auch zur rechtlichen Begleitung der Zielgruppenmanagements, die für die Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) bzw. nach dem neuen Sozialgesetzbuch XII und angrenzender Rechtsgebiete verantwortlich sind, gab es bisher den „Fachlichen Service BSHG“ sowie die



Wolfgang Decker leitet den Servicebereich Personal und Organisation. Foto: Monika Brauns

Stabsstelle „Steuerung des BSHG-Bereichs“. Auch diese Leistungen werden künftig unter einem organisatorischen Dach erbracht: Die neue Organisationseinheit „Steuerung für den Überörtlichen Sozialhilfeträger, Recht, Grundsatz“ übernimmt die Aufgaben des Fachlichen Service. Die Leitungsfunktion der Stabsstelle im Geschäftsbereich des Ersten Beigeordneten Uwe Brückmann übernimmt Katharina Daume, die schon bisher dem Fachlichen Service und kommissarisch auch der Steuerungsstelle vorstand.

## Management statt Verwaltung

Bereits seit dem 1. März 2005 ersetzt das LWV-Baumanagement das vormalige Dezernat Bauverwaltung. Aus den vier Referaten der Bauverwaltung



Katharina Daume ist verantwortlich für die Steuerung für den Überörtlichen Sozialhilfeträger, Recht, Grundsatz. Foto: Jörg Daniel

wurden die beiden Funktionsbereiche „Projektmanagement“ sowie „Haus- und Betriebstechnik“. In der neuen Organisationsform schlägt sich die Konzentration auf die Bauherrenfunktion – dazu gehören Projektleitung und -steuerung – nieder. Zudem wird das LWV-Baumanagement für die baufachlichen Steuerungsaufgaben der ZSP- und SPZ-Eigenbetriebe verantwortlich sein, solange diese Betriebsform im LWV besteht. Zusätzlich werden baufachliche Prüfungen von Zuwendungs- und Sondermaßnahmen für fremde Einrichtungen erledigt. Außerdem ist dem Baumanagement die örtliche Bauleitung Kassel angegliedert. Durch diese Maßnahme wird der Stellenplan um sieben Vollzeitstellen entlastet. Das Baumanagement wird wie bisher die Bauverwaltung von Dr. Gerold Götze geleitet. (jda)/(rvk)



Bei Dr. Gerold Götze laufen die Fäden des neues LWV-Baumanagements zusammen. Foto: Monika Brauns

## Erfolge

### Staatsexamen in der Kranken- pflege

#### ZSP Mittlere Lahn, Gießen

GUDRUN ECKHARDT  
JENNIFER KNEISSL  
JULIAN MESSIK  
THOMAS REIMANN  
KATHARINA TRAUTWEIN  
YVONNE WAGENER  
ALEXANDRA WEBER

#### ZSP Haina (Kloster)

BJÖRN BONOW  
MATTHIAS BRÜCK  
ULLRICH BUCHSBAUM  
NADINE ERNST  
AXEL FONGUARD  
SILVIA KORDES  
THOMAS PILGER  
SERGEJ SANDER  
SVEN SCHADECK  
VOLKER SCHREIBER  
BIANCA VÖLKER  
NORBERT WINTER

BETTINA YAGIZ  
Abteilungsleiterin Allg. u. Wirtschaftsabt.  
ZSP Philippshospital, Riedstadt  
23. 2.2005

ANNELIE SCHLIEPHAKE-MILCH  
Ltd. Abteilungsärztin  
ZSP Mittlere Lahn, Gießen 1. 3.2005

UTE QUENT  
Verwaltungsangestellte  
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 1. 3.2005

RENATE MITSCHKE  
Hausgehilfin  
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 1. 3.2005

BERND KUSCHEL  
Planungsreferent  
Hauptverwaltung Kassel 1. 3.2005

JÜRGEN AUER  
Krankenpfleger  
ZSP Philippshospital, Riedstadt 1. 3.2005

WOLFGANG AISSLINGER  
Sozialarbeiter  
ZSP Rheinblick, Eltville 2. 3.2005

RALF SCHMIDT  
Amtsrat  
Hauptverwaltung Kassel 15. 3.2005

DR. ANTON LEHR  
Ärztlicher Direktor  
ZSP Rheinblick, Eltville 16. 3.2005

SABINE BALADIS  
Sozialpädagogin  
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 20. 3.2005

ELKE KIELHOLTZ  
Krankenpflegehelferin  
ZSP Rehbergpark gGmbH, Herborn  
20. 3.2005

FRANK BAUMANN  
Koch  
ZSP Rehbergpark gGmbH, Herborn  
1. 4.2005

JUTTA BITTER  
stellv. Stationsschwester  
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 1. 4.2005

KARL-AUGUST HONSEL  
Verwaltungsangestellter  
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 1. 4.2005

HERMANN HEIMBERG  
Sozialpädagoge  
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 1. 4.2005

DORIS KAUNTZ  
Fachkrankenschwester  
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 1. 4.2005

HANS-HEINRICH BIER  
Stationspfleger  
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 1. 4.2005

MONIKA VOLLMAR  
Krankenschwester  
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 1. 4.2005

HEIKE BIER  
Krankenschwester  
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 1. 4.2005

URSULA ROODE  
Vorzimmersekretärin Betriebsleitung  
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 1. 4.2005

BERND DONGES  
Pflegedienstleiter  
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 1. 4.2005

CHRISTINE SOMOGYI  
Krankenschwester  
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 1. 4.2005

ROSWITHA MÜLLER-BRAUN  
Dipl.-Psychologin  
ZSP Rheinblick, Eltville 3. 4.2005

RAINER KAMKE  
Funktionsbereichsleiter  
Hauptverwaltung Kassel 5. 4.2005

MANFRED ALBUS  
Leiter der Stiftungsforsten  
Kloster Haina 25. 4.2005

DR. ROLF SPEIER  
Ärztlicher Direktor  
ZSP Haina (Kloster) 1. 5.2005

## 40-jähriges Dienstjubiläum

KURT ERNST  
Betriebsleiter  
ZSP Philippshospital, Riedstadt 1. 4.2005

FRANZ WITTERSTEIN  
Verwaltungsangestellter  
ZSP Rheinblick, Eltville 1. 4.2005

HANS JAKOB GANZ  
Regionalmanager  
Regionalverwaltung Darmstadt 1. 4.2005

## 25-jähriges Dienstjubiläum

RICHARD SOMMERLAD  
Sanitärinstallateur  
ZSP Mittlere Lahn, Gießen 29. 1.2005

BARBARA BARNER  
Erzieherin  
Freiherr-von-Schütz-Schule,  
Bad Camberg 1. 2.2005

MIRA SPARR  
Näherin  
ZSP Rheinblick, Eltville 1. 2.2005

MARION SINGER  
Krankenschwester  
ZSP Rheinblick, Eltville 7. 2.2005

JÖRG EBELING  
Dipl.-Psychologe  
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 13. 2.2005

ATHINA KOKORI  
Hausgehilfin  
Schule am Sommerhoffpark,  
Frankfurt am Main 15. 2.2005

JOACHIM HÜBNER  
Funktionsbereichsleiter  
Hauptverwaltung Kassel 1. 4.2005

KLAUS KRAHL  
Regionalmanager  
Hauptverwaltung Kassel 1. 4.2005

ILSE RÖDER  
Verwaltungsangestellte  
Hauptverwaltung Kassel 1. 4.2005

WALTER HERBERT  
Krankenpfleger  
ZSP Philipphospital, Riedstadt 1. 4.2005

SIGRID SOMMER  
Verwaltungsangestellte  
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 1. 4.2005

### Nach mehr als 10 Dienstjahren aus dem LWV ausgeschieden

KERSTIN KRAUS  
Verwaltungsangestellte  
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 4. 3.2005

### Nach mehr als 10 Dienstjahren gingen in Rente

WERNER FUHS  
Klempner und Installateur  
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 28. 2.2005

KARL-HEINZ SCHÄFER  
Forstwirt  
Stiftungsforsten Kloster Haina 1. 3.2005

KLAUS-PETER SCHNEIDER  
Gärtner  
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 31. 3.2005

WALTER GRÖB  
Kraffahrer  
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 31. 3.2005

REINHOLD DEUBER  
Verwaltungsangestellter  
Regionalverwaltung Wiesbaden 1. 4.2005

GUDRUN SCHMIDT  
Küchengehilfin  
ZSP Philipphospital, Riedstadt 30. 4.2005

BERND KUSCHEL  
Technischer Angestellter  
Hauptverwaltung Kassel 1. 5.2005

HEIDEMARIE HERMELBRACHT  
Stenotypistin  
Hauptverwaltung Kassel 1. 5.2005

### In den Ruhestand traten

HUBERT LUCKHARDT  
Oberinspektor  
Regionalverwaltung Wiesbaden 1. 3.2005

WILLIBRORD MARX  
Medizinaldirektor  
ZSP Rheinblick, Eltville 1. 3.2005

GÜNTER MEIER  
Verwaltungsdirektor  
Fortbildungszentrum Gießen 1. 4.2005

GÜNTER RIEMANN  
Verwaltungsrat  
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 1. 4.2005

REINHARD METZGER  
Verwaltungsdirektor  
Hauptverwaltung Kassel 1. 5.2005

ERNST BAUMBACH  
Leitender Verwaltungsdirektor  
Hauptverwaltung Kassel 1. 5.2005

### Neue Namen – Neue Positionen

CHRISTA GERDSEN  
Leiterin des Prüfungsbereichs Wirtschaftlichkeit, Vergabe, Personal, DV sowie stellvertretende Leiterin der Revision  
Hauptverwaltung Kassel 17. 3.2005

HELMUT SIEBERT  
Leiter der Steuerungsstelle für Controlling, Personal und Organisationsmanagement  
Hauptverwaltung Kassel 1. 4.2005

WOLFGANG DECKER  
Leiter des Servicebereichs Personal und Organisation  
Hauptverwaltung Kassel 1. 4.2005

KATHARINA DAUME  
Leiterin der Steuerungsstelle für den überörtlichen Sozialhilfeträger, Recht, Grundsatz  
Hauptverwaltung Kassel 1. 4.2005

ALFRED JAKOBY  
Leiter des Fachdienstes zur Feststellung des Hilfebedarfs  
Hauptverwaltung Kassel 1. 4.2005

THOMAS RAUE  
Persönlicher Referent des Landesdirektors  
Hauptverwaltung Kassel 1. 4.2005

ERHARD BACHMANN  
Leiter des Funktionsbereichs Verwaltungsreform und Personalentwicklung  
Hauptverwaltung Kassel 1. 4.2005

MICHAEL STÖSSEL  
Leiter des Funktionsbereichs Sozialcontrolling  
Hauptverwaltung Kassel 1. 4.2005

GERHARD RÜDDENKLAU  
Leiter des Funktionsbereichs Allgemeiner Personalservice  
Hauptverwaltung Kassel 1. 4.2005

DIETMAR PAUL  
Ärztlicher Abteilungsleiter WPK  
ZSP Philipphospital, Riedstadt 1. 4.2005

### Wir trauern um unsere verstorbene Kollegin

UTE SCHÄFER  
Arztchreibkraft  
ZSP Mittlere Lahn, Marburg

Die Personalien werden uns von der Personalabteilung der LWV-Hauptverwaltung und den LWV-Einrichtungen direkt geliefert. Die Redaktion trägt für diese Rubrik keine inhaltliche Verantwortung.



## WK Köppern: Spezialisierte Expertenteams



Das Landhaus 3, in dem das neue Begegnungszentrum untergebracht ist. Foto: Dieter Becker

Die Stationen des Waldkrankenhauses Köppern werden sich ab September dieses Jahres auf die Behandlung bestimmter Krankheitsbilder spezialisieren. „Depressionen“, „Schizophrene und manische Erkrankungen“, „Posttraumatische Belastungsstörungen, Neurosen und Persönlichkeitsstörungen“, „Demenzen“, „Sucht-

behandlung; Alkohol und Medikamente“ sowie „Suchtbehandlung; Illegale Drogen“ sind die Behandlungsbereiche, bei denen die spezialisierten Expertenteams tätig werden. „Mit den Umstrukturierungen und der Fokussierung auf bestimmte Krankheitsbilder werden wir das therapeutische Profil unserer Klinik schärfen“, erklärt

der Ärztliche Direktor des Waldkrankenhauses Köppern, Dr. Gerald Schiller. Zudem rechnet Schiller mit einem Kompetenzgewinn durch die Spezialisierung.

### Neue Räume

Im Zuge der inhaltlichen Umstrukturierungen werden die Behandlungsbereiche baulich erweitert und modernisiert. In diesem Zusammenhang rechnet das Zentrum für Soziale Psychiatrie Hochtaunus mit Investitionen in Höhe von rund einer Million Euro. Bereits eingeweiht werden konnte das „Begegnungszentrum“, in dem die bislang weit verstreuten Räume der beiden Patientenführer, der Klinikseelsorge und der Patientenbibliothek zusammengefasst wurden. Neben Bücherei, Büroräumen und Küche gibt es zudem auch ein Musikzimmer, einen „Raum der Stille“ sowie einen Aufenthaltsraum.

Außerdem werden wegen der gestiegenen Nachfrage nach teilstationären Angeboten die Tagesklinikplätze in Bad Homburg von 9 auf 18 verdoppelt, wobei eine Reduzierung der stationären Behandlungen erreicht werden soll. (rvk)

## Fünf Jahre APAH

Mit einer leckeren Geburtstagstorte feierten Sozialarbeiter Sven Hoffmann, Leitender Arzt Artur Diethelm, Oberärztin Dr. Barbara Bornheimer und Dr. Heidemarie Neuendorf-Dickel (v. l.) im Bamberger Hof, der „Klinik ohne Betten“, in Frankfurt im März Geburtstag: Fünf Jahre alt wurde APAH – die „Ambulante Psychiatrische Akutbehandlung zu Hause“. Kern des APAH-Behandlungsangebotes ist, dass Teams aus Fachärzten, Sozialarbeitern und Fachkrankenpflegepersonal die psychisch kranken Menschen täglich zu Hause aufsuchen – auch nachts, an Wochenenden und Feiertagen (s. LWV-Info 4/00). Dieses innovative Angebot hat nach Angaben der Klinik mittlerweile seinen Projektcharakter verloren und ist heute ein unverzichtbarer Baustein im gemeindepsychiatrischen Netz der Stadt Frankfurt. (rvk) Foto: Dieter Becker



## Hübner übernimmt Vorsitz



Joachim Hübner (r.) übernahm den Vorsitz der Bundesarbeitsgemeinschaft der Träger psychiatrischer Krankenhäuser von Rainer Kukla.

Foto: Inga Engelberth

Joachim Hübner, stellvertretender Leiter des Fachbereichs Einrichtungen beim LWV, ist neuer Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) der Träger psychiatrischer Krankenhäuser. Der 56-jährige Verwaltungsdirektor wurde im April von den Mitgliedern der BAG während der Frühjahrstagung in dieses Amt gewählt. Hübner löst den bisherigen Vorsitzenden, Rainer Kukla vom Landschaftsverband Rheinland, ab, der dem Dachverband der psychiatrischen Fachkrankenhäuser in Deutschland seit 1989 vorstand. Mit der Übernahme des Vorsitzes wechselt auch die Geschäftsstelle der BAG von Köln nach Kassel. LWV-Landesdirektor Lutz Bauer sieht in der Wahl Hübners auch eine Bestätigung der hohen Fachkompetenz des LWV auf dem Gebiet der klinisch-psychiatrischen Versorgung: „Sie zeigt einmal mehr, dass wir mit unserer Reformstrategie die LWV-Kliniken auf den richtigen Weg gebracht haben. Die professionelle Arbeit von Joachim Hübner und seinen Mitarbeitern im Fachbereich Einrichtungen hat dazu einen wichtigen Beitrag geleistet“, unterstrich der LWV-Chef. Im November will die BAG zu ihrer ersten Tagung unter dem Vorsitz Hübners im

ZSP Kurhessen zusammenkommen.

Hübner, der seit 1970 im Krankenhauswesen des LWV tätig ist und sich an leitender Stelle mit der Fortentwicklung der psychiatrischen Kliniken und des Maßregelvollzuges in Hessen beschäftigt, möchte die erfolgreiche Arbeit der BAG in der bisherigen Kontinuität fortführen. „Wir brauchen innovative Lösungen, um die finanziellen Probleme im Gesundheitswesen lösen zu können“, ist sich der neue Vorsitzende sicher. Leistungsfähigkeit und Behandlungsqualität könnten aber nur bei ausreichender Personalausstattung garantiert werden. Innovativ sei der Ansatz integrierter Versorgungskonzepte, die in der Psychiatrie im Interesse der Patienten stärker genutzt werden sollten. Verbandspolitisch strebt der neue Vorsitzende eine enge Kooperation mit den Verbänden und Fachgesellschaften der Ärzte und der Pflege, den Sozialleistungsträgern, der Politik, aber auch mit den Selbsthilfeorganisationen psychisch Kranker und ihrer Angehörigen an. „Die Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung kann nur im Konsens aller Beteiligten gelingen“, ist sich Hübner sicher. (jda)

## BAG Psychiatrische Krankenhäuser

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Träger psychiatrischer Krankenhäuser ist der Dachverband aller psychiatrischen Fachkrankenhäuser der Bundesrepublik. Ihr gehören rund 490 Kliniken aus allen Bundesländern mit mehr als 72.000 Betten bzw. Tagesklinikplätzen an. Zu den Mitgliedern gehören öffentliche, konfessionelle, freigemeinnützige wie auch private Klinikbetreiber. Fachlicher Erfahrungsaustausch, Interessenvertretung gegenüber Politik und Kostenträgern, die Entwicklung gemeinsamer Strategien und neuer Versorgungskonzepte gehören zu ihren vorrangigen Aufgaben.

## „Gemeinsam mehr erreichen“

Der Wandel beim Wohnen für Menschen mit Behinderungen steht im Mittelpunkt eines Fachforums, das die hessische Landesarbeitsgemeinschaft Wohnen für behinderte Menschen e. V. (LAG Wohnen) am 13. und 14. Oktober 2005 im Fortbildungszentrum der Landesärztekammer in Bad Nauheim anbietet. In der Veranstaltung sollen Ansätze zur strategischen Ressourcensteuerung und zur Entbürokratisierung bei den beteiligten Organisationen beleuchtet werden, da sowohl Einrichtungsbetreiber wie auch Kostenträger seit Jahren einem wachsenden Kostendruck standhalten müssen. Zum Fachforum hat die LAG, die zurzeit 45 Einrichtungsträger im Bereich der Hilfen zum Wohnen und zur Wiedereingliederung für Menschen mit Behinderung zu ihren Mitgliedern zählt, renommierte Fachleute als Referenten gewinnen können. (jda)

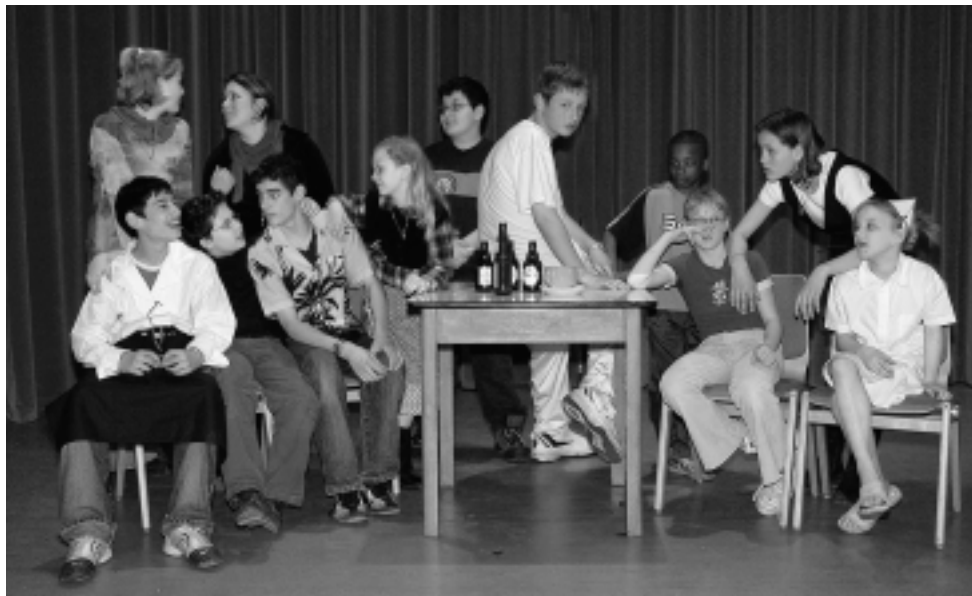


Mehr über das Fachforum der Landesarbeitsgemeinschaft Wohnen und Anmeldeinformationen gibt es im Internet unter [www.lagwohnen.de](http://www.lagwohnen.de).

## So ein Theater

Lauter kleine Dramen spielten sich im März im Sozialpädagogischen Zentrum (SPZ) Kalmenhof ab – mit großem Erfolg und viel Applaus. Verantwortlich zeichneten dafür zwölf 10- bis 16-jährige Jugendliche des SPZ-Theaterprojektes, die rund neun Wochen fleißig mit ihrem Erzieher Markus Butzbach geübt hatten, um die „Socke in der Suppe“, „Das Huhn“, „Mutter lernt Englisch“ und „Völkerverständigung“ auf die Bühne des Sternensaals zu bringen. Zum großen Erfolg, den die Aufführung hatte, trug sicher auch die ausgebildete Schauspielerin Kathrin Molsberger bei, die dem Theaterprojekt mit Rat und Tat zur Seite stand.

In erster Linie hat das Theater allen Beteiligten großen Spaß gemacht. Aber, so betont Pädagoge Butzbach, hätten die meisten auch positive Erfahrungen gesammelt. Neben einem durch den Erfolg gestärkten Selbstbewusstsein erfuhren die Jugendlichen etwa hautnah etwas über das soziale Miteinander, wie das



Die zwölf Jugendlichen des SPZ-Theaterprojektes auf der Bühne des Sternensaals.

Foto: Udo Mallmann

„Aufeinander-angewiesen-sein“, das „Sich-aufeinander-verlassen-können“ oder über Stärken und Schwächen verschiedener (gespielter) Charaktere. Einige machten die Erfahrung, dass Lernen sich lohnt, dass es Erfolg und positive Rückmeldung bringt. Andere erlebten einfach, dass

Freizeit aktiv mit Spaß gestaltet werden kann und nicht mit „Abhängen“ verbracht werden muss. Abschließend bewerteten wohl alle das Theaterprojekt positiv, obwohl viel Arbeit, Stress und auch Konflikte damit verbunden waren – und denken über eine Fortsetzung nach. (rvk)

## Forensikbeirat auch in Marburg



Mit der Entscheidung, im Zentrum für Soziale Psychiatrie Mittlere Lahn in Marburg für einen befristeten Zeitraum bis zu 20 Plätze für ein Therapieangebot in der forensischen Psychiatrie einzurichten, war die Gründung eines Bürgerbeirates verknüpft, wie er an sämtlichen anderen Standorten der forensischen Psychiatrie in Hessen bereits eingerichtet ist. Ende Februar hat der Forensikbeirat in Marburg seine Arbeit aufgenommen. Während der konstituierenden Sitzung, die von Marburgs Oberbürgermeister Dietrich Möller eröffnet

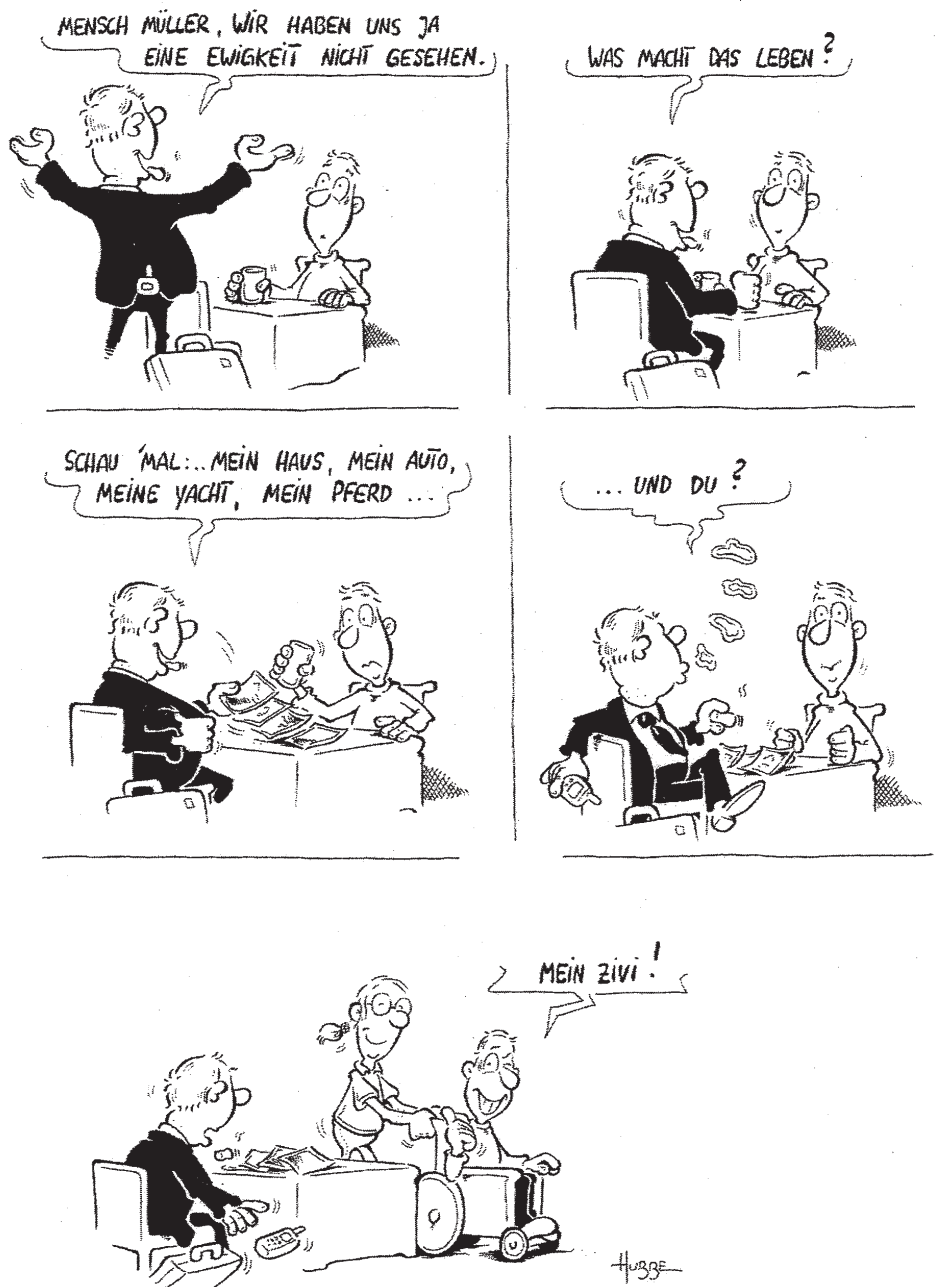
Wichtige Aufgabe: Mitglieder des Forensikbeirates Marburg während der konstituierenden Sitzung. Foto: Romy Schiebener



wurde, wählten die Mitglieder des Beirates Roland Stürmer zum Vorsitzenden und Karin Ackermann-Feulner zur stellvertretenden Vorsitzenden des Gremiums.

Zuvor hatte Wolfgang Tietz vom Fachbereich Einrichtungen des LWV dem neuen Gremium das Vorhaben erläutert. Danach soll das gegenwärtig leerstehende Haus 11 der psychiatrischen Klinik so umgebaut werden, dass es als Therapieeinrichtung für bis zu 20 suchtkranke Rechtsbrecher genutzt werden könne und auch über die entsprechenden Vorkehrungen zur gesicherten Unterbringung verfügt. Nach dem Zeitplan sollen die Umbauten im und am Haus Mitte Mai abgeschlossen sein, so dass mit einer Belegung ab Juni gerechnet werden könne. Zu den Personen, die in Marburg behandelt werden sollen, sagte Tietz, dass keine Patienten mit erhöhtem Risiko nach Marburg kämen, sondern solche, die in Hadamar bereits Therapieerfolge hätten erzielen können. Forensikstandort solle Marburg lediglich für einen Übergangszeitraum sein: „Wenn die neue forensische Klinik im nordhessischen Bad Emstal-Merxhausen in Betrieb geht und die Kapazitätserweiterung in Hadamar abgeschlossen ist, wird der Standort Marburg wieder aufgegeben. Dies wird allerdings einige Jahre dauern“, führte Tietz aus, der den Beiratsmitgliedern – auch im Namen von LWV-Landesdirektor Lutz Bauer – für ihre Bereitschaft dankte, an einer wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe mitzuwirken und künftig als Bindeglieder zwischen der forensischen Außenstelle und der Bürgerschaft wirken zu wollen. (jda)

## Phil Hubbe (II)



## Fortbildung beim Bathildisheim e.V.

Neben seinen Aufgaben in der Betreuung von Menschen mit Behinderungen profiliert sich das Bathildisheim e.V. im nordhessischen Bad Arolsen auch als Veranstalter von Fortbildungsangeboten und Fachtagungen. Im vergangenen Jahr fand in

Zusammenarbeit mit den Lebenshilfe-Landesverbänden Hessen und Nordrhein-Westfalen eine Fachtagung zum Thema „Praktizierte Modelle in der Arbeit mit älteren Menschen mit geistiger Behinderung“ statt, bei der u.a. LWV-Mitarbeiterin Christa Schelbert Vorstellungen des Leistungsträgers referierte. Jetzt ist ein Tagungsband erschienen, der die Ergebnisse der Veranstaltung festhält. Das Pro-

gramm mit aktuellen Themen aus der Behindertenhilfe wird in diesem Jahr fortgesetzt.



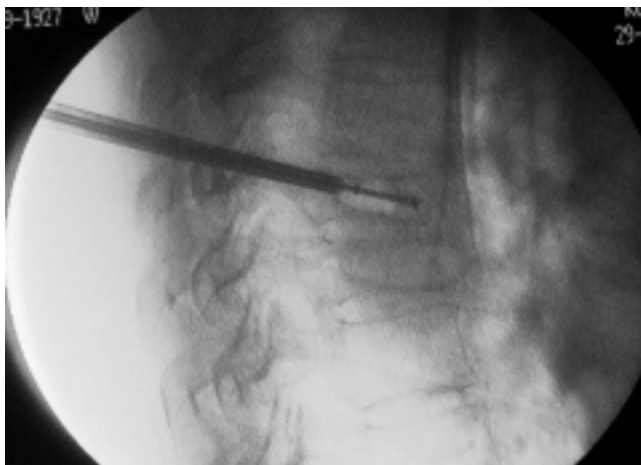
**INFO** Tagungsreader und weitere Informationen sind erhältlich bei: Bathildisheim e.V., Postfach 1520, 34445 Bad Arolsen, Tel.: 0 56 91 / 8 99 – 0, [www.bathildisheim.de](http://www.bathildisheim.de) (jda)

## Neue Behandlung bei Wirbelbrüchen

„Ballon-Kyphoplastie“ nennt sich eine neue Operationsmethode, die insbesondere Osteoporosepatienten Hoffnung auf eine höhere Lebensqualität schenkt. Denn mit dieser Methode können Wirbelbrüche – von denen Osteoporosepatienten überdurchschnittlich betroffen sind – sicherer, schonender und in kürzerer Zeit als bislang behandelt werden. Diese aus den USA stammende Methode wird in der Orthopädischen Klinik (OK) Kassel, als einziger Klinik in der nordhessischen Region, angewandt.

Bei der „Ballon-Kyphoplastie“ führt der Arzt einen kleinen zusammengefalteten Ballon mit einer Kanüle von außen in den gebrochenen Wirbelkörper ein. Dieser Ballon wird mit Kontrastmittel gefüllt und aufgedehnt. Damit kann die Wirbelaufrichtung mit Röntgendurchleuchtung

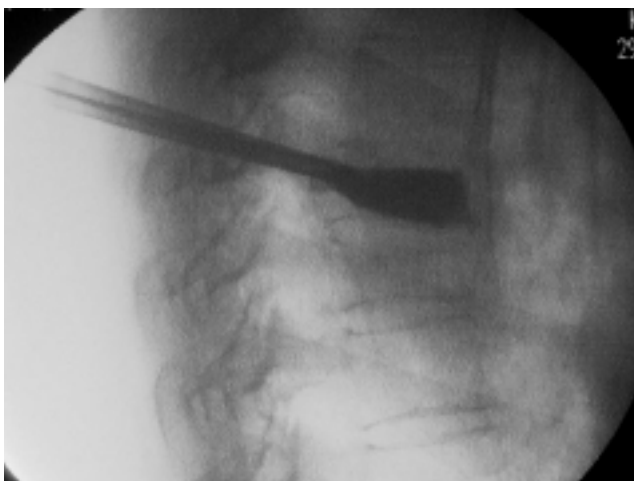
kontrolliert werden. Der im wieder aufgerichteten Wirbel entstandene Hohlraum wird abschließend mit Spezialzement gefüllt. Hierzu sind nur kleine Schnitte und eine lokale Narkose notwendig. Das bedeutet, dass der Patient nur gering belastet wird und nach wenigen Tagen nach Hause entlassen werden kann. „Seit zwei Jahren arbeiten wir nun mit der ‚Ballon-Kyphoplastie‘ und sind mit dem Behandlungsergebnis ausgesprochen zufrieden. Voraussetzung für diese Behandlungsmethode ist allerdings, dass der Bruch ‚frisch‘ sein muss und nicht mehrere Monate zurückliegt. Dann eignet sich das Verfahren in bestimmten Fällen auch nach Wirbelkörperbrüchen durch Unfälle oder Tumorerkrankungen der Wirbelsäule“, erläutert Dr. Jürgen Kaiser, Leiter des Fachbereichs Wirbelsäulen Chirurgie in der OK Kassel. (rvk)



*Ballon-Kyphoplastie: Mit einer Kanüle wird ein kleiner zusammengefalteter Ballon von außen in den Wirbelkörper eingeführt.*

Fotos: Orthopädische Klinik Kassel

Der Ballon wird mit Kontrastmittel gefüllt und aufgedehnt. Hierdurch kann der Vorgang der Wirbelkörperaufrichtung in der Röntgendurchleuchtung kontrolliert werden.



## Mehr Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen

Der LWV Hessen hat im Februar gemeinsam mit dem Hessischen Sozialministerium und der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit ein wirksames Instrument verstärkt, um arbeitssuchenden Schwerbehinderten zu helfen: Das 3. Hessische Schwerbehinderten-Sonderprogramm wird einer Vereinbarung zwischen den drei Partnern zufolge von 20 auf 25 Mio. € aufgestockt, die Laufzeit bis zum Jahresende 2005 ausgedehnt. Die Mittel für die Aufstockung kommen aus der Ausgleichsabgabe des LWV-Integrationsamtes. „Mit dem 3. Sonderprogramm konnten seit 2002 bereits rund 1.200 Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen neu geschaffen werden. Die Arbeitslosigkeit wächst bei schwerbehinderten Arbeitnehmern überproportional. Mit dem Sonderprogramm können wir diesem Trend wirksam entgegenzutreten“, erklärte LWV-Landesdirektor Lutz Bauer anlässlich der Unterzeichnung der Vereinbarung.

Schwerpunkte setzt das Sonderprogramm bei der Vermittlung jüngerer schwerbehinderter Arbeitnehmer sowie bei der Förderung von Existenzgründungen. 2004 konnten 93 schwerbehinderte Menschen bei der Gründung einer selbstständigen beruflichen Existenz erfolgreich unterstützt werden. Für 87 Menschen in einem Alter bis zu 25 Jahren wurden neue Arbeitsplätze in hessischen Unternehmen geschaffen. Diesen Weg wollen die Beteiligten fortsetzen und appellierten an die Unternehmen, arbeitssuchenden schwerbehinderten Menschen eine Chance zu geben: „Menschen mit einer Behinderung sind genauso leistungsfähig wie andere Arbeitnehmer auch. Sie sind eine Bereicherung für jedes Unternehmen und verdienen daher eine ehrliche Chance, sich bewähren zu können.“ Die Umsetzung des Programmes erfolgt durch die örtlichen Agenturen für Arbeit. Dort stehen Arbeitgebern und schwerbehinderten Existenzgründern mit den Details vertraute Ansprechpartner zur Verfügung. (jda)

## Hessische Hospitalsgründungen: Beginn der systematischen, politisch gesteuerten Versorgung psychisch Kranker



Der Band enthält insgesamt 21 Beiträge des interdisziplinären, internationalen Kolloquiums vom 27. bis 29. September 2003 in Haina und Frankenberg, die den wissenschaftlichen Ertrag aus Anlass des 500. Geburtstags Landgraf Philipps des Großmütigen darstellen.

Zu Beginn wird die Stiftung der Hospitäler sowohl in ihrem historischen Kontext, ihrer theologischen Fundierung und der politischen Legitimation als auch hinsichtlich ihrer Rechtsgrundlagen bis zur häufig vernachlässigten Finanzwirtschaft dargestellt. Danach werden die Unterschiede der durch diese Stiftung gegründeten „Hohen Hospitäler“ – im Gegensatz zu den meist sehr viel kleineren Stadthospitälern – im frühzeitlichen Europa auch außerhalb der deutschen Grenzen für die Niederlan-

de, Österreich und die Schweiz so differenziert aufgezeigt, dass sie in ihrer systematischen Zielsetzung und tatsächlichen Umsetzung präzise hervortreten. Denn im Gegensatz zu anderen europäischen Institutionen für Geisteskranke beispielsweise in England („Bedlam“ in London), Spanien („Casa de Orates“ in Valencia) oder auch in den Niederlanden („Tollhaus“ in 's-Hertogenbosch), wird die Stiftung der Hohen Hospitäler heute als „Neuanfang der Armenfürsorge als staatliche Sozialpolitik“ (Vanja) verstanden. Diese Form der Hospitalangebote für die Landbevölkerung kann deshalb auch eine Vorreiterrolle in der psychiatrischen Versorgung zumindest für den deutschsprachigen Raum beanspruchen. Die medizinische Versorgung in der Frühen Neuzeit außerhalb Hessens wird in Beispielen zum damaligen Krankheitsbegriff illustriert, so aus der Sicht zweier Stadtärzte: Paracelsus in Basel und Guarinonius in Hall/Tirol.

### Kontext zum Epochenwandel

Weitere Autoren behandeln spezielle Aspekte der Patientenbiographien, aus denen sich einerseits die Entwicklung der Kindermedizin erläutern lässt, andererseits wird das zu Beginn der Neuzeit weit häufiger als heute anzutreffende Krankheitsbild „religiöser Wahn“ bei Hainaer Hospitälern aufgezeigt. Schließlich sind Beispiele der Krankenversorgung als Thema der Kultur- und Kunstgeschichte berücksichtigt, die üblicher Weise unberücksichtigt bleiben, obwohl in ihnen deutlich der Kontext zum jeweiligen Epochenwandel erhellt werden kann. Dazu nutzen die Autoren zunächst die Werke des Dichters Lope de Vega Carpio, dessen Gesamtwerk weit über 450 Bühnentexte und noch einmal 1.000

andere Arbeiten umfassen soll und dessen Komödie „Die Irren von Valencia“ nicht darauf verzichtet, auch den Künstler als psychisch Kranken einzubeziehen. Die Bildnisse der Heiligen Elisabeth, auf die sich Landgraf Philipp gezielt als Ahnherrin und Leitfigur seiner karitativen Werke und ihrer Reformen stützt, werden mit Szenen aus dem Hospital ausgewählt, um Charakteristika dieser Hospitalaufgaben vorzustellen. Die überwiegend repräsentativen Gemälde für Kirchen, Klöster und Hospitäler in vielen europäischen Ländern stellen die Heilige Elisabeth fast immer idealisiert und verklärt dar, die Kranken aber mit unterschiedlichsten Symptomen und realistischen Wunden oder Narben. Andererseits übernimmt Elisabeth typische pflegerische Aufgaben wie das Reichen von Nahrung oder auch Waschen von leprösen Kranken, die nicht nur als infektiös und unheilbar galten, sondern auch außerhalb der Stadt versorgt werden sollten und ihre bürgerlichen Rechte verloren.

Der kurze Überblick sollte viele Leser neugierig werden lassen, den materialreichen und gut gegliederten Band zur eigenen Lektüre zu nutzen, schon um den Beginn einer systematischen, politisch gesteuerten Krankenversorgung auch für psychisch Kranke selbst kennen zu lernen.

Dr. Peter Barkey



Arnd Friedrich, Fritz Heinrich, Christina Vanja (Hg.): Das Hospital am Beginn der Neuzeit. Soziale Reform in Hessen im Spiegel europäischer Kulturgeschichte, Petersberg 2004 (Michael Imhof Verlag), Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Quellen und Studien Band 11





Beauftragter der Bundesregierung  
für die Belange behinderter Menschen

# ZEIGE DEINE WUNDE – BEFREIENDE KUNST PSYCHIATRIEERFAHRENE STELLEN AUS



1. – 30. September 2005 | Ständehaus

Ständeplatz 6–10 | Kassel | Mo – Mi 8–16 Uhr | Do 8–20 Uhr | Fr 8–14 Uhr

Kasseler Museumsnacht 3. September 19–1 Uhr



LANDESWOHLFAHRTSVERBAND HESSEN